

Albert Scharenberg (Hrsg.)

Der lange Marsch der Migration

Die Anfänge migrantischer Selbstorganisation
im Nachkriegsdeutschland



Der lange Marsch der Migration

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin – www.rosalux.de
ISBN 978-3-948250-16-4
Redaktionsschluss: August 2020
Redaktion: Albert Scharenberg
Illustration: shutterstock/DashaD
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Inhalt

I

Albert Scharenberg

Einleitung: Der lange Marsch der Migration

7

2

Edith Pichler

Don Camillo und Peppone nördlich der Alpen
Italienische Institutionen und Vereine in Deutschland
nach 1945

17

3

Murat Çakır

Eine deutsch-deutsch-türkische Geschichte

43

4

Ayten Kaplan und Elisabeth Kenan

Im Zangengriff der Repression
Kurdische Selbstorganisation in Deutschland

67

5

Johanna Panagiotou
Griechische Anfänge

89

6

Nélson Pereira Pinto und Manuel Campos
Portugiesische Vereine und die Rolle der Gewerkschaften

103

7

Patrice G. Poutrus
Von der Planwirtschaft in die ethnische Ökonomie
Vertragsarbeiter in der DDR und Ostdeutschland

125

8

Angelika Nguyen
Nord oder Süd, Ost oder West
Die beiden vietnamesischen Communities
im Nachkriegsdeutschland

139

9

Katharina Oguntoye
Kampf dem Rassismus
Die Selbstorganisation Schwarzer Menschen
in Deutschland

163

10

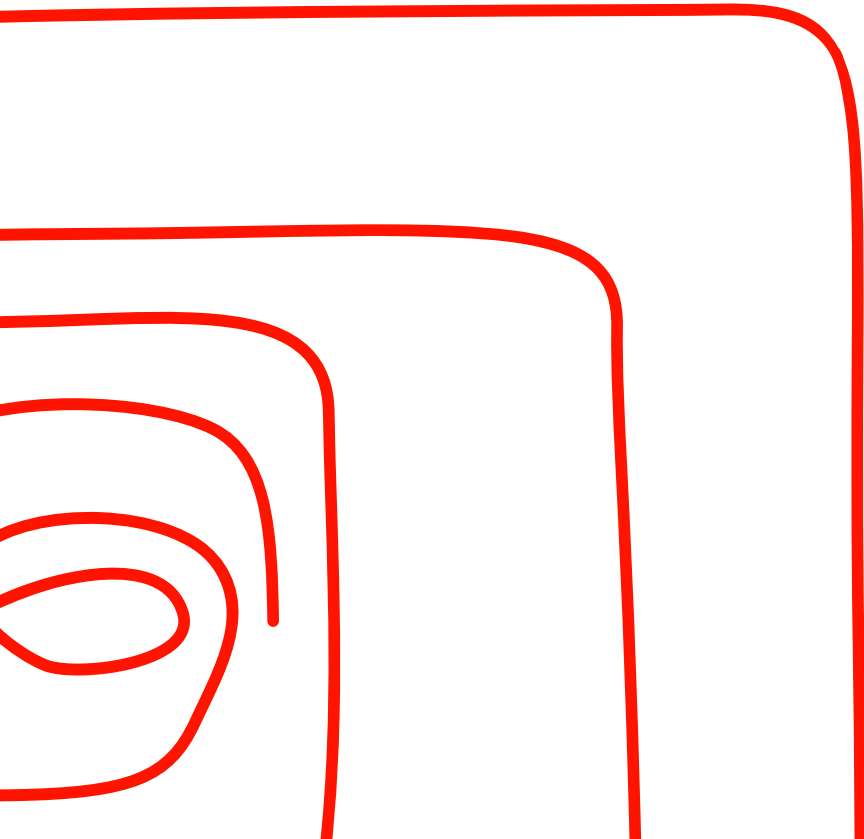
Autorinnen und Autoren

174

I

Albert Scharenberg

Einleitung:
Der lange Marsch der Migration



Die multikulturelle Gegenwart der Bundesrepublik ist nach wie vor Gegenstand harter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Große Teile der Bevölkerung wollen sich nicht damit abfinden, dass das Gesicht des Landes sich durch die Migrationswellen der Nachkriegszeit verändert hat. Deutschland ist bunter geworden, aber in den Köpfen vieler Bürgerinnen und Bürger bleibt es einfarbig.

Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass die beiden deutschen Staaten in der Nachkriegszeit zwar ausländische Arbeitskräfte ins Land holten, diesen aber keine Integrations- und Bleibeperspektive boten. Im Gegenteil: DDR und BRD pflegten beide jahrzehntelang das Leitbild einer als ethnisch homogen imaginierten Gesellschaft, in der kein Platz war für Menschen mit Migrationshintergrund bzw., wie Ferda Ataman schreibt, für «Menschen mit Kanakenhintergrund».¹

Dabei war die Vorstellung ethnischer Homogenität bereits damals eine Fata Morgana. Schließlich hatte Deutschland längst verschiedene Einwanderungswellen erlebt. Prominente Bei-

1 Ataman, Ferda: Es brodelt in Kanakistan, Spiegel-Online, 28.11.2019.

spiele hierfür sind die Einwanderung der Hugenotten, vor allem nach Brandenburg-Preußen, im späten 17. Jahrhundert, die Migration von Polen ins Ruhrgebiet 200 Jahre später oder auch die Immigration osteuropäischer Juden zur selben Zeit.

Gastarbeiter und Vertragsarbeiter

In der Nachkriegszeit warb die Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren aus wirtschaftlichen Motiven sogenannte Gastarbeiter an – sie würden, so die Absicht, den Arbeitskräftemangel beheben und das Land nach einem temporären Aufenthalt wieder verlassen und in ihre Heimatländer zurückkehren.² Angeworben wurden sie, um einfache, un- oder angelernte Tätigkeiten auszuüben; etwaige im Heimatland erworbene Qualifikationen wurden in der Regel nicht anerkannt. «Die ‹Gastarbeiter› erledigten ‹Ausländerjobs›»³ und unterschichteten den Arbeitsmarkt.

2 1960 waren schätzungsweise 15 Prozent der «Gastarbeiter» Frauen, 1973 dann ungefähr 30 Prozent; vgl. Mattes, Monika: «Gastarbeiterinnen» in der Bundesrepublik Deutschland, 8.4.2019, www.bpb.de. – Es gibt gesellschaftlich unterschiedliche Präferenzen für die Abbildung der Kategorie Geschlecht in der Sprache. Aus Gründen der allgemeinen Verständlichkeit, aber auch um die historische Männerdominanz nicht zu eskamotieren, wird im Rahmen dieser Publikation überwiegend die männliche Form verwendet.

3 Terkessidis, Mark: «Am deutschen Wesen». Liberaler Imperialismus und der herrschende Rassismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2020, S. 81–90, hier S. 88.

Die Migration wurde organisiert auf der Basis bilateraler Anwerbeabkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko und Südkorea (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Nach dem Anwerbestopp, der auf einem Erlass des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 23. November 1973 beruhte, verstärkte sich der Familiennachzug der immer noch als «Gastarbeiter» geltenden Einwanderer.⁴ Ihre Integration in die Gesellschaft blieb indessen weiterhin umstritten. Noch in den 1980er Jahren etwa versuchte die Regierung Kohl, sie durch «freiwillige Rückkehrhilfen» in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. Nur stufenweise, und über Jahrzehnte, wurde der Aufenthalt verstetigt, ergaben sich für (manche) Eingewanderte bessere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe.

Die Situation ausländischer Arbeitskräfte in der DDR war sogar noch prekärer. Zwar war ursprünglich vorgesehen, dass die sogenannten Vertragsarbeiter, die über Staatsverträge mit befreundeten realsozialistischen Ländern – darunter neben Polen (1965) und Ungarn (1967) vor allem Vietnam (1980), Mosambik (1979), Angola (1984) und Kuba (1975) – in die DDR kamen, während ihres zeitlich befristeten Aufenthalts eine Ausbildung machten, die sie anschließend zur wirtschaftlichen

⁴ Für eine Periodisierung der (Arbeits-)Migration in der Bundesrepublik vgl. etwa Meier-Braun, Karl-Heinz: Deutschland, Einwanderungsland, Frankfurt a.M. 2002.

Entwicklung ihres Heimatlandes nutzen sollten.⁵ In der Praxis aber geriet dieser Teil des Kontraktes rasch in den Hintergrund. Stattdessen wurden die Vertragsarbeiterinnen⁶ und Vertragsarbeiter vorrangig in jenen Wirtschaftszweigen eingesetzt, wo der Bedarf an Arbeitskräften besonders groß war. Zudem waren sie rechtlich noch schlechter gestellt als die «Gastarbeiter» in der Bundesrepublik.

Kurz: Den ins Land geholten Menschen wurde das Leben sehr schwer gemacht, sie wurden faktisch in die Zange genommen vom Staat auf der einen Seite und von der als ethnisch homogen imaginierten Gesellschaft auf der anderen – und das in West wie Ost.

Motive und Formen der Selbstorganisation

Wie aber lebten die Migrantinnen und Migranten unter diesen Bedingungen in einem fremden Land, das ihre Arbeitskraft intensiv nutzte, aber ihre Teilhabe weitgehend ausschloss? Das sie

5 Zur Aushandlung der Staatsverträge vgl. auch Roesler, Jörg: Auf dem Weg zum Einwanderungsland. Nur billige Arbeitskräfte und kaum geduldete Fremde?, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 16/2012, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_16-2012.pdf.

6 Über den Frauenanteil unter Vertragsarbeitern gibt es unterschiedliche Angaben; er scheint unter Polen und Vietnamesen am höchsten gewesen zu sein, vgl. Rabenschlag, Ann-Judith: Arbeiten im Bruderland. Arbeitsmigranten in der DDR und ihr Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung, in: Deutschland Archiv, 15.9.2016, www.bpb.de/233678.

im Ausland aktiv angeworben hatte, aber ihnen im Inland mit Rassismus begegnete? Wie gingen sie mit diesen Widersprüchen um in einem Land, dessen Sprache sie nicht verstanden? In diesem Band wollen wir danach fragen, was Migrantinnen und Migranten getan haben, um sich in einem derart widrigen und mitunter sogar feindlichen Umfeld zu organisieren und ihre Interessen kollektiv durchzusetzen. Dazu richten wir den Blick auf die Anfänge migrantischer Selbstorganisation ab den 1960er Jahren. Der Schwerpunkt soll vor allem auf die Ursachen und Formen der Selbstorganisation gelegt werden. Dabei stehen folgende Fragen im Mittelpunkt: Wann begann die Selbstorganisation in den jeweiligen Communities, welche Formen nahm sie an? Entlang welcher Interessen organisierten sich die Migrantinnen und Migranten? Welche Rolle spielte das deutsche Vereinswesen? Löste die Selbstorganisation Konflikte innerhalb der Community aus? Welche Rolle spielten Unternehmensgründungen und die sogenannte ethnische Ökonomie, welche die Gewerkschaften? Welche Bedeutung besaßen Verbindungen zu den Heimatländern? Und nicht zuletzt: Welchen Einfluss auf die Selbstorganisation besaß der gesellschaftliche Rassismus und wie reagierte die Mehrheitsgesellschaft auf die beginnende Selbstorganisation?

Die Frage nach den Ursprüngen ist dabei nicht nur von historischem Interesse, im Gegenteil. In den Sozialwissenschaften gibt es den Begriff der «Pfadabhängigkeit», mit dem beschrieben werden soll, wie sehr spätere gesellschaftliche Entwicklungen von ihren Ursprüngen abhängen. Mit Blick auf die migrantische Selbstorganisation bedeutet dies, dass die Anfänge und Formen

der Selbstorganisation nicht auf ihren historischen Ursprung beschränkt sind, sondern bis in die Gegenwart wirken.

Die folgenden Aufsätze gehen der frühen Selbstorganisation verschiedener Einwanderergruppen nach. Dabei zeigt die Gesamtbetrachtung, neben interessanten Unterschieden, viele grundlegende Parallelen. Denn die Bedingungen, mit denen sich die Einwanderinnen und Einwanderer, die aus so verschiedenen Ländern wie Italien, der Türkei oder Vietnam kamen, in ähnlicher Art und Weise konfrontiert sahen, beruhten auf der, wie es in den Sozialwissenschaften formuliert wird, «Disparität zwischen betrieblicher Inklusion und politischer Exklusion».⁷ Anders ausgedrückt: Sie wurden wirtschaftlich als Arbeitskräfte benötigt und rasch in die betrieblichen Abläufe integriert, während man ihnen gesellschaftlich und politisch mit Ablehnung und Ausgrenzung begegnete.

Zwischen «unpolitischer» Selbsthilfe und gewerkschaftlicher Organisierung

Eine von staatlichen Stellen unabhängige, organisierte kollektive Interessenvertretung war in der DDR grundsätzlich nicht

⁷ Hinken, Günter: Die «fremde» Seite der «Deutschland AG» – Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten im deutschen Unternehmenssystem, in: Hunger, Uwe/Santel, Bernhard (Hrsg.): Migration im Wettbewerbsstaat, Opladen 2003, S. 33–57, hier S. 33.

möglich, weder für Deutsche noch für Migrantinnen und Migranten. Wie zu zeigen sein wird, kam es vor 1990 daher bloß zu vereinzelt kollektiven Absprachen und Aktionen von Migranten.⁸

In der Bundesrepublik war die Selbstorganisation rechtlich erlaubt, aber sie war für die ressourcenarmen Migranten schwer zu verwirklichen. Es war schließlich die Selbstbehauptung im feindlichen, rassistusgetränkten und postnazistischen Umfeld, die den Anstoß gab zur Migrantenselbstorganisation. Auch wenn linke Akteure hierbei, wie die Beiträge zeigen, oftmals als Geburtshelfer fungierten und den Anstoß gaben für die Organisationsprozesse, folgte die Selbstorganisation keinem linken Drehbuch, sondern eigenen Regeln. Eine wesentliche Rolle spielte die unmittelbare, «unpolitische» Selbsthilfe; was man individuell nicht bekommen konnte, versuchte man gemeinsam zu beschaffen. Von großer Bedeutung waren aber auch die Heimatverbundenheit, gerade der ersten Generation, und die unternehmerischen Aktivitäten, die in den Einwanderer-Communities entstanden.

Immer wieder begegnet man aber auch dem Engagement der Gewerkschaften, die frühzeitig die Notwendigkeit erkannten, die «Gastarbeiter» zu organisieren. Bereits 1959 betonte der damalige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, dass die

⁸ Organisierte Forderungen erhoben ehemalige Vertragsarbeiter aus Mosambik dann nach ihrer Rückkehr ins Heimatland. Die sogenannten *Madgermanes* verlangten die Auszahlung des Lohnanteils, der ihnen vorenthalten und an die Regierung in Maputo transferiert worden war. Auch in Angola organisierten ehemalige Vertragsarbeiter derartige Proteste.

Gewerkschaften sich um die Organisierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen kümmern müssten. Dieser Ankündigung folgten bald auch organisatorische Taten; so beschloss die IG Metall frühzeitig, Menschen aus den jeweiligen Anwerbeländern im neu geschaffenen «Referat Ausländischer Arbeitnehmer» zu beschäftigen, um auf diese Weise die Organisierung der fremdsprachigen Arbeiter voranzutreiben.⁹

Die Spannungsverhältnisse, die sich aus der Lebens- und Arbeitssituation für die Migrantinnen und Migranten ergaben, stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Beiträge. So beschreibt Edith Pichler die Selbstorganisierung der Italiener in Deutschland, die ideologisch geteilt waren in Katholiken («Don Camillos») und Kommunisten («Peppones»). Murat Çakır zeigt, dass die Anfänge der türkischen Selbstorganisation in Deutschland auf linke Aktivisten zurückgehen, die sich später in konkurrierende Gruppen spalteten. Ayten Kaplan und Elisabeth Kenan sehen die kurdische Community in der Zange der Repression zwischen Kurdistan und der Bundesrepublik. Néelson Pereira Pinto und Manuel Campos widmen sich den portugiesischen «Gastarbeiter»-Vereinen, Johanna Panagiotou beschreibt die «griechischen Anfänge» im Nachkriegsdeutschland. Patrice G. Poutrus analysiert die Situation der Vertragsarbeiter in der DDR und was nach der deutschen Einheit aus ihnen wurde.

⁹ Zur Integrationsleistung der Gewerkschaften vgl. auch Thränhardt, Dietrich: Einleitung, in: Schultze, Günther/Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration. Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2013, S. 5–20, hier S. 11ff.

Angelika Nguyen diskutiert die vietnamesische Community, deren Präsenz in Deutschland auf zwei völlig unterschiedliche Geschichten – nämlich jene der Boatpeople sowie der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter – zurückgeht. Katharina Oguntoye schließlich diskutiert die Anfänge der Selbstorganisation der Schwarzen Deutschen – und damit eine Community, die keinen direkten «Migrationshintergrund» hat, sich aber dennoch mit Problemen konfrontiert sieht, die jenen, die Migranten betreffen, partiell durchaus ähnlich sind.

Die hier vorliegenden Beiträge reflektieren die Anfänge der Migration im Nachkriegsdeutschland – alle aus der Perspektive der «Gastarbeiter» und Vertragsarbeiter, aber alle zugleich auch aus der Perspektive einer spezifischen Migranten-Community. Dabei zeichnen die Autorinnen und Autoren in der Gesamtschau ein Panoramabild migrantischer Selbstorganisation von den 1960er bis in die 1980er Jahre – und teilweise gar bis in die Gegenwart.

Ich danke allen Autorinnen und Autoren und ganz besonders dem Kollegen Murat Çakır. Den Leserinnen und Lesern wünsche ich eine angenehme und produktive Lektüre.

Albert Scharenberg
Berlin, im Juli 2020

A large, abstract red line drawing that resembles a stylized profile of a human head, facing right. The line is thick and continuous, with several loops and curves. It occupies the top and right portions of the page, framing the text.

2

Edith Pichler

Don Camillo und Peppone nördlich der Alpen

Italienische Institutionen und Vereine
in Deutschland nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der restriktiveren Emigrationspolitik des Faschismus wurden die Bewegungsfreiheit und der Schutz italienischer Arbeiterinnen und Arbeiter im Ausland in Artikel 35 der italienischen Verfassung verankert. Hinter dieser liberalen Haltung standen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der herrschenden politischen Klassen, die in der Migration eine Lösung für den schlechten Zustand der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosenquote sahen. Außerdem war der italienische Staat unmittelbar nach dem Krieg mit Landbesetzungen in Süditalien konfrontiert, die durch repressive Maßnahmen unterdrückt wurden. Eine 1950 in die Wege geleitete, aber nur partiell durchgeführte Agrarreform konnte die «Südfrage» nicht lösen, sondern leitete stattdessen weitere Freisetzungsprozesse in der Landwirtschaft ein.¹

Nachdem Migration als ein soziale Konflikte reduzierendes «Sicherheitsventil» erkannt worden war, begann die italienische

1 Cinanni, Paolo: *Emigrazione e Imperialismo*, Rom 1968; ders.: *Emigration und Arbeitereinheit. Zur politischen Problematik der «Gastarbeiter»*, Frankfurt a.M. 1979.

Regierung, die Auswanderung öffentlich zu propagieren. Der damalige christdemokratische Ministerpräsident De Gasperi (1881–1954) richtete an die süditalienischen Bauern die Aufforderung: «Betretet wieder die Wege der Welt!» und «Lernt eine Sprache und geht ins Ausland!». ² So begannen schon 1952 auf Initiative Italiens die Verhandlungen mit Deutschland über die Anwerbung italienischer Arbeiter. Im Dezember 1955 kam es dann zur Unterzeichnung des Anwerbevertrags zwischen den beiden Staaten, der in den folgenden Jahren zur Einwanderung von Tausenden Italienern führte.

Die Neuankömmlinge brachten ihre eigenen Lebenswelten und «Traditionen» aus Italien mit. ³ Die in den Einwanderungsländern ebenso wie in Deutschland aktiven italienischen Organisationen spiegelten (und spiegeln) die Verhältnisse der italienischen Gesellschaft wider, die durch eine katholische und eine kommunistisch-sozialistische Kultur geprägt war. Beide Milieus waren in der italienischen Resistenza ⁴ aktiv gewesen und leisteten nach 1945 einen wichtigen Beitrag zu der von ihrem Inhalt her ausgesprochen sozialen italienischen Verfassung. In dieser Konstellation lag es nahe, dass neben der *Missione Cattolica* auch italienische Parteien des linken Spektrums und die Gewerkschaften mit ihren Sozialdiensten sehr aktiv waren;

² Zit. nach: Ciuffoletti, Zeffiro/Degl'Innocenti, Maurizio: *L'emigrazione nella storia d'Italia 1868/1975*, Florenz 1978.

³ Prontera, Grazia: *Partire, tornare, restare? L'esperienza migratoria dei lavoratori italiani nella Repubblica Federale Tedesca nel secondo dopoguerra*, Mailand 2009.

⁴ Siehe dazu den Film «Rom, offene Stadt» von Roberto Rossellini.

von Bedeutung waren aber auch, wie wir sehen werden, landsmannschaftliche Vereine.

Das «Little Italy» der Organisationen

Nach Pierre Bourdieu ist das «soziale Kapital» die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen – Familien-, Freundes- und Kollegenkreise, aber auch Organisationsmitgliedschaften – erlangt werden können. Das soziale Kapital wird also über soziale Beziehungen (Netzwerke und Assoziationen) vermittelt.⁵

Durch die Auswanderung verloren die Migrantinnen und Migranten allerdings ihre eigenen sozialen Netzwerke, das heißt ihr soziales Kapital – sei es in der Verbindung zu familialen Netzwerken oder zu formellen und halbformellen Institutionen –, und mussten es in Deutschland völlig neu aufbauen.

In der Bundesrepublik ist es, anders als beispielsweise bei der italienischen Community in Nordamerika, nicht zu einer starken Konzentration von Italienern in bestimmten Stadtvierteln und zur Bildung eines Little Italy gekommen. Allerdings kann man bei der Bildung und Präsenz italienischer Organisationen in Deutschland von der Entstehung einer «Ersatz-Little-Italy»

5 Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen 1983, S. 183–198.

sprechen, das heißt einer Diaspora der auch in Italien vorhandenen Institutionen.

Die erste Institution, die in den 1950er Jahren die Sozialberatung bzw. die seelsorgerische Betreuung der italienischen Migranten übernahm, war die katholische Kirche durch den deutschen Caritasverband und die italienischen Missioni Cattoliche. Schon zu Beginn der großen Überseeauswanderung im 19. Jahrhundert hatte die katholische Kirche durch ihre Missionen die Betreuung der italienischen Emigranten übernommen, ganz besonders, wenn diese in protestantische Länder oder Regionen auswanderten und in Gefahr waren, von der protestantischen Umwelt beeinflusst zu werden (etwa durch ihr Heiratsverhalten). Zugleich befürchtete die Kirche, dass die Emigration Säkularisierungstendenzen und die Orientierung an sozialistischen Ideen begünstigen würde – und dass diese nach der Rückkehr auch in Italien verbreitet werden könnten.

So entstand aus den Missioni Cattoliche heraus eine Vielzahl von Aktivitäten, die darauf abzielten, Immigrantinnen und Immigranten, die in materielle Nöte geraten waren, zu helfen, etwa bei der Suche nach einer Wohnung. Mit dem Auftreten schulischer Schwierigkeiten bei italienischen Migrantenkindern unterstützten die katholischen Missionen dann auch die Gründung der Federazione Associazioni Italiane degli Emigrati in Germania (FAIEG – Verbund der Vereine der italienischen Migranten in Deutschland). Die vorwiegend aus Eltern- und Familienvereinen zusammengesetzte Vereinigung, die als Grundlage eine christliche Lebensauffassung vertrat und sich politisch als pluralistisch verstand, entstand aus dem Be-

dürfnis der Eltern heraus. So trat die FAIEG in der Bundesrepublik «für ein zweisprachiges Schulmodell ein, das der EG-Freizügigkeit der Arbeitnehmer als flankierende Maßnahme entspricht».⁶

Ab den 1960er Jahren wurden durch ihre Patronati (Sozialdienste) auch die italienischen Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen tätig, die wiederum eine Differenzierung in christliche und kommunistisch-sozialistische Weltanschauung unter den Einwanderern zementierten. Besonders aktiv waren und sind die katholische Arbeitervereinigung ACLI bzw. ACLI-Patronato, die der damaligen Kommunistischen Partei Italiens nahestehende Gewerkschaft CGIL beziehungsweise ihre Patronato INCA-CGIL, die seinerzeit mit der Sozialistischen Partei verbundene UIL mit der Patronato l'ITAL-UIL sowie die damals eher christdemokratisch orientierte CISL mit der INAS-CISL. ACLI und CGIL haben auch eigene Berufsbildungswerke (ACLI die ENAIP und CGIL die ECAP) betrieben, die Kurse zur Berufsbildung auch in den Einwanderungsländern organisierten.⁷ Die italienischen Gewerkschaften und ihre Sozialdienste unterhielten (und unterhalten auch heute noch) Beziehungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund und den Einzelgewerkschaften, während die ACLI vorwiegend mit der Caritas und der Katho-

⁶ Breitenbach, Barbara von: Italiener und Spanier als Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung zur europäischen Arbeitsmigration (Entwicklung und Frieden, Materialien 14), München 1982.

⁷ Pichler, Edith: Migration, Community-Formierung und ethnische Ökonomie. Die italienischen Gewerbetreibenden in Berlin, Berlin 1997.

lischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) kooperiert. Nachdem auch die «Gastarbeiter» als Betriebsräte kandidieren durften, boten die deutschen Gewerkschaften für einige von ihnen eine erste Chance auf soziale Mobilität.

Die italienischen Parteien entdecken die Migranten

Als im Laufe der 1960er Jahre die italienischen Parteien die Migranten als Klientel für ihre Politik entdeckten, hörten diese auf, lediglich ein «Objekt der Hilfe» zu sein und wurden stattdessen zu einem «politischen Subjekt».⁸ Die italienischen Parteien eröffneten Auslandssektionen in der Bundesrepublik und gründeten eigene Organisationen, die die Interessen der Migranten vertreten und schützen sollten. Von den verschiedenen italienischen Parteien waren der Partito Comunista Italiano (PCI) und der Partito Socialista Italiano (PSI) besonders gut organisiert und aktiv. Beide Parteien unterhielten eigene Migrantenorganisationen: der PSI die 1970 gegründete Istituto Fernando Santi und der PCI die Federazione Italiana Lavoratori Emigrati e Famiglie (FILEF – Italienischer Dachverband Arbeitsmigranten und Familien). Letztere wurde Mitte der 1960er Jahre auf

⁸ Kammerer, Peter: Some problems of italian immigrants' organisations in the Federal Republic of Germany, in: Ostow, Robin u.a. (Hrsg.): Ethnicity, structured inequality, and the state in Canada and the Federal Republic of Germany, Frankfurt a.M. u.a. 1991, S. 185–196.

Initiative des Malers und Arztes Carlo Levi⁹ und des linken, kalabrischen Intellektuellen Paolo Cinanni gegründet. Sie versteht sich als Organisation von Demokraten und Antifaschisten unterschiedlicher Couleur. Aktiv war allerdings auch der neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) mit seiner Migrantenorganisation Comitato Tricolore Italiani nel Mondo (CTIM). Die Partei besaß in Stuttgart einen eigenen Verlag und gab die Zeitung *Oltreconfine* heraus.¹⁰

Allerdings war die Arbeit der Parteien, die in den Migranten potenzielle Wählerinnen und Wähler sahen, hauptsächlich darauf gerichtet, Stimmen für die italienischen Wahlen zu organisieren. Sie waren deshalb eher an der Beibehaltung der Kontakte nach Italien interessiert als an der Integration der sogenannten Gastarbeiter in die deutsche Gesellschaft. Gerade in jenen Jahren wurden in Italien große soziale und politische Kämpfe ausgetragen, die die Zukunft des Landes entscheidend prägten. In diesem Zusammenhang stellten die fünf Millionen Italiener, die im Ausland lebten, eine nicht zu vernachlässigende soziale Kraft und ein riesiges Wählerreservoir dar, auch wenn in Wirklichkeit nur wenige von ihnen – wie es das Wahlgesetz

9 Carlo Levi wurde während des Faschismus als Antifaschist nach Lukanien verbannt. Dort entstand auch sein Roman «Christus kam nur bis Eboli».

10 Pichler, Edith: Dalla Guerra Fredda agli anni post-riunificazione. L'identità politica degli italiani di Berlino, in: Elettra De Salvo-Gherardo Ugolini-Laura Priori, A Cura Di, Italo-Berliner. Gli italiani che cambiano la capitale tedesca, Mimesis, Mailand/Udine 2014, S. 79–85; dies.: Migrazioni e milieus: diversificazioni di comunità e immagini, in: Heiss, Hans/Lanzinger, Margareth (Hrsg.): Community of Images, Zugehörigkeiten schaffen/Costruire appartenenze (Geschichte und Region/Storia e regione 1/2018), S. 199–208.

verlangt – zur Abstimmung nach Italien zurückkehrten.¹¹ Insbesondere die der Kommunistischen Partei nahestehenden Verbände organisierten anlässlich der Wahltermine sogenannte *treni rossi* (rote Züge), um Wähler nach Italien zu bringen.¹² Mittlerweile haben die ethno-politisch-sozialen Netzwerke aber an Bedeutung eingebüßt, auch aufgrund der politischen Umwälzungen in Italien Anfang der 1990er Jahre, als einige Parteien (PCI, PSI, DC, MSI) verschwanden und neue Formationen (Lega Nord, Alleanza Nazionale, Berlusconi Parteien etc.) entstanden oder – wie der Partito Democratico (PD)¹³ – ihre Arbeit mit neuer Ausrichtung und neuem Namen in neuer Form fortsetzten.¹⁴

Landmannschaftliche Vereine und wirtschaftliche Interessenverbände

Durch die jeweiligen Regionen wurden Anfang der 70er Jahren zahlreiche Circoli (Clubs) und Associazioni (Vereine) gegründet, deren Hauptmerkmal die gemeinsame regionale

11 Pichler, Edith: Territorio e milieu: La partecipazione degli italiani in Germania, in: Battiston, Simone/Lucconi, Stefano (Hrsg.): Autopsia di un diritto politico. Il voto degli italiani all'estero nelle elezioni del 2018, Turin 2018, S. 37–51.

12 Battiston, Simone/Mascitelli, Bruno: Il voto italiano all'estero, Florenz 2012.

13 Der Partito Democratico ist eine Mitte-links-Partei, die 2007 von Ex-Mitgliedern des PCI, der Democrazia Cristiana (DC), des Partito Socialista und anderen gegründet wurde.

14 Pichler: Dalla Guerra Fredda.

Herkunft der Mitglieder war. Die Konsularbehörden und die Kirche unterstützten die Gründung dieser Organisationen, da sie in ihnen ein Ventil für angestaute politische Spannungen und deren explosives Potenzial sahen.¹⁵ In der Bundesrepublik existieren neben den verschiedenen *Circoli Sardi*, *Pugliesi*, *Siciliani*, *Calabresi* auch Vereine, die weltweit aktiv sind, wie beispielsweise die Vereine *Friulani nel Mondo* (Verein der Friauler in der Welt), *Trentini nel Mondo* (Trientiner in der Welt) und *Lucchesi nel Mondo* (Lucchesi in der Welt), *Associazione Emilia-Romagna*, *Siciliani nel Mondo*, *Südtiroler in der Welt* etc. Wichtige Betätigungsfelder dieser landsmannschaftlichen Vereine sind Erholung, Sport und Folklore, wobei insbesondere Gruppen wie die Sarden und Friauler, die sich in Italien als eine ethnische Sprachgruppe verstehen, der Pflege der eigenen Sprache und Kultur eine große Bedeutung beimessen.

Mit den Transformationen innerhalb der Community und der Wandlung der Zuwanderertypen in den letzten 20 Jahren haben sich auch die Betätigungsfelder dieser Vereine geändert; teilweise verschob sich ihr Schwerpunkt dabei in Richtung Kulturarbeit. In letzter Zeit werden diese Vereine aber auch zunehmend von den neuen Emigranten kontaktiert und konsultiert, die, wie in der Vergangenheit, aus wirtschaftlicher Not auswandern.¹⁶ Auch bei diesen Vereinen kann man aufgrund ihrer regionalen Provenienz und Geschichte eine Trennung in christliche oder laizis-

¹⁵ Kammerer, *Some Problems*.

¹⁶ Pichler: *Migrazioni e milieus*.

tische Orientierung ausmachen: so etwa die landsmannschaftlichen Vereine, die aus Regionen wie Veneto, Trentino-Südtirol, Friaul-Julisch-Venetien oder Sizilien stammen, die nach 1945 jahrzehntelang von den Christdemokraten regiert wurden. Sie waren und sind eher christlich orientiert und im Dachverband *Unione Nazionale Associazioni Immigrati ed Emigrati (UNAIE* – Nationaler Dachverband der Vereine von Emigranten und Immigranten) organisiert. Andere hingegen, die beispielsweise Regionen repräsentieren, die nach dem Krieg von PCI und PSI regiert wurden, wie die landsmannschaftlichen Vereine aus der Emilia-Romagna, sind vorwiegend laizistisch geprägt und bevorzugen eine Zusammenarbeit mit der FILEF.¹⁷

Mit der Entwicklung und Etablierung einer «italienischen Ökonomie» in der Bundesrepublik gründeten italienische Gewerbetreibende eigene Interessenverbände, die überregional und transnational agieren. So formten die italienischen Speiseeiskonditoren bereits Ende der 1960er Jahre einen eigenen Verband, die Union der italienischen Speiseeiskonditoren (UNITEIS) mit Sitz in Frankfurt am Main. Die UNITEIS organisiert jährlich eine Messe – die «Mostra Internazionale del Gelato» – in Longarone (Region Venetien) sowie Ausbildungskurse in Italien und Deutschland, die in Zusammenarbeit mit verschiedenen Handelskammern ausgerichtet werden («UNITEIS Notizie», verschiedene Jahrgänge).

17 Interview am 18.12.2019 mit Aldo Degaudenz, langjähriger Politiker in Trentino-Südtirol, ehemaliger Senator der Italienischen Republik und Mitglied im Direktorium der Trentini nel Mondo.

Als Anfang der 1980er Jahre die Pionier- und Improvisationszeit der italienischen Gastronomie zu Ende ging und einige ihrer Probleme wie Qualifikation, Professionalisierung und Qualität zum Vorschein kamen, versuchten die italienischen Gastronomen, ihren Individualismus zu überwinden und gründeten mit Unterstützung des zum linken Flügel der Christdemokratischen Partei gehörenden Politikers Bartolo Ciccardini den Verein *Ciao Italia*. Hier kann man auch Unterschiede zwischen «traditionellen» und «alternativen» Gastronomen benennen. Während «traditionelle» Gastronomen im weltweit aktiven Verband *Ciao Italia* organisiert sind, sind die «alternativen» in der aus der linken Kulturorganisation ARCI entstandenen Slow-Food-Bewegung zu finden. Diese versteht sich als internationales Netzwerk, deren Mitglieder nicht nur Italiener und Gastronomen sind.¹⁸

Trotz der oben dargestellten politischen Spaltung war den Organisationen gemein, dass sie sich der Aufgabe einer Interessenvertretung der Emigranten verpflichtet sahen. Auf deren gemeinsame Initiative hin kam es 1985 mittels Gesetzreform zur Gründung der *Comitati Italiani all'Estero*¹⁹ als einer offiziellen Vertretung der Italiener im Ausland. Dieses vom Gesetz festgelegte «Miniparlament» wird von den italienischen Migranten

¹⁸ Pichler, Edith: *Lifestyle, milieu languages and the economy: the presence of Italian in the urban spaces of Berlin*, in: Heyd, Theresa/Mengden, Ferdinand von/Schneider, Britta (Hrsg.): *The sociolinguistic economy of Berlin. Cosmopolitan perspectives on language, diversity and social space*, Boston/Berlin 2019, S. 195–222.

¹⁹ Interview am 18.12.2019 mit Michele Schiavone, Generalsekretär des *Consiglio Generale Italiani all'Estero* (CGIE), beim italienischen Außenministerium.

vor Ort auf der Ebene der Konsular-Bezirke²⁰ gewählt, aber auch hier kann man Unterschiede hinsichtlich der Migrationsmuster und der Milieuzugehörigkeit beobachten.

Berlin und die italienische Linke

Zur Zeit der Teilung war West-Berlin Ziel von Personen, die von dem liberalen, offenen und avantgardistischen Klima der Stadt angezogen wurden. Berlin spielte aber auch eine wichtige politische Rolle: Als Symbol des Kalten Krieges, durch eine Mauer getrennt, stellte die Stadt bildhaft die Trennung zwischen den beiden Machtblöcken dar, die Churchill den «Eisernen Vorhang» genannt hatte. West-Berlin war eine Art Seismograph dessen, was sich auf der Ebene der internationalen Politik und der gesellschaftlichen Veränderungen abspielte. Diese Realität wirkte sich auch auf die Italo-Berliner aus. Die Stadt wurde so zu einem Aktionsfeld für die verschiedenen politischen Aktivisten «made in Italy».

Die nach Berlin eingewanderten italienischen Migrationsgruppen unterscheiden sich wesentlich von den italienischen Migrantinnen und Migranten in Westdeutschland, die vorwiegend Arbeitsmigranten waren. Die spezifischen politischen, kultu-

20 Die Festlegung der Wahlkreise erfolgt über die Konsular-Bezirke; in Deutschland gibt es aufgrund der Migrationsgeschichte mehrere italienische Konsulate, die jeweils für ein bestimmtes Gebiet zuständig sind. Diese Gebiete bilden den Wahlkreis; so ist beispielsweise das Konsulat Berlin zuständig für Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

rellen und gesellschaftlichen Charakteristika der Zielorte und -regionen zogen verschiedene Typen von Migranten an, die mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensstilen zur Entfaltung vielfältiger Aktivitäten innerhalb der Community und so zu deren Diversifizierung beitrugen. Anhand von Beobachtungen hat die Autorin folgende Migrantentypen mit entsprechenden Milieus identifiziert: Pioniere, Arbeitsmigranten, Rebellen, Postmoderne und neue Mobile.

Migrantentypen	Organisationen
Die Pioniere	Katholische Mission (Circolo Cesare Orsenigo)
Die Arbeitsmigranten	Italienische Parteien (PCI/PSI/MSI) Parteinahе Migrantenorganisationen (Filef/IstitutoSanti/ CircoloCarlo Levi/CTIM)
Die Rebellen ²¹	Außerparlamentarische Linke (u.a. Lotta Continua) Fraueninitiativen
Die Postmodernen	Unabhängige Organisationen, oft mit (inter-)kulturellem Charakter
Die Mobilen	Virtuelle Netzwerke

21 Mit dem Begriff Rebellen werden solche Migranten bezeichnet, die aus «Rebellion» gegen ein dominierendes politisches und gesellschaftliches Klima in Italien auswanderten.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hatten manche der in Berlin verbliebenen Italiener – meist ehemalige Zwangsarbeiter oder internierte Soldaten – ihre Familien zu sich geholt; sie können als die *Pioniere* der italienischen Immigration nach Berlin definiert werden. Italienische *Arbeitsmigranten* kamen erst Mitte der 1960er Jahre nach Berlin, häufig nach Zwischenaufenthalten in Westdeutschland. Die finanzielle Unterstützung, die der Berliner Senat für zuziehende Arbeitnehmer bereitstellte, und die sogenannte Berlin-Zulage stellten auch für Italiener einen Anreiz dar. Die Entscheidung, in die große und anonyme Stadt Berlin zu ziehen, hatte auch für diese Gruppe eine abenteuerliche Komponente und kann als ein Zeichen der Unabhängigkeit bzw. Emanzipation interpretiert werden. Kurz: Man kam nach Berlin nicht nur aus ökonomischen Motiven, sondern auch aufgrund der Möglichkeiten, die die Stadt jungen Italienern aus der Provinz bot.

Ende der 1960er und während der 1970er Jahre immigrierten dann die *Rebellen* – junge Italiener, darunter etliche Frauen, die sich als Studenten vom «Mythos Berlin» als einer Stadt der Studentenrevolte angezogen fühlten. Berlin war für sie der Gegenentwurf zur Enge der italienischen Provinz; hier konnten alternative Lebensweisen ausprobiert werden. In den 1980er Jahren war es der Mythos des Bezirks Kreuzberg, und hier vor allem die Hausbesetzerbewegung und die autonome Szene, die junge Italiener nach Berlin zog. Da sie in ihrer Lebensgestaltung flexibel sein wollten, verdienten sie ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheitsjobs, gaben Italienischunterricht oder jobbten in Restaurants und Kneipen oder auch in alternativen Projekten.

Ab Anfang der 1980er Jahre lässt sich ein weiterer Migrantentypus erkennen, nämlich der *Postmoderne*: Junge Italienerinnen und Italiener, die – wie die Rebellen – häufig im Besitz eines großen kulturellen Kapitals sind. Sie sind die Initiatoren neuer Wirtschaftsaktivitäten, die, auch in traditionellen Sektoren wie der Gastronomie, innovative Charakteristika aufweisen. Nach der Vereinigung kamen dann italienische Freiberufler, Journalisten, Manager, Architekten, Bankdirektoren und andere mehr in die Stadt. Die neuen Austauschprogramme europäischer Universitäten (wie etwa das Erasmus-Programm) förderten dann die Zuwanderung der *neuen Mobilen*.²²

Auch in Berlin waren seit den 1970er Jahren vor allem die traditionellen Parteien der italienischen Linken präsent. So organisierte beispielsweise der PCI seine «Festa dell'Unità» in der alten Mensa der Technischen Universität, einem geradezu «mythischen» Ort der Berliner Linken, in dem in den 1970er und 1980er Jahren viele Veranstaltungen und Konzerte von Gruppen aus dem Umfeld der Studentenbewegung stattfanden. Dadurch erhofften sich die Kommunisten, auch das Publikum aus dem studentischen Milieu zu erreichen und für ihre Politik zu gewinnen. Außerdem konnten sie auf diese Weise auch unter der – deutschen und nichtdeutschen – Bevölkerung Berlins für eine europäische linke Politik (Eurokommunismus) werben.

22 Pichler, Edith: Pioniere, Arbeitsmigranten, Rebellen, Postmoderne und Mobile: Italiener in Berlin, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 42: Arbeitsmigration in Deutschland nach 1945, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Institut für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig-Bonn, Bonn 2002, S. 257–274.

Gerade in dieser Zeit faszinierte die italienische Linke viele Studenten und Intellektuelle, die die politische Entwicklung in Italien mit Interesse verfolgten und mit dem PCI in Deutschland einen direkten Ansprechpartner fanden. So entstanden auch in Berlin viele «multiethnische» Initiativen aus linken migrantischen und deutschen Organisationen und Aktivisten, darunter auch eine internationale Arbeitsgruppe der Jusos.

Weil die Kommunistische Partei Italiens sich auch aufgrund der Veränderungen innerhalb der kommunistischen Bewegung in Europa mit internen Kontroversen auseinandersetzen musste, konnte die Sozialistische Partei Italiens – auch aufgrund eines privilegierten Verhältnisses zur SPD – in Berlin eine wichtige Rolle im italienischen Vereinsleben erlangen. So war der PSI-Vertreter lange Jahre zugleich Präsident verschiedener Vertretungsorgane und leitete auch die Zeitschrift *Incontri – Zeitschrift für Italiener und Deutsche*, die dem PSI nahestand. Mit dieser Zeitschrift konnte die Partei auch einen Kreis junger (italienischer und deutscher) Intellektueller um sich versammeln, die als mögliche Autoren an einer Zusammenarbeit interessiert waren. Dasselbe geschah mit dem Istituto Fernando Santi, das Forschungsprojekte über die Lage der italienischen Arbeiter in der Automobilindustrie und in der Gastronomie initiierte und förderte.²³

23 Vgl. Istituto Fernando Santi: *Lavoro italiano in Germania. Aspetti e problemi dell'occupazione italiana in Germania Federale nel settore automobilistico e in quello gastronomico*, Rom 1983.

Der Circolo Carlo Levi in Berlin-Schöneberg: Migrantenvereine und Frauenorganisation

Um Einfluss zu gewinnen, gründeten die Parteien, wie gesehen, weitere Migrantenvereine. Ein Beispiel hierfür ist der Anfang der 1970er Jahre von Mitgliedern des PCI gegründete Circolo Carlo Levi in Berlin-Schöneberg. Der Circolo verfügte über verschiedene Räumlichkeiten, darunter eine Kneipe, ein Veranstaltungsraum und eine Bibliothek mit italienischer Belletristik und wissenschaftlicher (vor allem geschichtswissenschaftlicher) Literatur, deren Ankauf durch einen Sonderfonds des Außenministeriums über das italienische Konsulat ermöglicht wurde. Ende der 1980er Jahre wurde für die Bibliothek Videotechnik angeschafft, sodass italienische Filme in Originalsprache gezeigt und auch sportliche Ereignisse gemeinsam verfolgt werden konnten.

Der Circolo Carlo Levi war Sitz des Migrantenvereins FILEF sowie des Frauenvereins Unione Donne Italiane (UDI); auch der PCI hielt hier Versammlungen und Parteitage ab. Nicht nur unter der Woche, wenn die eine oder andere dieser Organisationen abends ihre Besprechungen oder Sitzungen abhielt, hatte der Circolo geöffnet, sondern gewöhnlich auch an den Wochenenden. Aktivisten oder Sympathisanten der Partei und der Vereine teilten sich die Aufgabe, die Einrichtung betriebsfähig zu halten, also etwa einen regelmäßigen Küchendienst zu organisieren. Speisen und Getränke anzubieten diente dabei nicht nur der Geselligkeit, sondern auch der Finanzierung des Circolo.

Besonders für alleinlebende und ältere Migranten bedeuteten die Angebote des Circolo eine Möglichkeit, der Einsamkeit der Wochenenden zu entfliehen. Hier trafen sie Landsleute, konnten billiger essen als im Restaurant und bei einem Glas Wein Karten spielen. An manchen Wochenenden spielte jemand Ziehharmonika und dazu wurden alte italienische Lieder und Volkslieder gesungen.

Die Geschichte des Circolo Carlo Levi steht in gewisser Weise zugleich für die Geschichte der Wandlung des PCI, der italienischen Community in Berlin sowie der Wandlung der Stadt selbst seit der Öffnung der Mauer im November 1989. Denn auch das Leben der linken italienischen Organisationen und insbesondere des PCI wurde von der Situation des geteilten Berlin, das als Symbol des Kalten Krieges galt, beeinträchtigt. Gleichzeitig spiegeln die internen Konflikte und Richtungskämpfe unter den (und innerhalb der) politischen Organisationen die Auseinandersetzungen zwischen «traditionellen» und «importierten» Führungspersonen wider.

Bis in die 1980er Jahre waren der PCI und die ihm nahestehenden Organisationen in Berlin bestimmt durch harte Auseinandersetzungen zwischen dem lange Zeit dominierenden «rechten» (moskautreuen) und einem «linksliberalen» Flügel, zu dem auch Mitglieder mit eher sozialdemokratischen Positionen gehörten. Der Öffnung der Berliner Mauer 1989 und die Ereignisse in den anderen realsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas blieben schließlich nicht ohne Auswirkungen auf die italienischen Kommunisten. Die folgenden Diskussionen über die Zukunft der Partei führten in Italien wie auch in

Berlin zur endgültigen Spaltung. Insgesamt bedeutete diese Entwicklung auch das langsame Aus für den Circolo Carlo Levi. Im Frühjahr 1993 musste die Einrichtung, die im Laufe der Jahre zu einer Institution innerhalb der italienischen Community geworden war, schließen.²⁴

Die beiden wichtigsten Organisationen, die seit den 1980er Jahren im Circolo residierten, waren die FILEF, die ab 1992 in Berlin personell wie inhaltlich starke Wandlungen durchmachte, und die UDI. Letztere war Mitte der 1980er Jahre als Verein eingetragen worden. Ihre Mitglieder waren Frauen von Arbeitsmigranten, die den Circolo besuchten, aber auch einige Italienerinnen, die aus anderen Motiven nach Berlin gekommen waren, und darüber hinaus deutsche oder ausländische Frauen, die mit Italienern verheiratet waren. Besonders die beiden letztgenannten Gruppen riefen verschiedene Aktivitäten ins Leben, während die erstgenannte Gruppe vor allem ihre Klientel und Zielgruppe darstellte. Die UDI veranstaltete etwa Näh- und Schwimmkurse, Seminare zu Gesundheitsfragen und Deutschkurse. Zu ihrer Tätigkeit gehörte auch Sozialarbeit, die für den Alltag von Migrantinnen wichtig war, etwa deren Begleitung bei Arztbesuchen oder zum Arbeitsamt. Da die Migrantinnen vielfach die deutsche Sprache nicht beherrschten oder sich in bürokratischen Details nicht auskannten, war diese «Dienstleistung» durchaus von Bedeutung. Mit finanzieller Unterstützung

²⁴ Pichler: Migration, Community-Formierung und ethnische Ökonomie. Seit einigen Jahren ist der Cicolo Carlo Levi – als Italienisch-deutscher Kulturkreis Carlo Levi-Filef – wieder aktiv, vgl. <https://www.facebook.com/AGCarloLevi>.

des Berliner Senats gab die UDI die Broschüre «Le donne dove a Berlino» über Fraueninitiativen und andere Institutionen in Berlin heraus.

Anfang 1990 beendete die UDI ihre Arbeit, nachdem auch hier Auseinandersetzungen zwischen «alten» und «neuen» Migrantinnen zu unlösbaren Problemen geführt hatten. Die jüngeren Migrantinnen suchten der Arbeit der UDI eine eher feministische, auf «Selbstfindung» (*autocoscienza*) orientierte Richtung zu geben und wollten zugleich vom Circolo in ein deutsches feministisches Frauenzentrum übersiedeln. Für die «älteren» UDI-Aktivistinnen war jedoch klar, dass die mit Mühe gewonnenen Immigrantinnen, für die bereits die Wahrnehmung der Angebote des Circolo ein Schritt hin zur Selbstständigkeit, ja ein Akt der «Befreiung» darstellte, sich sowohl aus sprachlichen Gründen als auch angesichts der Arroganz der «aufgeklärten» deutschen Feministinnen in einem deutschen Frauenzentrum nicht wohlfühlen konnten. Das führte dann auch dazu, dass die alte Klientel, die es gewohnt war, mit Männern und Kindern in den Circolo zu kommen, um dort Freunde zu treffen, und die mit «feministischer Selbstfindung» wenig anzufangen wusste, allmählich wegblieb.²⁵

Die Migrantenorganisation FILEF bot vor allem Beratung für Einwanderer an, etwa zum Thema Rente, und veranstaltete in Zusammenarbeit mit verschiedenen deutschen und italieni-

25 Pichler, Edith: Double Emigration: Geographical and Cultural? The Participation of Italian Women in the German Labour Market, in: *International Review of Sociology* 1/2017, S. 25–36.

schen Einrichtungen Seminare und Informationsabende. Auf diesen Veranstaltungen wurden nicht nur Themen behandelt, die für Einwanderer von Interesse waren – wie beispielsweise die Maßnahmen der verschiedenen Regionen in Italien zur Unterstützung und Eingliederung von Rückkehrern oder zum Wahlrecht für Ausländer –, sondern auch Fragen, die sich mit der Lage und Entwicklung des Einwanderungslandes beschäftigten. Als in der Bundesrepublik die Problematik der Atomenergie zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern führte, wurde dazu ein Informationsabend mit Experten und Politikern organisiert. Ein weiterer Informationsabend mit Gewerkschaftern und Angestellten des Arbeitsamtes beschäftigte sich Ende der 1980er Jahre mit der Arbeitsmarktsituation in Berlin und Deutschland. Ein weiteres Anliegen der FILEF war die Organisation von Festen und von Italien-Reisen für italienische Kinder und Jugendliche. Bei den Reisen wurde die FILEF von den zuständigen regionalen Behörden (vorwiegend in von PCI/PSI regierten Regionen wie Emilia-Romagna oder Toskana) und von verschiedenen Institutionen unterstützt, die ihnen Räumlichkeiten und Mittel für die Unterbringung und Verpflegung der Jugendlichen zur Verfügung stellten. Als Alternative zu dem eine Zeit lang vom Konsulat organisierten Weihnachtsfest für italienische Kinder oder ähnlichen christlichen Festen der Katholischen Mission veranstaltete die FILEF zusammen mit dem Circolo Carlo Levi Kinderfeste zum Karneval.²⁶

²⁶ Pichler: Migration, Community-Formierung und ethnische Ökonomie; dies.: Dalla Guerra Fredda.

Die italienische APO in Berlin

Berlin war, wie bereits erwähnt, die Stadt der Studentenbewegung, der außerparlamentarischen Opposition. Johannes Agnoli (1925–2003), ein aus Pieve di Cadore stammender Professor italienischer Abstammung, war zunächst Assistent und dann Professor für politische Theorie am legendären Otto-Suhr-Institut der Freien Universität. Er hatte 1967, zusammen mit Peter Brückner, mit «Transformation der Demokratie» den vielleicht wichtigsten Text der Bewegung verfasst. Agnoli war zu dieser Zeit auch einer der Gründer des Republikanischen Clubs (RC), in dessen Kreis die «Union der fortschrittlichen italienischen Emigranten» mit der Arbeitsgruppe Berlin-Wolfsburg initiiert wurde, die die Zeitung *L'emigrante in Lotta* (Der Migrant im Kampf) herausgab. Für diese «kämpfenden Migranten» gab der radikale Professor Kurse in politischer Ökonomie und Marxismus an der Technischen Universität. An den Wochenenden fuhr die Gruppe, bestehend aus italienischen Arbeitern und Studenten sowie deutschen «Genossen», nach Wolfsburg, in die Stadt der Volkswagenwerke, um unter den italienischen Arbeitern, von denen viele noch in Baracken lebten, zu agitieren und sie zu organisieren.²⁷

Es gab auch einige junge Leute, die bereits in Italien in Gruppen der außerparlamentarischen Linken aktiv waren (wie etwa Lotta Continua oder Democrazia Proletaria) und die sich von

²⁷ Agnoli, Barbara Görres: Johannes Agnoli. Eine biographische Skizze, Hamburg 2004.

der Berliner Industrie anwerben ließen, um in die Stadt der «Studenten-Revolte» zu gelangen. Mitte der 1970er Jahre gründeten einige von ihnen ein Casa di Cultura Popolare (Haus der Populären Kultur) mit dem Ziel, die «andere», linksalternative Kultur durch verschiedene Aktivitäten und politisch-kulturelle Arbeit unter Einwanderern und deutschen Freunden zu verbreiten und zu pflegen. 1976 folgte die Rockgruppe «Gli Straccioni» (Die Lumpen), die bei Veranstaltungen linker Gruppen auftrat, beispielsweise in der alten Mensa der Technischen Universität. Ein paar Leute aus diesem linken Milieu eröffneten Ende der 1970er Jahre die legendäre Osteria Nr. 1 in Kreuzberg, den damaligen Treffpunkt der alternativen und multinationalen Linken.²⁸

Resümee

Mit der Einwanderung italienischer Migrantinnen und Migranten wurden auch in Deutschland italienische Organisationen aktiv, die vorwiegend die soziokulturellen und politischen Verhältnisse der italienischen Gesellschaft widerspiegelten: katholische Organisationen, linke Parteien, Gewerkschaften und landsmannschaftliche Vereine. Trotz der ideologischen Differenzen kam es in den 1980er Jahren auf Initiative all dieser Organisationen mit der Konstitution der Comitati Italiani

²⁸ Pichler: Dalla Guerra Fredda.

all'Estero zu einer «Institutionalisierung» der Repräsentanz italienischer Migranten. Andererseits kann man bei den neuen Einwanderinnen und Einwanderern neue Formen des sozialen Engagements beobachten; sie haben eigene Initiativen ergriffen und andere, ihren sozialen und kulturellen Bedürfnissen und Interessen mehr entsprechende Einrichtungen oder lockere Zusammenschlüsse gegründet, die häufig mit Gruppen aus anderen Herkunftskulturen interagieren. Diese Vereine haben als Zielgruppe nicht nur die eigene ethnische Gruppe, sondern sind in ihren Aktivitäten eher milieuorientiert. Dies illustriert, dass die italienische Community in Deutschland eine Pluralisierung der Milieus erfahren hat – was zugleich bedeutet, dass sie nicht mehr so stark in Don Camillos und Peppones zu unterscheiden ist.



3

Murat Çakır

**Eine deutsch-deutsch-türkische
Geschichte**



Die Selbstorganisation türkeistämmiger Menschen in Deutschland hat eine lange Geschichte, die wesentlich von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik, der DDR und der Türkei bestimmt wurde. Insofern könnte man durchaus von einer langen deutsch-deutsch-türkischen Geschichte sprechen. Es sollte aber zugleich nicht unerwähnt bleiben, dass – gerade für türkische Linke – die Selbstorganisation in Deutschland lange vor dem deutsch-türkischen Anwerbeabkommen begann und bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs zurückreicht.

Moskau, Berlin, Leipzig

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte das Osmanische Reich Tausende Arbeiter und Studierende nach Deutschland geschickt. Nach dem Krieg wurden einige von ihnen Zeugen der Novemberrevolution, manche nahmen gar aktiv an den Berliner Januarerkämpfen 1919 teil.¹ Sie organisierten sich im «Türkischen

¹ Vgl. Brauns, Nikolaus/Çakır, Murat: Partisanen einer neuen Welt. Eine Geschichte der Linken und Arbeiterbewegung in der Türkei, Berlin 2018, S. 55ff.

Club in Berlin» und gründeten Anfang 1919 die Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (Türkiye İşçi ve Çiftçi Fırkası – TİÇF) sowie die Türkische Arbeiterassoziaton. Aus diesem Kreis heraus wurde auch die Theoriezeitschrift *Kurtuluş* (Befreiung) herausgegeben, die auf Deutsch und auf Türkisch (in osmanischer Schrift) gedruckt wurde; die Zeitschrift sollte später, ab den 1960er Jahren, erneut in Berlin erscheinen. Zu den Aktivistinnen und Aktivisten zählten auch Linke, die bald führende Mitglieder in verschiedenen sozialistischen, kommunistischen und kemalistisch-nationalistischen Organisationen werden sollten, darunter Ethem Nejat, der zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) aufstieg. Diese «türkischen Spartakisten», und insbesondere die 1920 in Baku gegründete TKP, sollten in den Jahren der türkischen Arbeitsmigration nach 1961 eine wichtige Rolle bei der Selbstorganisation türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten spielen.

Aus diesem Grund wird hier von einer «deutsch-deutsch-türkischen Geschichte» gesprochen: Denn seit ihrer Gründung – und nach der Ermordung von 15 Mitgliedern des Zentralkomitees der TKP, darunter auch Ethem Nejat, durch kemalistische Schergen im Januar 1921 – musste die Partei vom Exil aus operieren. Die TKP-Leitung agierte überwiegend von Moskau aus, saß aber vor 1933 mit ihrem Auslandsbüro zeitweise auch in Berlin. Erst später, wahrscheinlich im Laufe des Jahres 1957, entstand in Leipzig eine TKP-Zentrale, die bis zur politischen Wende in der DDR 1989/90 bestand und ab den 1960er Jahren die türkeistämmige Arbeitsmigration in Westdeutschland zu ihrem Operationsfeld machte. Deklariert als zypriotische

Flüchtlinge lebten und arbeiteten die TKP-Kader in Leipzig – einige starben dort sogar. So sind beispielsweise die Gräber von Zeki Baştımar (Parteiame Yakup Demir), Aram Pehlivanyan (Ahmet Saydam) und einigen anderen Kommunisten im ehemaligen «Sozialistischen Ehrenhain» auf dem Leipziger Südfriedhof zu finden. Im Kontext dieses Beitrags muss indessen der Verweis auf die hervorragende Arbeit von Nelli Tügel genügen, in der sie die Leipziger Zeit der türkischen Kommunistinnen und Kommunisten ausführlich beschreibt.² Aber das ist eine andere Geschichte.

In den Wohnheimen und darüber hinaus

Schon in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung des Anwerbevertrags mit der Türkei 1961 und der Ankunft der ersten «türkischen Gastarbeiter» in Deutschland entstanden erste Ansätze der Organisierung. Die Arbeiter wurden in Wohnheimen untergebracht, die von den Betrieben zur Verfügung gestellt wurden, aber mit ihren betrieblichen, sozialen und alltäglichen Problemen völlig allein gelassen. Auch aufgrund der Sprachschwierigkeiten suchten sie die Nähe von Landsleuten und blieben unter sich. Am Anfang fungierten Bahnhöfe und Bahnhofsvorplätze als Treffpunkte für die Informations- und Hilfesuchenden.

² Tügel, Nelli: Das Land ihrer Träume? Türkeistämmige politische Emigrantinnen in der DDR, Berlin 2014.

Während der türkische Staat, der durch die Arbeitsmigration einen Teil seines Beschäftigungsproblems exportieren und auf zusätzliche Deviseneingänge hoffen konnte, keinerlei Handlungsbedarf sah, überließ der westdeutsche Staat die Arbeiter der Obhut der Unternehmen, die ebenfalls keinen Handlungsbedarf erkennen wollten. Neuankömmlinge mussten sich deshalb selbst Gedanken darüber machen, wie sie ihre spezifischen Alltagsprobleme lösen wollten. Dabei ging es um Fragen wie etwa Nahrungsmittelbeschaffung oder Freizeitbeschäftigung, aber auch um Sprachprobleme, Behördengänge oder betriebliche Sorgen der Beschäftigten. In diesem Kontext entstanden die ersten Vereine, die zu Treffpunkten für die türkeistämmigen Migranten wurden.

Damals war es nicht unüblich, dass Migrantinnen und Migranten, die in der Türkei kaum etwas miteinander zu tun gehabt hatten, in den Betrieben und vor allem in den Wohnheimen gegenseitig ihre Nähe suchten. In einigen Werkwohnheimen, in denen manchmal bis zu zehn Personen sich ein Zimmer teilen mussten, gab es zwangsläufig kaum eine andere Möglichkeit; quasi sprachlos in der Fremde und ohne Hilfe von außen waren die Arbeiter schlicht aufeinander angewiesen – und sie hatten gemeinsame Interessen.

Anfänglich stellte schon die Besorgung von Lebensmitteln die Neuankömmlinge vor Herausforderungen. Obst, Gemüse, Kräuter und vor allem Rind- bzw. Lammfleisch mussten irgendwie organisiert werden. Während manche das überreiche Angebot der Supermärkte und die Freizügigkeit der westdeutschen Gesellschaft sichtlich genossen, mussten die gläubigen Musli-

me nach Wegen und Möglichkeiten suchen, wie sie koscheres (Halal) Fleisch beschaffen konnten. Jene, die etwas Deutsch sprachen, kamen zusammen und suchten gemeinsam in ländlichen Regionen Schafzüchter. Wurden sie fündig, konnten sie Schafe bzw. Lämmer kaufen und vor Ort schächten. Obwohl das Schächten eigentlich verboten war, war das Geschäft für die Züchter und Bauern so einträglich, dass sie über das Verbot hinwegschauten.

Für diejenigen, die derartige (Geschäfts-)Kontakte hergestellt hatten, eröffneten sich neue Einkommensquellen. Ein Teil des Fleisches der geschächteten Tiere wurde in den Wohnheimen verkauft – meist zum doppelten Preis. Auch andere Bewohner machten dort kleine Geschäfte, etwa indem sie in großen Blumentöpfen Kohl, Tomaten, Petersilie etc. pflanzten und den Überschuss verkauften. In wenigen Jahren wurden dann aus kleinen Geschäften größere: Dem Autor ist beispielsweise ein Arbeiter aus Malatya bekannt, der bei Thyssen-Henschel in Kassel angestellt war, im Henschel-Wohnheim lebte und nach einigen Jahren von seinem Ersparten, gemeinsam mit einem deutschen Geschäftspartner, ein türkisches Lebensmittelgeschäft eröffnete. Es war 1968 das erste und einzige Lebensmittelgeschäft in Kassel, in dem koscheres Fleisch und türkische Lebensmittel verkauft wurden.

Während türkeistämmige Arbeiterinnen, die allein in die Bundesrepublik gekommen waren und bis 1973 rund ein Viertel der türkischen Beschäftigten ausmachten, gerne in den Wohnheimen blieben und dort viel Zeit verbrachten, suchten die Männer nach Möglichkeiten, der Enge der Wohnheimzimmer zu

entfliehen. Der Bedarf an möblierten Zimmern außerhalb der Wohnheime wuchs binnen weniger Jahre so stark, dass neben Billighotels und Gaststätten auch Privatpersonen Zimmer an türkische «Gastarbeiter» vermieteten.

Auf Arbeit

Die sogenannten Gastarbeiter wurden ganz überwiegend für einfache Tätigkeiten ins Land geholt. Und da die Zahl der zu besetzenden «Arbeitsplätze mit geringeren Anforderungen an beruflicher Ausbildung» bis 1970 relativ hoch war, vernachlässigte man die Qualifizierung der angeworbenen «Gastarbeiter». Nach und nach zeigte sich innerhalb der Unternehmen auch die Tendenz, für diese einfachen Arbeiten vorzugsweise «Gastarbeiter» der gleichen Nationalität einzustellen. Das geschah unter anderem dadurch, dass man die Arbeiter ermutigte, Bekannte und Verwandte in den Heimatregionen anzuwerben. So kam es dazu, dass immer mehr Türkeistämmige in denselben Betrieben arbeiteten. In den Kölner Ford-Werken beispielsweise kamen zeitweilig rund 40 Prozent der Beschäftigten aus der Türkei. Gerade das Ruhrgebiet mit Steinkohlebergbau und Stahlindustrie – Branchen, die einen großen Bedarf an Hilfskräften hatten – wurde zum Ziel der Einwanderer aus der Türkei. In diesem Zusammenhang kann man durchaus davon sprechen, dass im Ruhrgebiet sehr früh Kettenmigrationsprozesse begannen. Angesichts dieser Entwicklungen wurde früh erkannt, dass die sogenannte Ausländerbeschäftigung politisch und sozial gestal-

tet werden musste. Schon im Mai 1962 beauftragte das Bundesinnenministerium daher die Arbeiterwohlfahrt (AWO) mit der sozialen Beratung und Betreuung der türkeistämmigen «Gastarbeiter». Im Laufe der Jahre wurde mit der Einstellung von türkeistämmigen Beraterinnen und Beratern daraus das sogenannte Türk Danış, die «Türkischen Beratungsstellen der AWO».

Die Vereinslokale (Cemiyets)

Doch trotz der Bemühungen der Arbeiterwohlfahrt, die von den «Betreuten» teilweise als sehr paternalistisch empfunden wurden, blieben die Vereinslokale, die sogenannten Cemiyets, die erste Anlaufstelle für Hilfesuchende. Die Cemiyets waren zugleich Orte der Netzworkebildung. Hier kamen Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammen, wie jene, die gerne Fußball spielen wollten und später Fußballvereine gründeten, aber auch Menschen mit unterschiedlichen Geschäftsinteressen. In der Nähe der Cemiyets entstanden daher Export-Import-Läden, die alle möglichen Waren aus der Türkei verkauften, türkische Lebensmittelgeschäfte und Reisebüros, die Flugzeuge in die Türkei charterten. Zeitweise fungierten die Reisebüros zudem als Geldüberweisungsstellen: Jene türkeistämmigen Arbeiter, die Geld an ihre Verwandten schicken wollten, kamen in diese Reisebüros und übergaben das Geld an die Inhaber, die dann per Telefon über ihre Mittelsmänner das Geld – natürlich nach Abzug einer horrenden «Kommissionsabgabe» – an die Adressaten in der Türkei übergaben. Bis in die späten 1970er

Jahre wurde der Geldtransfer über Reisebüros organisiert. In den Cemiyets und anderen Vereinen wurden mit Hilfe der AWO und anderer Einrichtungen Deutschkurse angeboten. Junge Studierende oder Arbeiter, die der deutschen Sprache mächtig waren, wurden zu Dolmetschern und boten in den Vereinen ihre Dienste an. Die AWO rekrutierte ihre «türkischen Berater» zumeist aus diesen Kreisen.

Die Cemiyets sowie die dort gebildeten Netzwerke förderten auch die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, was nach kurzer Zeit dazu führte, dass in den Betrieben zahlreiche türkeistämmige Vertrauensleute und Betriebsräte gewählt wurden. In den 1970er Jahren gründeten die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, vielerorts ihre «Ausländerausschüsse».³

«Burası Köln Radyosu»

In den Vereinsräumen wie auch privat verfolgten die türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten gerne Radiosendungen in türkischer Sprache. Exportgeschäfte verkauften damals günstige Mittelwellenradios, mit denen man Radiosendungen aus der Türkei, aber auch aus anderen Ländern empfangen konnte. Ab November 1964 wurde in den Vereinen und Haushalten der türkeistämmigen «Gastarbeiter» dann täglich um 18 Uhr das Radio eingeschaltet. Denn um diese Zeit begann

³ Zu den Ausländerausschüssen vgl. auch den Beitrag von Néelson Pereira Pinto und Manuel Campos in diesem Band.

«Köln Radyosu» (Das Kölner Radio) des WDR – die bundesweit erste Sendung einer westdeutschen Rundfunkanstalt in türkischer Sprache. Noch heute wird diese Sendung, die traditionell mit den Worten «Burası Köln Radyosu» («Hier ist das Kölner Radio») beginnt, vom WDR produziert.

Informationen aus unterschiedlichen Radiosendungen, die täglichen Besuche in den Cemiyets (oder auch in sogenannten Hinterhofmoscheen), soziale Betreuung durch Türk Danış und der Zusammenhalt als Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben gaben den türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten in den ersten Jahren ein Gefühl des «Geborgenseins in der Fremde». Auch die Tatsache, dass der Alltagsrassismus der westdeutschen Gesellschaft sich erst in den Krisenzeiten der 1970er Jahre voll entfaltete, führte im Zusammenhang der sich verstärkenden Familienzusammenführung dazu, dass «Almanya» (Deutschland) als zweite Heimat angesehen wurde. Hinzu kommt, dass gerade der Anwerbestopp der Bundesregierung vom 23. November 1973 eine sprunghafte Verstärkung der Niederlassung bewirkte. Es zeigte sich, dass die Vereine nicht nur als Treffpunkte, sondern auch als Förderer dieser Niederlassungstendenzen fungierten und die Eingliederung erleichterten.

Die ersten Arbeitervereine

Der allererste türkische Verein in der Bundesrepublik war der Ende 1961 gegründete «Verein der türkischen Arbeiter in Köln und Umgebung», dessen Gründungsmitglieder überwiegend

in den Ford-Werken beschäftigt waren. Zu den Mitbegründern gehörten unter anderen Salih Güldiken, ein späterer Ford-Betriebsrat, und Yılmaz Karahasan, der erste und bisher einzige türkeistämmige Migrant, der in den Bundesvorstand der IG Metall gewählt wurde. Innerhalb kurzer Zeit entstanden so in den größeren westdeutschen Städten Vereine, die als Treffpunkte für Türkeistämmige fungierten. Man folgte dem Kölner Beispiel: So gründete sich beispielsweise 1965 in Frankfurt am Main das Türkische Volkshaus Frankfurt (Frankfurt Türk Halkevi), das sich als politisch links verortete.

In den ersten Vereinen kamen türkeistämmige Migranten unterschiedlicher Weltanschauung zusammen. Diese Tatsache führte wiederum unweigerlich dazu, dass sowohl innerhalb der Mitgliedschaft als auch in den Vorständen politische Konflikte entstanden. Während ein großer Teil der Mitglieder die Vereinslokale als Treffpunkte nutzte, wo sie der fremden Außenwelt entfliehen, Landsleute treffen, ihre freie Zeit verbringen, Hilfe in aufenthalts- bzw. arbeitsrechtlichen Fragen finden, aber auch kostengünstige Friseurdienste erhalten konnten, organisierten sich zunehmend auch politisch aktive Gruppen.

Die politische Entwicklung und die sozialen Kämpfe in der Türkei hatten, trotz der spärlichen Nachrichten aus der Heimat, großen Einfluss auf die sogenannten Arbeitervereine. Mit der Zeit kamen auch türkische und kurdische Studierende in die Vereine und suchten die Nähe der gewerkschaftlich aktiven Vereinsmitglieder. Die Ängste und das «Fremdsein» der ersten Jahre waren zwar nicht vorüber, machten nun aber auch Platz für soziale und kulturelle Sorgen und für die Suche nach

Lösungen. Gleichzeitig wuchs für religiöse Migrantinnen und Migranten der Bedarf an Gebetsräumen und seelsorgerischer Unterstützung. So begann das Auseinanderdriften der Community in unterschiedliche Gruppierungen.

Die Politisierung der Selbstorganisationen

Sowohl die politische Entwicklung in der Türkei als auch die wachsende gewerkschaftliche Organisierung der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten hatte zur Folge, dass sich nun auch linksorientierte Selbstorganisationen bildeten (politisch rechtsstehende Gruppen formierten sich erst später). So gründeten 20 Mitglieder des Kölner Arbeitervereins am 29. August 1966 den linken Kulturklub der türkischen Jugendlichen (Türk Gençleri Kültür Klubü – TGKK). Mit der Bezeichnung «türkische Jugend», die für die neue republikanische Gesellschaft stand, wollten die Gründungsmitglieder die Bedeutung des «antiimperialistischen Befreiungskampfs in Anatolien» betonen. Ein Jahr später waren bereits 50 türkeistämmige und kurdische Studierende Vereinsmitglieder geworden. Die Kontakte zum DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften intensivierte sich. Der TGKK begrüßte im Februar 1967 mit einer viel beachteten Solidaritätsveranstaltung die Gründung der Konföderation der revolutionären Gewerkschaften (Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu – DİSK) und beteiligte sich als Verein erstmalig an der 1.-Mai-Kundgebung des DGB. In der

Folge entstanden in verschiedenen westdeutschen Städten vergleichbare linke Selbstorganisationen.

Diese Entwicklung wurde vom türkischen wie vom bundesdeutschen Staat mit Argusaugen beobachtet. Der türkische Staat versuchte über die Generalkonsulate, seinen Einfluss innerhalb der türkeistämmigen Community geltend zu machen. Doch die Arbeiter- und Jugendbewegung der «68er» in der Türkei, die sozialen Kämpfe dort und die gewerkschaftliche Organisierung in der Bundesrepublik führten zunehmend zur linksorientierten Politisierung der Türkeistämmigen. Die linken Selbstorganisationen beteiligten sich vermehrt an gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen und auch Streiks in Westdeutschland, nahmen an Ostermärschen und 1.-Mai-Kundgebungen teil und organisierten kulturelle und politische Veranstaltungen. Gleichzeitig boten diese Vereine ein breit gefächertes Bildungsangebot, das sich von Sprachkursen über Seminare zum Arbeits- und Aufenthaltsrecht bis hin zu politischen Themen erstreckte.

Obwohl die linken Selbstorganisationen zum größten Teil heimatlandorientiert waren, wurden sie auch für lokale Probleme der Migranten sensibilisiert. Vereinsmitglieder besuchten die Wohnheime, sorgten für Beratungs- und Übersetzungsdienste und halfen bei Mietproblemen. Um von den Beratungsangeboten zu profitieren, traten allmählich auch konservative und religiöse Türkeistämmige diesen Vereinen bei.

Die Vereine motivierten ihre Mitglieder zudem, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Dies hatten die türkeistämmigen Linken so sehr verinnerlicht, dass sie sogar bei privaten Be-

suchen Mitgliedsanträge der Gewerkschaften mitbrachten. Sie verteilten nicht nur Flugblätter, sondern gaben auch Vereinsbulletins heraus. So enthielt die *Arbeiterpost* (İşçi Postası) der TGKK allgemeine Informationen über Vereinsaktivitäten, rechtliche und soziale Fragen, Nachrichten aus der Türkei und politische Artikel. Ein längerer Artikel in der *Arbeiterpost* vom Dezember 1968 aus der Feder von Yılmaz Karahasan diskutierte beispielsweise das Thema Wirtschaftsdemokratie.⁴

Die Rolle der TKP

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dieser linken Selbstorganisationen war in keiner türkischen Partei organisiert. Das änderte sich schlagartig, als die Kader der Kommunistischen Partei der Türkei Ende 1968 in diesen Vereinen aktiv wurden. Die Partei hatte in ihrer sogenannten 1962er-Konferenz, die Anfang April 1962 in Leipzig stattgefunden hatte, unter anderem beschlossen, die «türkischen Gastarbeiter in Europa zu organisieren». Das ZK der TKP gründete daraufhin ein Büro, das die Organisationstätigkeiten vor allem in West-Berlin und der Bundesrepublik koordinierte. Binnen weniger Jahre rekrutierten die TKP-Aktivisten unter den Türkeistämmigen zahlreiche Neumitglieder, die nun ihre illegalen Parteistrukturen in der Bundesrepublik und in Westeuropa aufzubauen begannen.

⁴ Vgl. Gür, Metin: TKP'nin Avrupa Yılları (Die Europajahre der TKP), Istanbul 2002.

Die Zahl der von TKP-Mitgliedern beeinflussten Vereine nahm in dieser Zeit sprunghaft zu. Da derartige Vereine sich auch in anderen europäischen Staaten etabliert hatten, entstand bald das Bedürfnis nach Vernetzung. So wurde Ende Oktober 1968 in Köln die internationale Föderation der türkischen Sozialisten in Europa (Avrupa Türk Toplumcular Federasyonu – ATTF) gegründet. Gründungsmitglieder waren die Gemeinschaft der türkischen Sozialisten in Berlin, die Sozialistenunion Braunschweig, die Union der türkischen Arbeiter in Dachau, die Türkische Kulturunion München, die Union der sozialen Hilfe Stuttgart, der Kulturklub der türkischen Jugendlichen Köln, der Verein der Geschwister London, die Union der türkischen Sozialisten Paris und die Türkische Union Stockholm. Als Zentralorgan der ATTF fungierte die *Arbeiterpost*. Die Gründungserklärung trug eindeutig die Handschrift der TKP: «Wir wollen zur Organisierung und Hebung des Klassenbewusstseins der türkischen Werk tätigen im Ausland unseren Beitrag leisten, ihnen die Notwendigkeit der Einheit der ausgebeuteten Klassen gegen die ausbeutende Klasse erläutern und uns bis zur Errichtung der sozialistischen Macht der Arbeiterklasse am Klassenkampf beteiligen sowie uns im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus mit den fortschrittlichen Kräften solidarisch zeigen.»⁵ Der türkische Staat reagierte auf diese Entwicklung mit dem verstärkten Versuch der Beeinflussung unterschiedlicher «Gastarbeitervereine» und Hinterhofmoscheen. Besonders Ende der

5 Ebd., S. 39–55.

1960er und Anfang der 1970er Jahre kam es zur Gründung von nationalistischen und religiös-islamistischen Selbstorganisationen sowie regierungsnahen Vereinen. Diese Vereine, Verbände und Zusammenschlüsse entstanden zumeist mit Unterstützung deutscher und türkischer staatlicher Stellen, denen die linken Gruppen ein Dorn im Auge waren. Schon 1967 wurden erste «Islamische Kulturzentren» gegründet. So entstand beispielsweise aus dem 1973 in Köln gegründeten Islamischen Kulturzentrum im Jahr 1980 der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V., der den Lehren des Islamisten (und Mitglieds des Nakschibendi-Ordens) Süleyman Hilmi Tunahan nahesteht.⁶ Schlagartig stieg auch die Zahl der Korankurse und der nationalistisch-islamistischen Aktivitäten, mit denen gewerkschaftliche und linke Organisierung diffamiert wurde.

Die neofaschistische MHP in Deutschland

Ein besonders interessantes Beispiel für die «deutsch-türkische Zusammenarbeit» bilden die Organisationstätigkeiten der neofaschistischen Partei der nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi – MHP), die in der deutschen Öffentlichkeit auch als «Graue Wölfe» bekannt sind. Die MHP, die ihren ersten «kleinen Parteitag» 1969 in der Bundesre-

⁶ Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW: Türkische Muslime in NRW, Duisburg 1997, S. 131.

publik abhielt und hier auch ihren Europarat konstituierte, legalisierte ihre Tätigkeit am 9. April 1973 mit ihrer Anmeldung beim Ordnungsamt der Stadt Kempten. Bis zum 28. Juli 1976 war die Auslandsvertretung der MHP mit Duldung bundesrepublikanischer Behörden in Deutschland aktiv. Deren Auflösung erfolgte erst durch eine Verfügung des Verfassungsgerichts der Türkei, das mit dem Parteiverbot drohte. Trotz der offiziellen Auflösung blieben die Neofaschisten durchaus aktiv und konnten dann am 17. und 18. Juni 1978 in Schwarzenborn nahe Bad Hersfeld mit Unterstützung des CDU-Politikers Hans-Eckhardt Kannapin die Föderation der demokratisch-idealistischen türkischen Vereine in Europa (kurz: Türk-Föderation) gründen. Der damalige rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz wiederum war der Kontaktmann der CDU zu MHP-Führer Alparslan Türkeş. Als Türkei-Experte des BND verhalf Kannapin dem europäischen Statthalter von Türkeş, Enver Altaylı,⁷ dem Vorsitzenden der Türk-Föderation Lokman Kundakçı sowie dessen Nachfolger Musa Serdar Çelebi durch eine angebliche Beschäftigung in seinem «Türkei-Institut» zu Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen in der Bundesrepublik.⁸

7 Laut eigenen Angaben war Enver Altaylı zwischen 1969 und 1977 Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT. In den 1990er Jahren warfen ihm türkische Medien vor, er habe seit Jahrzehnten für die CIA gearbeitet; vgl. dazu auch: <https://veryansintv.com/cia-eleman-altayli-kozinoglu-neden-hedefine-koydu-iste-kozinoglu-olme-goturen-suclari>.

8 Vgl. die Dokumentation «MHP und Graue Wölfe», hrsg. vom Türkenzentrum Berlin, Juni 1981.

Die Türk-Föderation unterhielt aber auch enge Kontakte zu deutschen rechtsextremen und neofaschistischen Organisationen. Bereits 1970 hatte NPD-Chef Adolf von Thadden den MHP-Führer Türkeş in die Bundesrepublik eingeladen. Auch inzwischen verbotene Organisationen wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), die Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) oder die Wehrsportgruppe Hoffmann pflegten gute Beziehungen zu den türkischen Neofaschisten. Umgekehrt forderte Türkeş selbst am 28. Juli 1978 seine Gefolgsleute auf, die Zusammenarbeit mit der NPD zu intensivieren. Er schrieb: «Für die Realisierung der vorgenommenen Ziele ist es erforderlich, dass die bestehende Zusammenarbeit zwischen der NPD und unserer Partei, die Erfahrungen und die Arbeitsmethoden der NPD gemäß den Befehlen unserer Parteizentrale besser ausgenutzt werden.»⁹ Türkeş genoss allerdings auch hohes Ansehen bei CDU und CSU. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß traf ihn am 1. Mai 1978, und der bayerische Innenminister Gerold Tandler setzte sich im November 1980 öffentlich für die MHP ein.

Nicht nur die türkischen Neofaschisten, sondern auch andere nationalistische und islamistische Organisationen wurden von deutscher Seite geradezu hofiert. So fungierte beispielsweise der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Stercken als Bundesvorsitzender des rechtsnationalen Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins e.V. (Hürriyetçi Türk-Alman Dostluk Cemiyeti-

⁹ Vgl. Çakır, Murat: Die Pseudodemokraten. Türkische Lobbyisten, Islamisten, Rechtsradikale und ihr Wirken in der Bundesrepublik, Düsseldorf 2000, S. 202.

ti – Hür-Türk). Während nationalistische, neofaschistische und islamistische Organisationen von deutschen und türkischen Regierungen offen unterstützt wurden, sodass sie sich weitgehend ungehindert organisieren konnten und Gewaltakte wie die Ermordung des Berliner Gewerkschafters Celalettin Kesim zu verantworten hatten, wurden linke Zusammenhänge der Türkeistämmigen als «Gefahrenquellen für die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik» diffamiert. Anstatt deren außergewöhnliche Integrationsleistungen, die sie ohne staatliche Finanzierung bewerkstelligten, anzuerkennen und zu unterstützen, wurden (und werden) sie vom Verfassungsschutz beobachtet.

Die Ausdifferenzierung der linken Selbstorganisationen

Mit der vermehrten Gründung linker Gruppen in verschiedenen westdeutschen Städten begannen diese ideologisch und organisatorisch auseinanderzudriften. In den Anfangsjahren waren in den Vereinen der ATTF-Sympathisanten noch verschiedene sozialistische Parteien und Organisationen aus der Türkei vertreten. Mitte der 1970er Jahre jedoch führte die Dominanz der TKP-Anhänger in den Vereinsvorständen dazu, dass die TKP-kritische Linke rausgedrängt wurde und eigene Vereine gründete. Zeitgleich mit der zunehmenden Polarisierung der Linken in der Türkei begann also auch in Deutschland und Europa das Auseinanderdriften der türkeistämmigen Linken.

Ende 1976 gründeten Sympathisantinnen und Sympathisanten der TKP/ML (auch als «Partizan» bekannt) die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland (ATIF), die dann 1986 Gründungsmitglied der Europäischen Konföderation der Arbeiter aus der Türkei (ATIK) werden sollte. Auch die TKP-Kader in der Bundesrepublik sahen die Neuorganisation der Arbeitervereine als notwendig an; so wurde auf einem Kongress Ende Februar 1977 die Föderation der Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD (FIDEF) aus der Taufe gehoben. Zunächst waren in den FIDEF-Mitgliedsvereinen – ehemalige ATTF-Mitglieder und andere «Arbeitervereine» – neben TKP-Anhängern auch zahlreiche alevitische, kurdische und unabhängige Linke sowie sozialdemokratisch orientierte Personen organisiert. Doch sowohl im FIDEF-Bundesvorstand als auch in den Vereinsvorständen brachten TKP-Kader eine Mehrheit hinter sich, was innerhalb kürzester Zeit dazu führte, dass sich die sozialdemokratisch orientierten Mitglieder abwendeten und bereits Ende Oktober 1977 in Berlin die Föderation der populistisch-revolutionären Vereine (HDF) gründeten, die sich später – da sie sich explizit als eine der deutschen SPD und der türkischen Republikanischen Volkspartei (CHP) nahestehende Organisation verstand – in Föderation der sozialdemokratischen Vereine umbenannte.

Im Februar 1980 war in der Türkei ferner die Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP) gegründet worden, deren Sympathisanten im Dezember 1980 die Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DİDF) gründeten, die heute immer noch existiert und inzwischen der türkischen Partei der

Arbeit (EMEP) nahesteht. Nach 1980 – dem Jahr des nach 1960 und 1971 dritten Putsches der türkischen Streitkräfte – waren somit sämtliche Organisationen der politischen Linken der Türkei in Europa vertreten.¹⁰

Darüber hinaus führten auch die Auseinandersetzungen über die kurdische Frage zur Gründung neuer Organisationen: Schon 1979 war die kurdische Föderation KOMKAR gegründet worden, die der Sozialistischen Partei Kurdistans (PSK) nahestand. 1984 gründeten die Anhängerinnen und Anhänger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) die Föderation FEYKA Kurdistan, die jedoch im Zuge des «Betätigungsverbots für die PKK und ihre Nebenorganisationen» in Deutschland vom 26. November 1993 aufgelöst und noch im selben Jahr durch die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) ersetzt wurde.¹¹

Die Zukunft der Selbstorganisation

Dieser dynamische Prozess linker Selbstorganisation war, trotz der Zersplitterung und des Auseinanderdriftens, eine institutionelle Reaktion auf die regierungsamtliche Anerken-

¹⁰ Hierzu zählen ferner die Bewegung Revolutionärer Weg (Devrimci Yol), die Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front (DHKP-C), die Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) und die im Februar 1981 als Abspaltung der TKP/ML gegründete TKP/ML Bolschewisten (besser bekannt als «Bolşevik Partizan»).

¹¹ Zur Selbstorganisation der Kurdinnen und Kurden vgl. den Beitrag von Ayten Kaplan und Elisabeth Kenan in diesem Band.

nungsverweigerung der Bedürfnisse türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik – und zugleich auch eine Antwort auf die Behandlung als bloße Devisenbeschaffer durch die türkischen Regierungen. Trotz ihrer Heimatlandorientierung waren die linken Organisationen – gerade nach dem Anwerbestopp 1973 – gezwungen, sich stärker den Problemen und Bedürfnissen der Türkeistämmigen zu widmen und nach konkreten Lösungen zu suchen. Sie leisteten, obwohl sie keinerlei staatliche Förderung erhielten, erhebliche soziale Beratungs- und Betreuungsaufgaben, die für das alltägliche Leben der türkeistämmigen Menschen noch heute eine besondere Bedeutung haben.

Den Gruppen und Organisationen fiel dabei eine Doppelrolle zu: Sie agierten zum einen als Teil der gesellschaftlichen und sozialen Kämpfe in der Bundesrepublik und kümmerten sich um die Bedürfnisse und spezifischen Probleme der türkeistämmigen Menschen; zum anderen aber reagierten sie auf die aktuellen Entwicklungen im Heimatland und auf die Erwartungen der dortigen «Mutterparteien». Diese Doppelrolle war nicht leicht auszufüllen und führte immer wieder zu Problemen und Widersprüchen. Die ideologische und organisatorische Orientierung an den Mutterparteien (und die Heimatlandorientierung insgesamt) gewann dabei tendenziell die Oberhand gegenüber den politischen und sozialen Kämpfen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Darüber hinaus fanden sich die türkeistämmigen Selbstorganisationen, wie andere linke migrantische Gruppen auch, allzu leicht mit der ihnen zugeschriebenen Rolle als «folkloristische» bzw. «kulinarische» Bei-

gabe der 1.-Mai-Kundgebungen ab und begnügten sich mit der floskelhaften Erwähnung internationaler Solidarität in ihren Festreden.

Auf diese internationale Solidarität waren sie jedoch gerade nach dem Militärputsch von 1980 angewiesen. Die linken Gruppen hatten in der Folgezeit entscheidenden Anteil daran, dass die türkische Militärjunta in der demokratischen europäischen Öffentlichkeit isoliert und geächtet wurde. Und sie hatten wesentlichen Anteil daran, dass die politischen Flüchtlinge in Europa untergebracht und versorgt werden konnten.

Für die politischen Flüchtlinge, die nach dem Militärputsch aus der Türkei flohen, waren die linken Zusammenhänge die ersten Anlaufstellen. Organisiert wurde dieser Exodus der linken Kader zu einem großen Teil von den Spitzen der Parteien bzw. Bewegungen; die Existenz von Organisationsstrukturen in den westeuropäischen Ländern erleichterte deren Unterbringung ebenso wie deren Engagement. Vielerorts bekam der Prozess der Organisation eine neue Dynamik, da die Geflüchteten als Gewerkschafter, Journalisten, Verbands- und Parteifunktionäre und Aktivisten über sehr gute Mobilisierungs- und Organisationserfahrungen verfügten, die sie in den Vereins- und Föderationsvorständen einbringen konnten. Die Kehrseite der Medaille aber war, dass sich die Polarisierung innerhalb der Linken weiter verstärkte und sich die Organisationstätigkeiten in der Bundesrepublik immer stärker an der Türkei orientierten.

Dieser Umstand führte – im Verbund mit vielen anderen, größtenteils selbstverschuldeten Problemen – dazu, dass die linken

Organisationen in einen Marginalisierungsstrudel gerissen wurden, dem sie sich nicht mehr entziehen konnten. Darüber hinaus trugen die Realitäten des Einwanderungslandes, die verstärkte Einbürgerung von Mitgliedern und das Erstarken von ethnischen und religiösen Identitäten dazu bei, die klassischen Selbstorganisationen auszudünnen. Dennoch ist dies keineswegs das Ende der Geschichte. Die Geschichte der Selbstorganisation wird, wenngleich in neuer Form, von den auf die Gründerjahre folgenden Generationen weitergeschrieben. Wir dürfen gespannt sein, welche Formen der Weg zur Emanzipation der Migrantinnen und Migranten annehmen wird.

The background of the cover is composed of thick, vibrant red lines that form abstract, organic shapes. These lines swirl and loop, creating a sense of movement and depth. Some lines form large, open loops, while others are more jagged and resemble a hand or a stylized face. The overall effect is one of dynamic energy and complexity.

4

Ayten Kaplan
und Elisabeth Kenan

Im Zangengriff der Repression

Kurdische Selbstorganisation
in Deutschland

Über die Kurdinnen und Kurden, eine der größten Migrantengruppen in der Bundesrepublik, ist noch immer wenig

bekannt. Schätzungen über die Zahl der im Land lebenden Kurden reichen von 800.000 bis zu 1,2 Millionen. Und bereits hier beginnt das Problem: Es gibt keine offizielle Statistik über die genaue Zahl der in Deutschland lebenden Kurden. Denn amtlich erfasst werden sie üblicherweise entsprechend ihrer Staatsangehörigkeit als Türken, Iraker, Iraner oder Syrer.

Die Motive kurdischer Migration in die Bundesrepublik sind vielschichtig, lassen sich jedoch überwiegend auf die Unterdrückung und anhaltende kriegerische Auseinandersetzung in den jeweiligen Heimatländern zurückführen. Die politische Geschichte der Kurdinnen und Kurden in Deutschland ist daher untrennbar mit dem Befreiungskampf in Kurdistan verbunden. Innerhalb der Befreiungsbewegung sammelt sich ein breit gefächertes Spektrum an Aktivisten; als politische Kraft dominiert aber jene Bewegung, die sich auf die 1978 gegründete Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) beruft. Die Ereignisse in Kurdistan werden hierzulande allerdings für gewöhnlich nur einseitig, mit Fokus auf den Krieg beleuchtet. Wenn es um Kurdinnen und Kurden in der Bundesrepublik geht, stehen vor allem Sicher-

heitsbedenken im Zentrum der Berichterstattung, wodurch altbekannte Stigmatisierungen und Vorurteile bekräftigt werden. Die Herausbildung einer explizit kurdischen Identität fernab der Heimat ist ein besonderes Merkmal der kurdischen Diasporagemeinschaft. Denn kurdische Kultur wurde in der Diaspora nicht bloß aufrechterhalten, sondern zum Großteil überhaupt erst entwickelt, definiert und etabliert – und dies so erfolgreich, dass die Zahl derer, die sich selbst als Kurden bezeichnen, in der Diaspora stetig angestiegen ist. Während Kurden aus dem Irak oder Iran ihre Identität häufig über Faktoren wie Sprache oder Religion definieren, spielen bei Kurdinnen und Kurden aus der Türkei – die die Mehrheit innerhalb der kurdischen Minderheit in Deutschland ausmachen – oftmals politische Einstellungen eine signifikante Rolle. Insgesamt bildet die letztgenannte Gruppe eine zwar heterogene, aber hoch politisierte Gruppe.

Die Ankunft der «Gastarbeiter»

Deutschland ist das Land mit der größten kurdischen Diasporagemeinschaft Europas. Die erste größere Gruppe von Kurden, primär Söhne wohlhabender Bürokraten und Feudalherren, kam in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Studieren nach Europa. Unter ihnen befanden sich einige später namhafte Intellektuelle und Dissidenten. Bereits 1956 wurde in Wiesbaden der erste kurdische Studierendenverband Europas gegründet.

Aufgrund ihrer sozioökonomischen Benachteiligung in der Türkei kamen im Zuge des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesre-

publik und der Türkei (1961–1973) erstmals Kurden in großer Zahl als Arbeitsmigranten nach Deutschland. Die ersten «Gastarbeiter» aus der Türkei stammten zwar vornehmlich aus den westlichen und zentralen Landesteilen, Kurden waren zunächst unterrepräsentiert. Ab etwa 1970 ließen sich dann jedoch zunehmend auch Menschen aus den kurdischen Gebieten für die Arbeit in Deutschland rekrutieren.

Die meisten Neuankömmlinge dieser Zeit waren männlich, kamen allein, ohne Familienangehörige, und waren politisch ungebildet. Sie beanspruchten für sich – auch als Folge der türkischen Assimilationspolitik – keine explizit kurdische Identität. Denn in der Türkei wurde die Existenz eines kurdischen Volkes geleugnet, Kurden wurden offiziell als «Bergtürken» diffamiert. Die kurdische Sprache durfte nicht gesprochen und kurdische Kultur nicht gelebt werden. Viele kurdische Migranten hatten daher bereits in der Heimat politische Verfolgung erfahren und wollten nicht riskieren, im Ausland erneut verfolgt zu werden.

Den sogenannten Gastarbeitern machte vor allem das Heimweh zu schaffen: das Gefühl, in der Fremde, weit weg von der Familie und der gewohnten Umgebung zu sein. Sie gingen von einem befristeten Aufenthalt aus und lebten unter einfachsten Bedingungen in Wohnheimen oder Baracken in der Nähe ihres Arbeitsplatzes. Einen Großteil ihres Lohns schickten diese Arbeiter nach Hause, und sie versuchten darüber hinaus, noch etwas zu sparen, um sich nach der Rückkehr in die Heimat eine bessere Existenz aufbauen zu können. Die Sprachbarriere, die unterschiedlichen Mentalitäten, aber auch die nicht selten ungewohnte Arbeit stellten große Herausforderungen dar. «Wir hatten bei unserer Ankunft nur eine

vage Vorstellung von Deutschland und so gut wie gar keine Informationen über das Land, die deutsche Gesellschaft oder das alltägliche Leben. In Deutschland war es zum Beispiel, anders als in der Heimat, unglaublich leise. Die Menschen in der Nachbarschaft und auf den Straßen sprachen kaum miteinander, grüßten sich oft nicht. Alles war sehr anonym, das kannten wir so nicht», erinnert sich Metin D. aus Dersim, der 1970 gemeinsam mit einem Freund mit dem Zug in Köln ankam.¹ Insbesondere da sie der Sprache nicht mächtig waren, blieb den Menschen nur der Zusammenhalt unter den «Gastarbeitern». Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl der «Gastarbeitergeneration» ist bis heute spürbar.

Gleichzeitig entstand im Ergebnis eine Parallelgesellschaft. Denn die deutsche Politik verfügte über keinerlei Konzepte oder Strategien, um eine gesellschaftliche Öffnung zu gestalten, die den Menschen das Ankommen oder gar einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik erleichtert hätte. Die «Gastarbeiter» wurden rekrutiert, um den Arbeitskräftemangel im Land auszugleichen, und so wurden sie auch behandelt: als Gäste in einer nicht besonders gastfreundlichen Umgebung. Da die Kurden – zunächst – auch selbst davon ausgingen, dass sie sich nur für wenige Jahre in der Bundesrepublik aufhalten würden, akzeptierten sie mehr oder minder diesen Zustand. Schlagworte wie «Integration» und «interkulturelle Zusammenarbeit» tauchten erst viel später, Anfang der 2000er Jahre, in den gesellschaftlichen und politischen Diskursen der kurdischen wie der deutschen Bevölkerung auf.

1 Interview von Elisabeth Kenan mit Metin D. am 16.2.2011 in Köln.

Flucht vor Krieg und Verfolgung

Aufgrund der politischen Spannungen in der Türkei, die im Militärputsch vom 12. September 1980 mündeten, wurden dann immer mehr Menschen aus politischen Gründen zur Flucht nach Deutschland getrieben. Seit den späten 1970er Jahren bemühten sich auch linke Aktivisten immer öfter um ein Studentenvisum. Denn der vom «Geist der 68er-Generation» inspirierte Befreiungskampf besaß einerseits große Anziehungskraft in der Region, andererseits blieb politischen Aktivisten, wollten sie nicht im Gefängnis landen, oft nichts weiter übrig, als die Flucht zu ergreifen.

Im Dezember 1978 kam es zum Pogrom von Maras,² dem weitere Pogrome und Massaker in den Dörfern und Städten Kurdistans und Zentralanatoliens folgten. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand über die 13 Provinzen im Südosten der Türkei, in denen die revolutionäre Jugend über ein großes Mobilisierungspotenzial verfügte – kurz bevor die Junta mit dem

2 In der Nacht des 22. Dezember 1978 wurden in mehreren Vierteln der Stadt Maras die Häuser der Aleviten mit roter Farbe markiert. Schüsse wurden abgefeuert und in einigen Moscheen hielten Imame im Rahmen ihrer Predigt Reden gegen Aleviten. Der Bürgermeister leitete, trotz der Unruhen und eindringlicher Warnungen, keine Sicherheitsmaßnahmen ein. Am 23. Dezember 1978 griffen Nationalisten und Mitglieder der faschistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) weitere Wohnviertel an. Aufgrund der Markierung an den Häusern wurden viele Aleviten auf die Straße gezerzt, gefoltert und in großer Zahl getötet, Frauen vergewaltigt, Gebäude und Arbeitsstätten zerstört. Erst nach drei Tagen schickte die Regierung unter Ministerpräsident Bülent Ecevit eine Armeeinheit in die Provinz, die weitere Übergriffe jedoch nicht verhindern konnte oder wollte. Nach offiziellen Angaben wurden 111 Menschen getötet sowie 552 Häuser und 289 Arbeitsstätten geplündert.

Militärputsch die vollständige Kontrolle über das Land übernahm.

Die Kurdinnen und Kurden, die ab 1980 bis Anfang der 1990er Jahre nach Deutschland kamen, waren mehrheitlich Kriegsflüchtlinge und trugen den Konflikt in der Heimatregion «im Gepäck» mit sich. Die Folgen des Militärputsches in der Türkei, die Unterdrückung der Kurden in Iran unter Khomeini, der Iran-Irak-Krieg und das als «Anfal-Operation» bekannte Genozid Saddam Husseins in den von Kurden besiedelten Gebieten im Irak, der Entzug der syrischen Staatsbürgerschaft und die Arabisierungspolitik in Syrien forderten hohe Opferzahlen und machten die kurdische Migration nach Deutschland und Europa zu einer primär politischen Flucht.

Im Jahr 1984 nahm die PKK den bewaffneten Widerstand gegen den ethno-nationalistischen türkischen Staat auf. Die türkische Regierung reagierte mit massivem Einsatz von Gewalt und entsendete paramilitärische Einheiten in die kurdischen Gebiete. Die Menschen flüchteten zu jener Zeit in überfüllten Bussen, Zügen und Flugzeugen ins Ausland. Die Bevölkerung ganzer Landstriche suchte plötzlich, nachdem ihr die Lebensperspektive in der Heimat gewaltsam genommen worden war, Zuflucht im europäischen Ausland.

Doch nicht nur in der Heimat wurden die Menschen Opfer von Diskriminierung und Gewalt. Die deutsche Bevölkerung begegnete den «Gastarbeitern» häufig mit Misstrauen. Wenn man heute die damaligen Neuankömmlinge befragt, können alle von Anfeindungen und manche gar von rassistischen Übergriffen berichten.

Familiennachzug und der Schritt ins Unternehmertum

Durch die Entwicklung in der Heimat, die Veränderung ihrer wirtschaftlichen Situation und durch den Anwerbestopp 1973 verschob sich die Lebensperspektive vieler «Gastarbeiter». Die meisten von ihnen richteten sich nun auf einen längerfristigen Aufenthalt in Deutschland ein und holten ihre Familien nach. In dieser Phase setzte eine spürbare Wiederentdeckung der kurdischen Identität ein. Im Gegensatz zu anderen Gastarbeitergruppen waren Kurden in Deutschland zunächst kaum organisiert. Dies änderte sich erst mit der Ankunft der jungen politischen Aktivisten und Studenten, die im Rahmen der Familienzusammenführung oder mit einem Studentervisum nach Deutschland kamen. Sie engagierten sich politisch, definierten sich selbst als Kurden und erkannten die Notwendigkeit einer eigenständigen Organisierung der kurdischen Community in der Diaspora. Ihr Antrieb gab die notwendigen Impulse, um unterschiedlichste politische und persönliche Interessen und Belange in Deutschland zu verfolgen. Angeregt vom Selbstbewusstsein ihrer Kinder wurden viele Eltern an ihre kurdischen Wurzeln erinnert und beispielsweise dazu animiert, den kleinen Geschwistern kurdische Vornamen zu geben. Die jüngere Generation band die Familien in den Vereinsaufbau ein; darüber hinaus konnte mit ihrer Hilfe die Sprachbarriere schrittweise überwunden werden. Die praktischen Aktivitäten der kurdischen Vereine waren in ihren Anfängen vergleichbar mit denen anderer Migrantenorganisationen: Man stand den

Menschen bei ihren alltäglichen Problemen, etwa bei Behördengängen oder der Wohnungssuche, zur Seite.

Da die Kinder deutsche Schulen besuchten, entstanden Brücken zwischen den Kulturen. In der Folge wurde der Kontakt sowohl zur «angestammten» deutschen Bevölkerung als auch zu den verschiedenen anderen ethnischen Gruppen im Land immer selbstverständlicher.

In dieser Aufbruchstimmung verwandelten sich viele kurdische Arbeiter in Kleinunternehmer: Sie eröffneten Kioske, Lebensmittelläden, Versicherungsfilialen, Beratungsstellen, Restaurants, Autohäuser und vieles mehr. Mit Unterstützung der Vereine und ihrer Familien konnten sie auf diese Weise neue Wege gehen, die ihnen in der Heimat versperrt geblieben waren. Diese Möglichkeiten sind inzwischen Normalität und ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft, die Anfänge jedoch waren schwierig und riskant – schließlich wusste bis dahin keiner, wie man sich in Deutschland selbstständig macht und ein Unternehmen gründet. Die Menschen, die dieses Risiko eingingen, sind heute Vorbilder für viele.

Zugleich konnten Menschen, die in der Heimat ihre Sprache nicht sprechen und ihre Lieder nicht singen durften, ihre Kultur in den Vereinen wieder zum Leben erwecken und mit Folklore-Kursen, Gesangs- und Sprachunterricht zu deren Erhaltung beitragen. Im Zuge der Eskalation der Konflikte in der Heimat entwickelten sich die Vereine allerdings auch rasch zu Orten politischer Bildung und Aufklärung; hier konnten sich die Menschen versammeln, ihre Stimmen bündeln und sich Gehör verschaffen.

Politische Organisation im Exil

Als die Aktivisten des kurdischen Widerstands nach Deutschland kamen, taten sie sich in Gruppen zusammen und bildeten Komitees. Geleitet wurden sie von der Frage, was von Deutschland und Europa aus politisch bewegt und verändert werden könnte. Ihnen war bewusst, dass die Bundesrepublik aufgrund ihrer engen Beziehungen zur Türkei und ihrer gewichtigen Stimme in der Europäischen Union eine friedenspolitische Schlüsselrolle einnehmen musste.

Der Fokus lag dabei auf den politischen Entwicklungen in der Türkei. Die Aktivistinnen und Aktivisten suchten nach Möglichkeiten, wie sie den Opfern der Massaker helfen und diejenigen, die vor Ort geblieben waren, unterstützen konnten – wofür man wiederum in Deutschland Kampagnen auf die Beine stellen und um materielle Unterstützung werben musste. In diesem Kontext fand eine aktive Politisierung und breit angelegte Mobilisierung von Kurden in der Bundesrepublik statt. Bislang hatten Kurden lediglich als Subgruppe türkischer Migranten gegolten; nun setzten sich kurdische Aktivisten mit Nachdruck dafür ein, als eigenständige Gruppe wahrgenommen zu werden. Die Idee, Vereine zu gründen, um die eigenen Aktivitäten zu unterstützen, lehnten die Aktivisten der ersten Stunde allerdings ab, gingen sie doch davon aus, dass auf diesem Wege das «revolutionäre Potenzial» falsch kanalisiert und Opportunismus beflügelt werden würde.

Gleichzeitig trieb die Militärjunta ihre Politik der Zerstörung und Vertreibung in Kurdistan erbarmungslos voran. In Reakti-

on darauf gewann die kurdische Freiheitsbewegung und mit ihr die kurdische Gesellschaft zusehends an Stärke. Aus wenigen hundert Aktivisten inner- und außerhalb Kurdistans wurden auf diese Weise bald viele Tausende. Im Zuge dieses rasanten Wachstums wurden Vereine dann – entgegen der ursprünglichen Haltung – als ein wichtiges Instrument akzeptiert, um die Menschen in der Diaspora zusammenzuhalten und zu organisieren. Der erste kurdische Verein wurde 1980 in Köln gegründet; innerhalb weniger Monate folgten Vereinsgründungen in Duisburg und Bochum sowie kurze Zeit später in Nürnberg. Zu den Säulen der Vereinsarbeit zählte auch die Pressearbeit. Bevor die ersten kurdischen Vereine aus dem Spektrum der kurdischen Befreiungsbewegung entstanden, hatte es in Deutschland bereits Organisationsversuche linker Gruppen aus der Türkei gegeben. Die ersten Vereine linker türkischer Gruppen in Deutschland gründeten sich Ende der 1960er Jahre; die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten aus der Türkei hatte also Tradition.³ Es existierten aber auch bereits Gruppen, in denen sich kurdische Emigranten aus der Türkei zusammengeschlossen hatten.

Als dann die Aktivisten und Sympathisanten der kurdischen Befreiungsbewegung sich in Deutschland eigenständig organisierten, wurden sie von vielen Seiten kritisiert und angefeindet. Vor allem türkische Gruppen waren alarmiert, da sich befürchteten, die Kurdinnen und Kurden würden die territoriale Inte-

3 Vgl. hierzu den Beitrag von Murat Çakır in diesem Band.

gritat und nationale Sicherheit der Türkei bedrohen. Ein derart unsolidarisches Verhalten kannten viele Kurden indes bereits aus ihrer Heimat. Die anderen Gruppen – überwiegend Vorläufer der heutigen DIDF (Föderation demokratischer Arbeitervereine e.V.) und ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland) – waren bereits unter den Arbeitern organisiert. Diese konnten, sobald sie ihren Lohn erhielten, monatliche Beiträge zahlen, was ein großer Vorteil war, denn derartige finanzielle Unterstützung genossen die Organisationen des kurdischen Widerstands zu dieser Zeit nicht. Sie verfügten in ihren Anfängen über keinerlei finanzielle Mittel, sodass die ersten Treffen entweder in Parks oder Flüchtlingsunterkünften stattfanden. Dennoch konnten politische Arbeit und Vereinsaufbau schrittweise vorangetrieben werden.

Um die Folgen des Militarputsches in der Türkei in der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen, wurde 1980 vor dem Kölner Dom zum ersten Mal ein Hungerstreik organisiert. Zwei Jahre später, während der großen Hungerstreiks im Gefängnis von Amed (Diyarbakir), wurde in Duisburg ein 35-tägiger Hungerstreik durchgeführt, der die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in den türkischen Gefängnissen lenken sollte. Ab diesem Zeitpunkt gerieten die Aktivisten ins Visier der deutschen Behörden.

Am 21. März 1984 wurde in Köln die Gründung der Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA Kurdistan), des ersten kurdischen Dachverbands in Europa, bekannt gegeben. Die Föderation initiierte zwischen dem 18. April und

dem 8. Mai zwei lange Demonstrationzüge nach Bonn, einen von Hannover und einen zweiten Zug von Hanau aus. Beide Demonstrationzüge endeten mit einer Feier in der damaligen Bundeshauptstadt. Dem Dachverband oblag es, über die Entwicklung in der Türkei zu berichten und das brutale Vorgehen des türkischen Militärs in den kurdischen Gebieten offenzulegen.

Da schon der bloße Ausdruck kurdischer Identität, ganz zu schweigen von der aktiven Bezugnahme auf Kurdistan, massive Repressionen des türkischen Staats zur Folge hatte, entwickelte sich Deutschland zu einem bedeutenden Zentrum der kurdischen Bewegung. Während der türkische Staat auf kurdischpolitische Aktivitäten mit dem massiven Einsatz von Gewalt reagierte, bot Deutschland ein weit aufgeschlosseneres Klima für politische und kulturelle Betätigung. Die PKK unterlag zu dieser Zeit noch keinem Betätigungsverbot, in der Diaspora konnten folglich Aktionen geplant und Spendengelder gesammelt werden. Auf diese Weise wurde ein dichtes Netzwerk zur Unterstützung der Aktivitäten in der Türkei aufgebaut.

Besonders zu betonen ist die Bedeutung des Satellitenfernsehens, das sich als effektivstes Instrument zur Verbreitung der kurdischen Sprache erwies. Mithilfe des Satelliten-TVs konnten nicht nur die verstreuten Mitglieder erreicht werden, sondern es war auch möglich, die Repressionen des türkischen Staats zu umgehen. Trotz türkischer Gesetze, die in den 1990er Jahren Fernsehsendungen in kurdischer Sprache grundsätzlich verboten, konnten die TV-Kanäle ihre Sendungen im türkischen Kurdistan ausstrahlen. Hinzu kamen noch die Aktivitäten in Print-

form; während der 1990er Jahre schrieben Exilanten regelmäßig für kurdische (Untergrund-)Publikationen und in der Diaspora veröffentlichte Materialien wurden in die Türkei geschmuggelt.

Repression in Deutschland

Der Versuch, die Feierlichkeiten zum kurdischen Neujahrsfest (Newroz) am 21. März 1986 in der Mercatorhalle in Duisburg polizeilich zu blockieren, markierte den ersten physischen Angriff der deutschen Behörden auf die kurdische Widerstandsbewegung. Das Newroz-Fest konnte zwar trotz Polizeiblockade stattfinden, aber die Praxis des deutschen Staats, kurdische Aktivitäten zu unterbinden, sollte die Kurden von nun an auf Schritt und Tritt begleiten.

In der Türkei organisierte die kurdische Bewegung sich angesichts der gewaltsamen Unterdrückung durch den türkischen Staat immer professioneller und gewann – in den kurdischen Gebieten ebenso wie in den Metropolen des Landes – immer mehr an Stärke. Gleichzeitig spitzte sich der Umgang der deutschen Behörden mit der kurdischen Befreiungsbewegung zu: Je lauter die Kurden ihre Forderungen artikulierten, desto mehr Anstrengungen unternahm der deutsche Staat, diese zu unterdrücken. Dieses Vorgehen gegen die kurdische Freiheitsbewegung nahm ihren Anfang nicht, wie manche meinen, 1989 mit dem «Düsseldorfer Prozess» oder 1993 mit dem PKK-Verbot. Die Kriminalisierungspolitik begann bereits 1982 in der Folge des erwähnten Duisburger Hungerstreiks.

Am 24. Oktober 1989 begann das erste Verfahren gegen kurdische Exilpolitikerinnen und -politiker vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf. Der damalige Generalbundesanwalt, Kurt Rebmann, hatte die PKK zuvor zum «Hauptfeind der inneren Sicherheit» Deutschlands erklärt. Der Prozess gegen Mitglieder des PKK-Zentralkomitees gilt als einer der größten «Terrorismus-Prozesse» der deutschen Justizgeschichte und ist Teil einer bis heute andauernden Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und ihrer Anhänger.

Das PKK-Verbot wiederum erfolgte auf türkischen Druck hin: Im Juli 1992 hatte Wirtschaftsministerin Tansu Çiller, die dann von 1993 bis 1996 Ministerpräsidentin der Türkei werden sollte, die Bundesrepublik besucht; nur wenige Monate später wurde die PKK verboten. Im Jahr 1994 endete schließlich das Düsseldorfer Verfahren mit Verurteilungen. Darüber hinaus wurden FEYKA Kurdistan und 29 innerhalb des Dachverbands organisierte Vereine verboten.

Gab es in den 1980er Jahren noch gemeinsame Initiativen der verschiedenen kurdischen Strömungen, kommen diese heute kaum noch zustande. Die Spaltung der Diaspora ist auch eine Folge der aktiven staatlichen Förderung von Organisationen wie KOMKAR (Verband der Vereine aus Kurdistan in Deutschland e.V.)⁴ bei gleichzeitiger Kriminalisierung der Verbände, die als PKK-nah eingestuft werden. Gefördert und unterstützt werden nur diejenigen, die sich von der Partei distanzieren – jene Stim-

⁴ KOMKAR ist eine Organisation kurdischer Migranten in Deutschland, die sich für die Integration der in der Bundesrepublik lebenden Kurden einsetzt.

men, die sich auf die PKK berufen, werden in der öffentlichen Diskussion marginalisiert und kriminalisiert; dabei wird noch nicht einmal zwischen bloßen Sympathisanten und aktiven Mitgliedern unterschieden. Die Unterstützung von KOMKAR ist zwar im Hinblick auf die Integrationspolitik begrüßenswert; aber da KOMKAR keinen politischen Vertretungsanspruch erhebt, ist die Förderung des Vereins weder friedenspolitisch wirkungsvoll noch gleichbedeutend mit einer Anerkennung der kurdischen Identität und der legitimen Forderungen der kurdischen Bevölkerung in Deutschland.

Widerstand in der Diaspora

In einer ersten Reaktion auf die deutsche Verbotspolitik besetzten kurdische Aktivistinnen und Aktivisten die Vereinsräume der verbotenen Organisationen. Einzelne hielten dabei gar Benzinkanister in den Händen und drohten, sich selbst zu verbrennen, sollte die Polizei in die besetzten Räumlichkeiten eindringen. Nach wenigen Tagen wurde daraufhin das Verbot der 29 Vereine wieder aufgehoben. Das Justizministerium korrigierte sich wie folgt: «Wir haben eine Organisation verboten, die hier nicht existiert. Wir verbieten nicht die PKK, sondern die Betätigung der PKK.» Dieses Vorgehen führte dazu, dass Kurdinnen und Kurden in Deutschland ihre politische und gesellschaftliche Organisation beschleunigten: Innerhalb von drei Monaten wurden 36 neue Vereine aus dem Boden gestampft, im März 1994 wurde in Duisburg der neue Dachverband Yek-Kom

(Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.) gegründet. Da sich der Umgang der Bundesregierung mit den Kurden stark an den Positionen Ankaras und die Diaspora sich wiederum eng an der Befreiungsbewegung orientierte, wurde hier faktisch ein neuer Schauplatz geschaffen. Heute kriminalisiert der deutsche Staat Jugendliche, die ein Öcalan-Tattoo auf dem Arm tragen, und sogar 60-jährige kurdische Mütter aufgrund von Kleidung mit kurdischen Motiven. Politischen Aktivisten droht man mit dem Entzug ihrer Aufenthaltserlaubnis und den türkischen Konsulaten wird die Namensgebung kurdischer Kinder überlassen.⁵ Das sind praktische Vorgehensweisen gegen die kurdische Diaspora, die aus der staatlichen Verbotslogik resultieren.

Anfang der 1990er Jahre gingen Bilder um die Welt, auf denen zu sehen war, wie das türkische Militär in Kurdistan Menschen hinter Panzern, die von der deutschen Bundesregierung geliefert worden waren, durch die Straßen schleifte. Beinahe täglich wurden Verbrechen mit den geschenkten Waffen aus NVA-Beständen verübt. Damit war die Bundesrepublik am «schmutzi-

5 Da die Buchstaben Q, X und W zwar im kurdischen, aber nicht im türkischen Alphabet vorkommen, wurde ihre öffentliche Verwendung in der Türkei 1928 verboten, ebenso wie typisch kurdische Namen und die Namen bekannter kurdischer Persönlichkeiten. Die deutschen Standesämter konnten (und können) mit den fremdländischen Namen nur wenig anfangen und verließen sich daher bei ihrer Entscheidung darüber, ob ein Name zugelassen werden sollte, auf die Vorgaben der türkischen Konsulate. Über viele Jahre kursierten auch in deutschen Behörden «Listen verbotener Namen» für kurdischstämmige Kinder. Diese Listen verschwanden erst nach der schrittweisen Legalisierung der kurdischen Sprache in den 1990er Jahren.

gen Krieg» in Kurdistan,⁶ in dem nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten unterschieden wurde, direkt beteiligt. In dieser Situation wachsender Repression durch den türkischen wie auch durch den deutschen Staat taten sich die politischen Flüchtlinge aus Kurdistan mit den schon seit längerer Zeit im Ausland lebenden Menschen aus der Türkei und Kurdistan zusammen; in der Folge entstand ein gewaltiges Mobilisierungspotenzial für Demonstrationen, Kundgebungen und andere politische Aktionen. Trotz der Repression werden in Deutschland weiterhin Veranstaltungen organisiert, und Zehntausende Menschen beteiligen sich an Aktionen und Demonstrationen, insbesondere im Zusammenhang mit der Haftsituation des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und dem sich immer wieder zuspitzenden militärischen Konflikt in der Heimatregion. Der beträchtliche Umfang der Aktivitäten wird dabei vom Verfassungsschutz bestätigt, dessen Berichten auch zu entnehmen ist, dass der Widerstand nicht nur fortbesteht, sondern gewachsen ist.

Der «neue Kurs»

Ab dem Jahr 2000 führte die kurdische Gesellschaft intensive Diskussionen über die von Abdullah Öcalan angeregte Ab-

⁶ Allein zwischen 1991 und 1994 wurden mehr als 2500 kurdische Dörfer, deren Bewohner in Verdacht standen, die PKK in ihrem Kampf zu unterstützen, niedergebrannt und zwangsumgesiedelt. Infolgedessen waren allein innerhalb der Türkei mehr als drei Millionen Menschen auf der Flucht.

kehr von der Forderung nach einem unabhängigen Kurdistan und einem eigenen Nationalstaat. Das Ziel des von ihm propagierten Paradigmas des «Demokratischen Konföderalismus» lautete nunmehr, innerhalb der bestehenden Grenzen eine Lösung der kurdischen Frage zu finden. Insgesamt sollte der Zivilgesellschaft bei der Entscheidungsfindung eine größere Bedeutung zukommen. Dementsprechend wurden im Rahmen kurdischer Institutionen Diskussionen geführt, wie die Verantwortlichen in einen Mechanismus gemeinsamer Entscheidungsfindung integriert werden könnten. Dabei handelte es sich um richtungweisende Entscheidungen, die auch für Kurden in Deutschland von Bedeutung waren. Denn der kurdische Kampf um Anerkennung in Kurdistan ebenso wie in der Diaspora wurde nunmehr von demokratisch verfassten Institutionen und Organisationen geführt.

Schon früh hatten Frauenorganisationen innerhalb des kurdischen Widerstands eine tragende Rolle übernommen. Dieser Umstand inspirierte die kurdischen Frauen in der Diaspora, eigene, unabhängige Gruppen und Organisationen ins Leben zu rufen. Dasselbe gilt mit Blick auf Jugendliche: In der Bundesrepublik sind Jugend- und Studentengruppen besonders aktiv bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen, die breite öffentliche Aufmerksamkeit erzeugen sollen. Es wuchs eine neue Generation politischer Aktivisten heran, die hier, in Deutschland, aufgewachsen sind und nicht mehr den Gedanken verfolgen, eines Tages in die Heimat zurückzukehren. Sie empfinden die Türkei auch nicht mehr unbedingt als ihre Heimat, besitzen aber dennoch ein ausgeprägtes politi-

sches Bewusstsein und eine kurdische Identität. Bedingt durch die Erfahrungen von Familienangehörigen – bzw. durch den Verlust derselben – ist der Konflikt in ihren Köpfen außerordentlich präsent.

Zugleich müssen viele jüngere Aktivisten nicht – wie noch ihre Eltern – befürchten, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren. Deshalb können sie ihre politischen Forderungen selbstbewusst in die Öffentlichkeit tragen, ohne das Risiko einer Abschiebung in die Türkei einzugehen. Die sogenannte zweite Generation der hier geborenen und/oder aufgewachsenen Kinder ist sehr an kurdischer Politik interessiert. Sie schafft den Spagat zwischen beiden Kulturen und beansprucht für sich sowohl eine kurdische als auch eine deutsche Identität. So gibt es beispielsweise inzwischen diverse kurdische Fußballvereine in Deutschland, deren Existenz nicht auf die Schaffung einer neuen Parallelgesellschaft abzielt, sondern vielmehr Ausdruck davon ist, dass diese Generation in Deutschland «angekommen» ist.

Jugend- und Studentenorganisationen üben heute Kritik daran, dass die kurdischen Organisationen über viele Jahre nur politische Vertreter angesprochen haben – es gelte schließlich, die Menschen zu erreichen. Mittels Aufklärungsarbeit an Hochschulen versuchen sie, unpolitische Studenten ebenfalls zu erreichen, beispielsweise durch geeignete Flugblätter und Demonstrationen, aber auch mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen. Das gemeinsame Ziel der diasporainternen Gruppierungen besteht weiterhin darin, für die eigenen Ideen zu werben und auf die Situation in der Türkei sowie auf die Haftbedingungen Abdullah Öcalans aufmerk-

sam zu machen. Während altgediente Aktivisten auf politische Lobbyarbeit setzen, versuchen Jugend- und Studentengruppen immer wieder, durch Einzelaktionen mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Die gewaltfreie Besetzung des RTL-Gebäudes in Köln im September 2011 oder das ebenfalls gewaltfreie Kapern eines Schiffes in Hamburg im April 2012 können als Beispiele genannt werden.

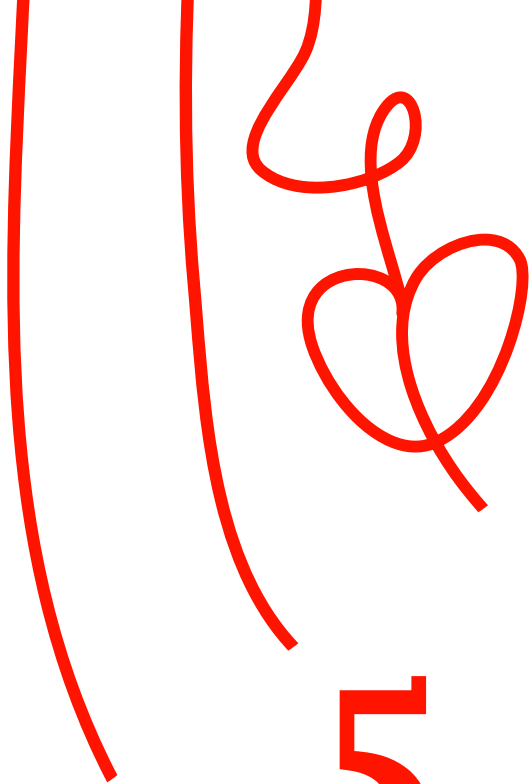
Der Abbau von Vorurteilen – ein Etappensieg

Lange wurden Kurdinnen und Kurden in Deutschland lediglich mit Autobahnblockaden und Selbstverbrennungen assoziiert. Nach vielen Jahren kontinuierlicher Arbeit konnten einige der Vorurteile, die in der bundesdeutschen Gesellschaft vorherrschten, abgebaut werden. Zwar findet immer noch ein reger Austausch von Daten und Informationen zwischen deutschen und türkischen Behörden statt, doch seit Anfang der 2000er Jahre konnten zumindest erste Gespräche zwischen kurdischen Exilpolitikern und deutschen Parteien, Abgeordneten sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt werden, ohne dass die kurdische Seite sofort mit Sicherheitsbedenken und Terrorismusvorwürfen konfrontiert worden wäre.

Die Entwicklungen in der Türkei hatten auch hier entscheidenden Einfluss: Über die kurdischen Gebiete hinaus haben sich zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsvereine, Akademikerinnen und Akademiker, Parteien und Abgeordnete

der Thematik angenommen und die Grausamkeiten des türkischen Staats – insbesondere seit den 1990er Jahren – sowie die verschiedenen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung dokumentiert und angeprangert. In Europa und vor allem in Deutschland wurden Schritte eingeleitet, um die pauschale Kriminalisierung durch die Behörden zu überwinden. Dies bedeutet, dass Kurden es inzwischen auch in der Bundesrepublik geschafft haben, ihre Opferrolle zu überwinden.

Fest steht: Der Kampf der Kurdinnen und Kurden für Gleichberechtigung in Deutschland und in Kurdistan wird sein Ziel erst erreicht haben, wenn Repression und Diskriminierung aufhören.



5

Johanna Panagiotou

Griechische Anfänge

Niemand verlässt sein Zuhause, seine Familie und seine Freunde, wenn er einen Job hat, der ein würdiges Leben ermöglicht. Auch die griechischen Auswanderer verließen ihr Heimatland in den 1960er und 1970er Jahren bettelarm. Ihr ganzes Hab und Gut befand sich in einem Billigkoffer aus provisorisch gefertigtem Stoff, befestigt mit einer Schnur, damit die eigenen Habseligkeiten nicht herausfielen.

Kaum in Deutschland angekommen, sahen sie sich – aufgeteilt in Gruppen, behandelt und «gestapelt» in Baracken – mit den Mängeln der staatlichen Fürsorge konfrontiert, sowohl auf griechischer als auch auf deutscher Seite. Nirgendwo war eine Betreuung vorgesehen oder festgeschrieben, weder im Anwerbeabkommen noch in den Arbeitsverträgen. Viele fanden sich im sieben Quadratmeter großen Zimmer eines Heims wieder, das einer Militärkaserne ähnelte und in dem Frauen und Männer getrennt untergebracht wurden. Dort wohnten jeweils sechs bis acht Menschen in einem Raum von der Größe, die das Gesetz Haustieren zugesteht.¹

¹ Teile dieses Beitrags beruhen auf Interviews von Johanna Panagiotou und Myrto Pelopida mit dem ehemaligen «Gastarbeiter» und Sozialberater Dimitris Koutsomitopoulos.

Der Alltag der Neuankömmlinge

Die meisten Neuankömmlinge wurden nach ihrer Ankunft zum Arbeitsort, zumeist kleine Unternehmen, gebracht. Keiner von ihnen war der deutschen Sprache mächtig. Mit ihren wenigen Landsleuten trafen sie sich selten. Der Mangel an sozialen Einrichtungen und an Dolmetschern war eine zusätzliche Belastung. Hinzu kommt, dass es sich bei den Dolmetschern, die zur Verfügung standen, oftmals um ehemalige Nazi-Kollaborateure handelte, die nach Kriegsende mit den deutschen Truppen nach Deutschland geflohen waren, um dem Zorn des griechischen Volkes zu entkommen. Ihr wichtigster Beitrag war die Einschüchterung der Arbeiter im Interesse des Arbeitgebers. Oft drohten sie ihnen ganz unverfroren: «Rede nicht, frage nicht, protestiere nicht, sonst schicke ich dich zurück in deine Heimat», hieß es dann. Fast immer ging es um Einschüchterung und Drohungen. Entsprechend begrenzt war die Kommunikation der Einwanderer mit ihrer Umwelt.

Die griechischen Migrantinnen und Migranten waren also einer Reihe von Problemen ausgesetzt, die sich stets vermehrten und ungelöst blieben. Der einzige Lichtblick im tristen Alltag waren die Treffen mit Landsleuten, die im Heim oder am Bahnhof stattfanden und die sozialen Kontakte im heimatischen Kaféné, dem griechischen Café für Männer, ersetzten. Diese Zusammenkünfte fanden natürlich nur am Wochenende statt. Denn unter der Woche blieb den Migranten keine Zeit zum Ausruhen, ihr Arbeitstag bestand aus harter Arbeit, Überstunden, Einsamkeit und Müdigkeit. Doch die Begeg-

nung mit Landsleuten tat ihnen gut. Sie konnten in ihrer Muttersprache kommunizieren und Nachrichten aus der Heimat erhalten.

Der Anstoß zur Selbstorganisation

Das war für lange Jahre der reale Alltag der Migrantinnen und Migranten. Doch es waren genau diese Schwierigkeiten, die den Anstoß zur Selbstorganisation gaben. Die Ursachen der Selbstorganisation waren die harten Umstände, die Verletzung ihrer Rechte, der Mangel an staatlicher Unterstützung, der Kontaktabbruch zur Heimat sowie ihre völlige Isolation vom sozialen Umfeld. Letztere ist auf zwei Parameter zurückzuführen: einerseits auf die sprachlichen Barrieren und andererseits auf die Weigerung der Gesellschaft, sie als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger anzuerkennen.

Vereine und Organisationen spielten für die Auswanderer eine immens wichtige Rolle. Die Gruppenzugehörigkeit und der solidarische Umgang miteinander stillten ihr Bedürfnis, der Einsamkeit zu entkommen. Ferner pflegten sie dadurch auch Beziehungen zur Heimat, zur Muttersprache und zu Sitten und Bräuchen.

Dies zeigt, dass der Boden fürs Zusammenkommen fruchtbar war: Es waren Unterdrückung, Isolation und Entfremdung, die diese Notwendigkeit schufen. Was fehlte, war nur noch die Initiative. Die Gründung dieser Gemeinden auf deutscher und anschließend europäischer Ebene übernahmen Aktivisten der

Kommunistischen Partei Griechenlands, die von 1925 bis 1974 aus der Illegalität heraus operierte. Die Flucht- und Migrationsgründe hingen – neben politischer Verfolgung – mit sozialen Problemen wie Armut und Hunger zusammen. Das wiederum sind Themen, die auf der Agenda der linken Bewegung, die nun eine führende Rolle spielen sollte, ganz oben stehen.

Ende 1963 wurde auf einer fünftägigen Tagung in der Nähe von München mit Zustimmung fast aller demokratischen Kräfte die Gründung eines repräsentativen Organs, das heißt eines Trägers, der sich für ihre Interessen einsetzen sollte, beschlossen. Initiiert wurde das Treffen von Aktivistinnen und Aktivisten der illegalen Kommunistischen Partei und der Vereinigung der Demokratischen Linken (Eniέα Dimokratiki Aristerá – EDA). Dies illustriert, dass die Aktiven etwas für alle Griechen auf die Beine stellen wollten, unabhängig von der jeweiligen politischen Orientierung und Zugehörigkeit. Und so fing alles an: Unmittelbar im Anschluss an die Tagung wurden in einem Zeitraum von nur sechs Monaten in 25 deutschen Städten Griechische Gemeinde-Vereine gegründet. Die Vorstände bestanden in ihrer Mehrheit nicht aus Kommunisten. In diesem Rahmen wurde auch die Münchner Kulturgemeinde der griechischen Arbeiter gegründet.²

2 Ekpolitistiki Koinotita Ellinon Ergaton Monachou (*Εκπολιτιστική Κοινότητα Ελλήνων Εργατών Μονάχου* – EKEEM). 1978/79 wurde sie in Elliniki Koinotita Monachou (*Ελληνική Κοινότητα Μονάχου* – EKM), das heißt «Griechische Gemeinde München», umbenannt. Nach Jahrzehnten mit vielen bedeutenden Aktivitäten wurde sie vor rund zehn Jahren wegen Schulden und Defiziten in der Buchhaltung aufgelöst; vgl. Geschichte der Griechen in München, in: Magazin Drachme, 24 (2015), S. 18, und 25 (2015), S. 16.

Dem Vorwurf, dass die Linke Organisationen «erfand», die sie anschließend der Gesellschaft aufdrückte, muss man hier widersprechen. Das Gegenteil war der Fall, denn das Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation war ohnehin vorhanden, es lauerte mitten in dieser neuen Gesellschaft. Die Tatsache, dass es linke Kräfte waren, die die Initiative ergriffen, liegt in deren Selbstverständnis: Sie hatten schlicht den Mut, etwas gegen die Missstände zu unternehmen – und das nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Für die Vereinsgründung war der soziale Aspekt von großer Bedeutung. Denn letztlich sind diese Vereine nichts anderes als die Fortsetzung der lokalen Versammlungen im Heimatland, wo kommunale Themen diskutiert und Entscheidungen getroffen werden.

Diese Schwerpunkte kamen auch im Anspruch – formuliert etwa in der Satzung der Münchner Kulturgemeinde der griechischen Arbeiter, aber auch anderer Vereine – zum Ausdruck. Die wichtigsten dort genannten Punkte waren:

1. Verbindung zum Heimatland durch kulturpolitische Aktionen;
2. Verbindung mit der deutschen Gesellschaft durch Sprachkurse und andere Veranstaltungen;
3. Verteidigung von Bürger- und Gewerkschaftsrechten in Kooperation mit deutschen und mit anderen ausländischen Initiativen;
4. Staatliche Bildungseinrichtungen für die Kinder der Arbeiter;

-
5. Verstärkung aller Anstrengungen für eine Rückkehr nach Hause, diesmal aber unter anderen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, sprich: die Fortsetzung des Kampfs für die Beseitigung der Ursachen, die einst zur Migration geführt hatten.

Arm, aber engagiert

Was das Finanzielle betrifft – und hier liegt der Kern der Sache –, muss erwähnt werden, dass die sogenannten Gastarbeiter arm wie Kirchenmäuse waren. Dazu kommt, dass sie fast den gesamten Lohn an ihre Familie im Ursprungsland schickten; viele hatten in der Heimat ihre Kinder zurücklassen müssen, die nun bei den Großeltern aufwuchsen. Nichtsdestotrotz waren sie stets bereit, für entstehende Kosten, etwa für Veranstaltungen oder den Druck von Printmaterial, freiwillig aufzukommen. Weder vom griechischen noch vom deutschen Staat kam irgendeine finanzielle Unterstützung. Letzteres hat sich in den vergangenen Jahren nach großem Einsatz geändert.

Was die anfänglichen Schwierigkeiten anbelangt, lassen sich diese in nur zwei Wörtern zusammenfassen: Angst und Terror. Man darf hier nicht die schreckliche Wirkung des sogenannten Ausländergesetzes, das von 1965 bis 2004 in Kraft war, auf die Psyche der Einwanderinnen und Einwanderer unterschätzen. Denn dieses Gesetz wurde benutzt, um ihnen zu drohen. Die Behörde, so hieß es, werde ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängern, wenn sie sich nicht streng an das hielten, was man

von ihnen verlange. Diese Haltung wurde, wie bereits gesagt, von den Dolmetschern vehement unterstützt. Und sie blieben nicht nur dabei, sondern terrorisierten die «Gastarbeiter» auch damit, dass es Konsequenzen für sie haben werde, wenn sie Veranstaltungen wie jene der Münchner Gemeinde besuchten. In ihren Augen trafen sich dort bloß gefährliche, kommunistische Antipatrioten.

Diese Einschüchterungsmechanismen spiegeln sich genial in den Liedern wider, die damals komponiert wurden. Vergessen wir nicht: Die Griechen sind eines der wenigen Völker, die aus jedem Leid ein Lied machen, das sofort in aller Munde ist. Charakteristisch dafür ist das Lied «Fabrika»³ von der Schallplatte «Migrant» aus dem Jahre 1974:

*Die Fabrik, die Fabrik hört nicht auf
Tag und Nacht ist sie in Betrieb
Und wie mein Kollege heißt,
Oder dieser verrückte Italiener nebenan
Wage ich nicht zu fragen
Noch traue ich mich,
etwas Luft zu holen*

*Ich arbeite an der Maschine
In der Schicht zwei bis zehn
Und schon vom ersten Moment*

³ Lyrik: Giorgos Skourtis, Musik: Giannis Makropoulos, Gesang: Lakis Chalkias, deutsche Übersetzung: Victoria Mali.

*Haben sie mir den Kontrolleur geschickt
Um ein klares Wörtchen mit mir zu reden
Ins Ohr flüstert er mir:*

*«Hör zu, migrantisches Freundchen
Die Zeit ist Geld
Mit anderen Arbeitern redet man nicht
Mit der Zeit hält man Schritt
Denk nur an deinen hungrigen Sohn
Tut er dir nicht leid?»*

*So bleibe ich gebückt auf meinem Posten
Vergiss, dass ich 'ne Stimme hab'
Ich bin nur noch die Nummer acht
So kennt mich jeder hier
Mein richtiger Name,
mein eigenes Geheimnis.*

Auch wenn das eigene Engagement, wie üblich, eher gering war, kann man doch von einer weitgehenden Akzeptanz bzw. Beteiligung der – überwiegend demokratisch eingestellten oder politisch neutralen – «Gastarbeiter» an den Aktionen der Gemeinde sprechen. Und dies sogar noch zu Zeiten der Militärdiktatur! In dieser Zeit wurde im Herzen Münchens unter anderem eine antifaschistische Demonstration organisiert, an der so viele Griechinnen und Griechen teilnahmen, dass die Polizei einen Hubschrauber einsetzen musste, um die versammelte Masse im Blick zu behalten. Die Mobilisierung fand noch in der Fabrik statt, wo Flugblätter verteilt wurden.

Gegen die Militärdiktatur in Griechenland

Mit der Militärdiktatur 1967 bis 1974 verschärfte sich die Feindseligkeit des griechischen Staats weiter. Darüber wird in keiner Schule unterrichtet. Damals gab es ein Drohmittel, das systematisch eingesetzt wurde: den Kommunismus. Gerade in Griechenland hatten Linke nach dem verheerenden Bürgerkrieg von 1946 bis 1949 keine Berufsperspektive, durften nicht studieren, wurden oftmals verfolgt und vom öffentlichen Leben ausgeschlossen.

In den nordgriechischen Provinzen, aus denen die meisten Migranten stammten, trieb der Antikommunismus besondere Blüten. Ende der 1950er Jahre geriet die griechische Tabakbranche in die Krise. Die Gründe dafür waren nicht nur die Automatisierung, sondern auch die Konkurrenz durch billigere Zigaretten aus Bulgarien und Jugoslawien sowie eine neue Marktdurchdringung seitens der Amerikaner, die auch politische Gründe hatte. Als die Sowjetunion Interesse zeigte, den griechischen Tabak aufzukaufen, griffen manche Zwischenhändler zu drastischen Methoden: Sie überredeten (und mitunter zwangen) die Bauern, ihre Ernte zu verbrennen, statt diese an den kommunistischen Erzfeind zu verkaufen. Die Menschen, die ausschließlich vom Tabakanbau lebten, waren damit am nächsten Tag arbeitslos. Sie wurden faktisch zur Auswanderung getrieben, was wiederum der Regierung in den Kram passte, weil auf diesem Wege die hohe Arbeitslosenquote in Griechenland gesenkt werden konnte.

In diesem Zusammenhang kommt noch eine alltägliche, grausame, aber wahre Taktik hinzu: Es wurden Akten über Personen angelegt und aufbewahrt. Das gab es nicht nur in Griechenland; in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern kam es auch zu Kündigungsdrohungen seitens der Junta-nahen Vereine, der Arbeitgeber und der Griechischen Konsulate im Aufnahmeland.

Gegen den Rassismus in Deutschland

Die griechisch-orthodoxe Kirche war nahezu abwesend, ihre Rolle beschränkte sich in Deutschland anfangs im Wesentlichen darauf, Gelder für Hochzeiten und Taufen zu kassieren. Diese nahmen dann immer mehr zu, da die Auswanderer Halt suchten und in der Kirche ihre jahrtausendealte Tradition pflegen konnten. Dass die Kirche auch Bewundernswertes zugunsten der einfachen Menschen leistete – wie der Einsatz vieler heutiger Priester belegt, die auch in der antirassistischen und antifaschistischen Szene Münchens bekannt sind –, ergab sich erst viel später.

Genauso abwesend wie die Kirche waren die deutschen freien und öffentlichen Träger. Einzige Ausnahme waren die Gewerkschaften, die sofort mit den «Gastarbeitern» in Kontakt traten und sie über die ihnen zustehenden Rechte und über die Existenz der Betriebsräte informierten. In Reaktion darauf setzten die Unternehmen dann arbeitgeber-treue Dolmet-

scher ein, die dem gewerkschaftlichen Aktivismus entgegenwirken sollten.

Es gab aber auch Dolmetscher, die den Einwanderern helfen wollten. Einer davon war Nicolas Cavouras, der mit Rat und Tat den einfachen Menschen auch in seiner Freizeit in München zur Seite stand. Seine Tochter Maria, die heute das «Gastarbeiterbüro» als beeidigte Übersetzerin weiterführt, berichtet über die Frühzeit: «Es waren Menschen, die keine oder begrenzte schulische Bildung genossen hatten und sonst einfach nicht viele Hilfsangebote kannten bzw. bekamen oder mangels Deutschkenntnissen nicht wahrnehmen konnten. Viele konnten nicht mal ihren Arbeitsvertrag lesen, obwohl dieser essenziell war, weil auch die Bleibe für sie und die nachkommende Familie damit verknüpft war. Sie mussten sich auf Vermittler verlassen, die es nicht immer gut meinten. Eine Auswahl anderer Anlaufpunkte, wie es sie heute gibt, gab es damals nicht. Da hat Herr Cavouras als Kaufmann die Gelegenheit beim Schopfe gepackt. Im Gegensatz zu anderen hatte er den Vorteil einer recht guten Bildung, um sich gute Deutschkenntnisse anzueignen. Aber er wollte auch den Leuten helfen, die wie er aus bescheidenen Familienverhältnissen stammten und sich etwas aufbauen wollten. Das lag ihm am Ende mehr am Herzen als der Import, den er anfänglich betrieben hatte.»

In diesem Kontext darf das Wirken des Übersetzers Giorgos Giannidis (Jahrgang 1925) nicht unerwähnt bleiben, der in der Münchner Griechischen Gemeinde hoch angesehen war. Schon als Gymnasiast hatte Giannidis die Schule verlassen und sich 1943 als Partisan in den Bergen von Kozani der Widerstands-

bewegung gegen die Nazis angeschlossen. Nach Kriegsende teilte er das Schicksal vieler linker Widerstandskämpfer und verbrachte Jahre im Gefängnis und im Exil. Später lebte er in Wien und in der bayerischen Hauptstadt. Seine Biografie und sein Engagement inspirierten nachfolgende Generationen der Münchner Griechen, denen er – als Mitbegründer der Griechischen Kulturgemeinde – stets mit Rat und Tat zur Seite stand.

Gekommen, um zu bleiben

Die Ziele der griechischen Aktivistinnen und Aktivisten waren direkt mit der oben geschilderten Situation verknüpft. Erstens wollten und mussten sie unbedingt den Inhalt des gegen die Interessen der Migranten gerichteten Anwerbeabkommens ändern. Denn es war genau dieser Vertrag, der die ungleiche und ungerechte Behandlung – mit Blick auf den Lohn und darüber hinaus – als legitim erscheinen ließ. Zweitens lag der Schwerpunkt auf der rechtlichen Regelung der menschlichen Lebensbedingungen, die völlig ungeschützt waren, auf der Schaffung sozialer Stabilität benachteiligter Bevölkerungsgruppen und der Infrastruktur für die Bildung des Nachwuchses. Drittens wollten sie unbedingt die «Ausländerregelungen» außer Kraft setzen. Diese galten seit Hitler-Zeiten und verboten jegliche gewerkschaftliche und politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern; das war für uns nicht hinnehmbar. Ziel war es, die Menschen zu mobilisieren und zu ermutigen, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Zu diesem

Zweck wurden verschiedene Ausschüsse gebildet – in München etwa entstand eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem DGB und der IG Metall. Auch brachten sie ihr eigenes Magazin *Ellinikoi Antilaloi*, (*Ελληνικοί Αντίλαλοι*, «Griechisches Echo») heraus, das eine klare politische Botschaft enthielt und kulturpolitische Themen behandelte. Erinnerung sei auch an das «kleine Parlament», wie sie es nannten, eine Zusammenkunft der Aktiven, die seit 1966 jeden Samstag in Restaurants tagte, Entscheidungen traf, bedeutende Referenten einlud und regelmäßig Diskussionen auslöste, in denen man dem eigenen, mediterranen Temperament freien Lauf lassen konnte.

Die erste Generation bewies großen Mut: Die «Gastarbeiter» kamen ohne Bildung, ohne Sprachkenntnisse und trotz der Gräueltaten während der deutschen Besatzung Griechenlands in die Bundesrepublik. Ihr vermeintlich «vorübergehender» Aufenthalt erwies sich bald als dauerhaft. Durch ihre Selbstorganisation gewann die erste Generation Selbstvertrauen und schließlich auch den Respekt der Deutschen. Auf diese Weise bereitete sie den nächsten Generationen den Weg, auch für einen bildungsbezogenen Aufstieg. Dank des Engagements der «Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter» sind wir, die Jüngeren, mittlerweile befreit vom Zwang einer imaginären Rückkehr und von einem verbindlichen Zugehörigkeitsgefühl. Wir wissen, dass wir als auf deutschem Boden lebende Griechinnen und Griechen eine besondere Gruppe in der Gesellschaft bilden – mit deutschen und griechischen Wurzeln. Und wir wissen auch: Wir sind gekommen, um zu bleiben.

6

Nélson Pereira Pinto und Manuel Campos

Portugiesische Vereine und die Rolle der Gewerkschaften



Zwischen 1955 und 1973 holte die Bundesrepublik aus wirtschaftlichen Motiven sogenannte Gastarbeiter ins Land. Der Begriff «Gastarbeiter» suggeriert in seiner Semantik zunächst einen freundlichen Umgang mit den ausländischen Arbeitnehmern. Dass er aber zugleich bedeutete, dass die Migrantinnen und Migranten nur zeitweise im Land bleiben sollten und ihnen das Leben während dieses temporären Aufenthaltes vom Staat wie von der Gesellschaft schwer gemacht werden würde,¹ offenbarte sich erst später.

In öffentlichen Debatten, die sich mit dem Thema Integration befassen, wird häufig vergessen (oder unterschlagen), dass es sich dabei um einen offenen Prozess handelt,² für den die Offenheit nicht nur der Migranten, sondern auch der Aufnahmegesellschaft eine fundamentale Rolle spielt. Anders ausgedrückt: Integration kann nur dann gelingen, wenn beide

1 Länder, Svenja: A Batalha – Exilerfahrungen und politische Aktivitäten der portugiesischen Stipendiatengruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung (1969–1974), Masterarbeit, Berlin 2014, S. 3, www.academia.edu.

2 Beger, Kai-Uwe: Migration und Integration. Eine Einführung in das Wandlungsgeschehen und die Integration der Zugewanderten in Deutschland, Opladen 2000, S. 11.

Seiten sie wollen und sich darauf einlassen.³ Hinzu kommt: Es gibt zwar viele Migranten – vor allem jene der dritten Generation –, die beruflich Karriere machen konnten; gesellschaftlich aber stellen diese Erfolgsgeschichten ein zweischneidiges Schwert dar, weil sie zugleich die Ansicht fördern, dass «jeder seines eigenen Glückes Schmied» sei und dass jeder, der keinen Erfolg hat, allein dafür verantwortlich sei. Für strukturelle Benachteiligungen der Migrantinnen und Migranten, etwa durch den anhaltenden gesellschaftlichen Rassismus, der auch bei Arbeitgebern oder Vermietern anzutreffen ist, bleibt in dieser Deutung dann kein Platz mehr.

In Wirklichkeit aber sahen sich viele Arbeitsmigranten, die im Zuge der bundesdeutschen Anwerbepolitik ins Land kamen, grundsätzlich benachteiligt – nicht nur durch mangelnde Sprachkenntnisse, sondern gerade auch durch ihre Diskriminierung und Ausgrenzung. Vieles, was für die Deutschen «normal» war, galt für die «Gastarbeiter» nicht. Aus dieser Lage heraus entstand der Bedarf, eigene Zusammenhänge zu schaffen, die dazu beitragen sollten, sich gegenseitig zu unterstützen und die Lücken der staatlichen Daseinsvorsorge zu schließen. Im Folgenden wird erläutert, wie die portugiesischen Selbstorganisationen bzw. Migrantenvereine in der Bundesrepublik entstanden und wie sie sich im Laufe der Jah-

³ Bibouche, Seddik/Held, Josef: Reflexion über grundlegende Probleme der Integration, in: Sauer, Karin E./Held, Josef (Hrsg.): Wege der Integration in heterogenen Gesellschaften. Vergleichende Studien, Wiesbaden 2009, S. 13–22, hier S. 13.

re entwickelten. Dabei wird auch die wichtige Rolle diskutiert, die die Gewerkschaften für die Integration der Einwanderer spielten.

Mit Moped und Urkunde

1964 schloss die Bundesrepublik ein Anwerbeabkommen mit Portugal ab. Noch im selben Jahr wurde mit Armando Rodrigues de Sá der «millionste Gastarbeiter» am Bahnhof Köln-Deutz feierlich mit einem Moped und einer Ehrenurkunde begrüßt. Schon aufgrund der Tatsache, dass die Portugiesen sich in einem fremden Land befanden und in aller Regel die deutsche Sprache nicht beherrschten, hatten sie bereits bei ihrer Ankunft großen Bedarf an der Gründung eigener Gruppen und Einrichtungen. Zur Sprachproblematik hinzu kamen kulturelle Aspekte, vor allem ihre Verbindung zum Katholizismus, aber auch der Wunsch, mit den eigenen Landsleuten in Kontakt zu bleiben und sich untereinander auszutauschen. Da der Mensch ein geselliges Wesen, ein *homo socialis* ist, kann die Entstehung der portugiesischen Vereine in der Bundesrepublik als ein «natürliches» Phänomen betrachtet werden.⁴ Hiermit verbunden sind auch eigene (formelle und informelle) Strukturen und Netzwer-

⁴ Botas, Mário: Die Bedeutung des Vereinswesens für die Sozialarbeit mit Portugiesen, in: Deutscher Caritasverband: 25 Jahre Sozialdienst der Caritas für Portugiesen in der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg 1990, S. 39–52, hier S. 46.

ke, die dazu beitragen, die besonderen Bedürfnisse der eigenen Community zu befriedigen. Die vielfältigen Aktivitäten der Migrantengruppen haben in aller Regel zugleich einen Bezug zum Heimatland Portugal.⁵ Es gab also verschiedene Triebkräfte jenseits des virulenten Rassismus der bundesdeutschen Gesellschaft, die dazu beitrugen, dass die ersten portugiesischen Vereine bereits in den 1960er Jahren gegründet wurden.

Allerdings erfüllen die Gruppen und Einrichtungen der portugiesischen Migrantinnen und Migranten im Kontext der gesellschaftlichen Zurückweisungen im Aufnahmeland zugleich eine besondere Schutzfunktion.⁶ So wurden die klassischen portugiesischen Vereine, die Casas de Portugal, zu wichtigen Rückzugsorten und Treffpunkten vor allem für die portugiesischen Arbeitsmigranten, die von der gesellschaftlichen Teilhabe systematisch ausgeschlossen wurden. Hier konnten sie sich untereinander austauschen, Portugiesisch sprechen, portugiesische Musik hören und portugiesische Spezialitäten essen. Auf diese Weise leisteten die Vereine mit ihren vielfältigen Aktivitäten und der Pflege eigener Traditionen einen wichtigen Beitrag zum Lebensalltag der portugiesischen Einwanderer und erfüllten für ihre Community eine Schutzfunktion.

5 Maier, Veit: Portugiesen in Köln – eine ethnische Kolonie? Examensarbeit, Köln 2010, S. 36, www.alyfe.de/miradouro/maier_2010.pdf.

6 Heckmann, Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992, S. 112.

Die Selbsthilfefunktion der portugiesischen Vereine

Soziale Selbsthilfe bezeichnet das solidarische Handeln eines freiwilligen Zusammenschlusses.⁷ Diese Selbsthilfe bzw. das Prinzip «Hilfe zur Selbsthilfe» findet in den portugiesischen Vereinen Ausdruck in Form von solidarischen und kulturellen Aktivitäten. In dieser Hinsicht tragen die Migrantengruppen zugleich zur Erweiterung der persönlichen Netzwerke ihrer Mitglieder bei. Die Bedeutung der Selbsthilfefunktion nimmt vor allem dann zu, wenn die Betroffenen sich mit ernsthaften Problemen konfrontiert sehen. Hierzu zählt die Arbeitslosigkeit; hinzu kommen aber etwa auch Todesfälle innerhalb der Familie oder im engeren Bekanntenkreis.⁸ Im Falle derartig einschneidender Ereignisse reichten die Vereinsstrukturen, die grundsätzlich auf freiwilligem Engagement basierten, nicht aus. Aus diesem Grund wandten sich viele Portugiesen an den Caritasverband, der professioneller ausgerichtet war und über Erfahrungen im Umgang mit solchen Schicksalsschlägen verfügte.

Im Lichte der Selbsthilfe zeichneten die portugiesischen Vereine sich jedoch dadurch aus, dass sie ihren Mitgliedern eine besondere Neueinwandererhilfe anbieten konnten. Als Beispiel

7 Schulz-Nieswandt, Frank/Köstler, Ursula: Bürgerschaftliches Engagement im Alter. Hintergründe, Formen, Umfang und Funktionen (Grundrisse Gerontologie, Bd. 20), Stuttgart 2011, S. 43.

8 Heckmann: Ethnische Minderheiten, S. 113.

sei die 1969 gegründete Associação Lusitânia de Bonn e.V. (ALB) genannt. Obwohl es sich bei diesem Verein um einen portugiesischen Fußballverein handelt, gehen viele seiner Funktionen weit über sportliche Belange hinaus. Quellen aus dem Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) belegen, dass sich der Verein auch bei Problemen mit den Behörden, auf der Arbeit, bei der Wohnungssuche und anderem mehr für seine Mitglieder einsetzte.⁹ Für manche Vereinsmitglieder erwiesen sich diese Hilfestellungen letztlich als wichtiger als das eigentliche Sportangebot der ALB.

Die ersten portugiesischen Vereine entstanden in der Zeit der bundesdeutschen Anwerbepolitik von 1964 bis 1973. Da es sich im Zuge der Arbeitsmigration fast ausschließlich um männliche Arbeiter handelte, wurden die portugiesischen Vereine in erster Linie von Männern besucht.¹⁰ Zu den ersten Vereinsarten gehörten Sport-, Folklore- und Kulturgruppen. Von großer Be-

⁹ Vgl. z.B. die Zeitungsartikel «Vielfältige Aktivitäten rund ums Leder. Seit 20 Jahren besteht die portugiesische Sport- und Kulturvereinigung «Associação Lusitânia de Bonn»» (Bonner Rundschau, 5.3.1988), und «40 Deutsche in portugiesischem Klub. Kein Zufall. 10 Jahre Lusitania Bonn» (General-Anzeiger Bonn, 17.12.1979), hier zit. nach: Associação Lusitânia de Bonn e.V.: Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V. (DOMiD), E12x Ass Zwa, 20 Anos – 20 Jahre Associação Lusitânia de Bonn e.V. Portugiesischer Verein in Bonn e.V. 1969–1989, Bonn 1989.

¹⁰ Im Laufe der Jahre engagierten sich dann auch mehr Frauen im portugiesischen Vereinswesen. Sie waren vor allem in portugiesischen Folklorevereinen aktiv. Zu erwähnen ist auch, dass die ALB – verschiedenen Bonner Zeitungsartikeln zufolge – in den 1980er Jahren zwei Frauen für insgesamt drei Jahre als Vorstandsvorsitzende hatte; vgl. die Dokumente in: ebd.

deutung für die portugiesischen Migrantengruppen war auch das portugiesische Essen bzw. die portugiesische Gastronomie.¹¹ Portugiesische Restaurants, Cafés und Bars wurden deshalb für die Einwanderer in den 1960er und 1970er Jahren zu wichtigen Treffpunkten.

«Nachbarn in Europa»

Nachdem verschiedene ARD-Rundfunkanstalten bereits seit den 1960er Jahren Hörfunksendungen speziell für «Gastarbeiter» in deren Muttersprachen gesendet hatten,¹² strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ab 1978 die Sendung «Nachbarn in Europa» aus. Sie lief jeden zweiten Samstag und enthielt Beiträge in sechs verschiedenen Sprachen;¹³ die portugiesische Sendung wurde in Kooperation mit dem portugiesischen Fernsehsender Rádio e Televisão de Portugal (RTP) produziert und bis 1987 ausgestrahlt. Bei «Nachbarn in Europa» handelte es sich um ein zweistündiges Informations- und Unterhaltungs-

¹¹ Bodo Freund zufolge stellt die Gastronomie für portugiesische Auswanderer den einfachsten Weg zur beruflichen Selbstständigkeit dar; vgl. Freund, Bodo: Portugiesische Restaurants und Cafés in Hamburg: Beginn eines ethnischen Gewerbes?, in: Pinheiro, Teresa (Hrsg.): Portugiesische Migrationen. Geschichte, Repräsentationen und Erinnerungskulturen, Wiesbaden 2010, S. 131–150, hier S. 134.

¹² Die erste derartige Sendung («Mezz’Ora Italiana») wurde vom Saarländischen Rundfunk erstmalig am 21. Oktober 1961 in italienischer Sprache ausgestrahlt.

¹³ Dabei handelte es sich um Türkisch, Serbokroatisch, Griechisch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch.

programm, das Vertretern der Gewerkschaft IG Metall zufolge einen wichtigen Beitrag zur multikulturellen Entwicklung der Bundesrepublik leistete. Im bundesdeutschen Fernsehen war es die einzige Sendung, die gezielt auf Arbeitsmigranten ausgerichtet war, die kein Deutsch sprachen. Da es auch Beiträge auf Portugiesisch gab, verfolgten viele portugiesische Einwanderer die Sendung. Sie trafen sich dazu samstags in den Vereinen, Restaurants, Cafés und Bars, die dieses Programm ausstrahlten.

Die Rolle der Katholischen Kirche

Unmittelbar nach der ersten Einwanderungswelle organisierte die portugiesische katholische Kirche ihre seelsorgerische Arbeit für Emigrantinnen und Emigranten in Deutschland. Zu diesem Zweck gründete die Kirche in den Orten, in denen viele Portugiesen lebten, katholische Gemeinden und entsandte dorthin Priester (Missionare). Deren Hauptaufgabe war es, den katholisch erzogenen Portugiesen, die ja zumeist kein Deutsch sprachen, ein religiöses Angebot in ihrer Muttersprache zu machen. Unter den Portugiesen waren diese Gottesdienste als *missas portuguesas* oder *igrejas portuguesas* («portugiesische Kirchen») bekannt.¹⁴ Des Weiteren ermöglichte die katholische Kirche ihnen, mit deutschen Gemeinden in Kontakt zu treten. Viele Portugiesen nutzten auch Begegnungszentren der katho-

¹⁴ Die portugiesischen Gottesdienste fanden in deutschen katholischen Gotteshäusern statt.

lischen Mission und insbesondere des Caritasverbandes für solche Gelegenheiten. Mit Blick auf den Caritasverband ist hervorzuheben, dass er, vor allem mit seinem netzwerkbildenden und -stützenden Charakter, jahrelang Integrationsarbeit für katholische Einwanderer leistete.¹⁵ Für die Portugiesen gab es hier außerdem Beratungsangebote von Portugiesisch sprechenden Sozialarbeitern.¹⁶ Da durch die Muttersprache ein besonderes Vertrauen zwischen den Ratsuchenden und den Beratern entstand, erwiesen sich diese Angebote des Caritasverbandes als sehr hilfreich. Darüber hinaus waren die portugiesischen Sozialarbeiter des Caritasverbandes deutschlandweit aktiv und organisierten auch in jenen Orten, in denen es keine Begegnungszentren für Portugiesen gab, umfangreiche Informationsveranstaltungen.

Die Kirche hatte aufgrund der Tatsache, dass viele portugiesische Arbeitsmigranten den Katholizismus praktizierten, großen Einfluss auf die Community. In vielen Fällen unterstützte sie die Gründung portugiesischer Vereine und setzte sich auch sonst für ihre Mitglieder ein. Für die politische Aktivierung der Portugiesinnen und Portugiesen in der Bundesrepublik tat die Kirche jedoch wenig. Dies wog umso schwerer, weil viele Arbeitsmigranten wegen des autoritären Systems des *Estado Novo*,

¹⁵ Neben den Portugiesen wurden auch Einwanderer aus Italien, Spanien und Jugoslawien (Kroaten) vom Caritasverband unterstützt; vgl. Mönninghoff, Karl-Heinz: Ausländerberatung und Selbsthilfeinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Caritasverband: 25 Jahre Sozialdienst, S. 35–38, hier S. 35f.

¹⁶ Mönninghoff: Ausländerberatung, S. 37f.

der langjährigen Diktatur in Portugal, ein politisches Engagement scheuten. Entsprechend schwer war es auch für bundesdeutsche Stiftungen, die portugiesischen Einwanderer politisch zu sensibilisieren.

Ein weiterer Umstand, der dazu beitrug, dass die Portugiesen sich in der Bundesrepublik kaum politisch engagierten, war, dass viele von ihnen sich ausschließlich auf die Arbeit konzentrierten¹⁷ und ursprünglich auch nach wenigen Jahren Arbeitsaufenthalt wieder nach Portugal zurückkehren wollten. Es ist aus der Migrationsgeschichte bekannt, dass die Absicht, zeitnah ins Ursprungsland zurückkehren zu wollen, einem Engagement im Aufnahmeland entgegensteht. Hinzu kam, dass viele Priester sehr konservativ waren, was sich in den von ihnen kontrollierten Publikationen niederschlug, so etwa in der portugiesischen Informationszeitung *Diálogo do Emigrante*,¹⁸ die von der katholischen Kirche herausgegeben wurde. Die Versuche mancher Priester und Laien, die Zeitung politischer – das heißt vor allem: regimekritischer – zu gestalten, wurden daher zunächst vehement abgewehrt. Erst allmählich öffnete sich die Zeitung schrittweise.¹⁹ Der Grund für die lange politische Absti-

17 Viele der portugiesischen Einwanderer arbeiteten mehr als 40 Stunden pro Woche und hatten folglich kaum Zeit, sich in politische Parteien einzubringen.

18 Die Zeitung zielte darauf ab, portugiesische Arbeitsmigranten über die Entwicklungen in der Bundesrepublik zu informieren.

19 Manuel Campos, einer der Autoren dieses Textes, arbeitete von 1973 bis zur Nelkenrevolution am 25. April 1974 für die Zeitung *Diálogo do Emigrante* als Redaktionsangestellter und durfte gelegentlich kritische Gedichte über die Ursachen der portugiesischen Emigration veröffentlichen.

nenz liegt auf der Hand: Der *Estado Novo* besaß großen Einfluss auf die katholische Kirche. Auch organisierte die Salazar-Diktatur über die Kirche Kulturveranstaltungen in der Bundesrepublik, an denen bekannte portugiesische Künstler und Musiker teilnahmen. Dies änderte sich im Laufe der Jahre und vor allem nach der Nelkenrevolution 1974. Von nun an organisierten die portugiesischen Einwanderer ihre eigenen Folklore-, Theater- und Musikgruppen.

Die deutsche Gesellschaft verhielt sich insgesamt sehr misstrauisch und ablehnend gegenüber den eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeitern; Bemühungen zur Integration der Neuankömmlinge fanden kaum Gehör. In diesem Kontext waren viele Arbeitsmigranten kaum motiviert und gewillt, sich in primär deutsche, von dieser rassistischen Ablehnung gekennzeichnete Organisationen einzubringen; das galt für Vereine ebenso wie für Gewerkschaften und andere Gruppen. Umgekehrt bedeutete dieser Ausschluss, dass viele portugiesische Arbeiter in einer Parallelwelt lebten. Dieser Zustand wurde – neben der Sprachbarriere – noch dadurch verstärkt, dass von bundesdeutscher wie auch von portugiesischer Seite nur ein befristeter Aufenthalt vorgesehen war.

Integration durch Gewerkschaftsarbeit

Viele «Gastarbeiter» – die ja anfangs davon ausgingen, dass ihr Aufenthalt nur temporär sein würde – wollten sich nach ihrer

Ankunft in der Bundesrepublik nicht integrieren und folglich auch nicht in von Deutschen dominierten Organisationen mit-tun. Ein hervorstechendes Beispiel waren die Gewerkschaften. Die Gründe hierfür gingen über bloße Sprach- und Verständigungsprobleme hinaus. Viele Portugiesen fühlten sich von den bundesdeutschen Organisationen schlicht weder repräsentiert noch akzeptiert. Hinzu kam, dass die Gewerkschaften in Portugal oft von den Arbeitgebern kontrolliert wurden und mit der Regierungspolitik des *Estado Novo* gleichgeschaltet waren, anstatt Interessenvertretungen der Beschäftigten zu sein.²⁰

Glücklicherweise erkannten führende deutsche Gewerkschafter bereits frühzeitig die Notwendigkeit, die ausländischen Arbeiter zu organisieren. Auf dem Gewerkschaftstag 1959 in Berlin machte der damalige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, eine zukunftsweisende Aussage zur Integration nichtdeutscher Arbeiter im bundesdeutschen Gewerkschaftssystem: «Wir müssen die ausländischen Arbeitnehmer organisieren und sie schulen», forderte Brenner. Diese Aussage brachte im Zuge ihrer praktischen Umsetzung gesellschaftliche, politische und gewerkschaftliche Forderungen und Konsequenzen hervor. So gründete die IG Metall bereits im Jahr darauf das «Referat Ausländischer Arbeitnehmer»; 1962 wurde dann der aus dem Exil in Mexiko zurückgekehrte Max Diamant mit der Leitung

20 Die ablehnende Haltung gegenüber den Gewerkschaften machte sich auch bei Arbeitsmigranten aus anderen Ländern bemerkbar. Dies hing damit zusammen, dass viele von ihnen aus Ländern kamen, in denen autoritäre Regime herrschten. Viele hatten Angst, sich gewerkschaftlich zu engagieren, und fürchteten, dass die Regierung im Heimatland dies nicht tolerieren werde.

dieses Referats beauftragt. Diamant war als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und Jude von der Nazidiktatur verfolgt worden und hatte nach seiner Flucht das Leben in der Fremde ebenso kennengelernt wie mehrere Fremdsprachen. Er war also auch kulturell gut auf seine neue Aufgabe vorbereitet. In einem nächsten Schritt beschloss die IG Metall, Menschen aus den jeweiligen Anwerbeländern im Referat Ausländischer Arbeitnehmer zu beschäftigen. Indem die IG Metall auf diese Weise dazu überging, die eingewanderten Arbeiter in ihrer eigenen Muttersprache anzusprechen, konnten viele Probleme leichter gelöst und Auseinandersetzungen, etwa über Themen wie Lohndruck, vermieden werden. 1973 wurde dann die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG Metall gegründet. Zunächst war beabsichtigt, dass der damalige spanische Gewerkschaftssekretär sich auch um die Portugiesen in der Metallindustrie kümmern sollte, was diese wiederum ablehnten – getreu dem portugiesischen Sprichwort «Aus Spanien weder guter Wind noch gute Ehe». Im Jahr darauf entschied die IG Metall als erste bundesdeutsche Gewerkschaft, in der bereits vorhandenen Abteilung Ausländische Arbeitnehmer mit Manuel Campos auch einen Portugiesen einzustellen, der die portugiesischen Arbeitnehmer aus der Metallindustrie für die Organisation gewinnen und organisieren sollte. Es war – nicht nur für die Portugiesen – eine auf lange Sicht gute, mutige und integrative Entscheidung der IG Metall. Auch für Arbeitsmigranten aus anderen Ländern läutete diese Initiative eine neue Ära ein. Denn die Integration ausländischer Arbeitnehmer schuf auf der Ebene der Gewerkschaften eine Einheit unter al-

len Arbeitern – was für viele vorher etwas Unbekanntes war. Nachdem Yilmaz Karahasan 1992 als erster Ausländer in den Vorstand der IG Metall gewählt worden war, wurde Campos 1994 zum ersten ausländischen Abteilungsleiter in der IG-Metall-Vorstandsverwaltung berufen. Die Organisation nicht-deutscher Arbeiter in den Gewerkschaften war ein langer und komplizierter Weg. Er sollte sich jedoch für ihre Integration am Arbeitsplatz als außerordentlich wichtig herausstellen.

Eine Anekdote des Gewerkschaftssekretärs Manuel Campos

Ich erinnere mich besonders gut an einen meiner ersten Einsätze, in Singen am Hohentwiel, bei der damaligen Firma Alusingen. Es war kurz nach dem Ende der Diktatur durch die Nelkenrevolution am 25. April 1974. Bei Alusingen arbeiteten Hunderte Portugiesen. Viele von ihnen waren politisch sehr engagiert und Mitglieder der lokalen portugiesischen Vereinigung, die 2020 ihr 50-jähriges Bestehen feiert. Unter den Portugiesen, die bei Alusingen arbeiteten, waren auch einige, die als Soldaten in den ehemaligen portugiesischen Kolonien gekämpft und dabei ihr Leben riskiert hatten. Wenige Tage vor meinem Besuch in Singen am Hohentwiel hatte die IG Metall die neue Ausgabe ihrer Metallzeitung veröffentlicht, in der sie zur Beendigung des Kolonialkriegs aufrief. Zwar hatte ich zu dieser Zeit noch nicht so viel Erfahrung, aber ich war von den Forderungen der Gewerkschaft überzeugt – zumal ich 1972 aus politischen Gründen aus Portugal in die Bundesrepublik geflüchtet war.

Ziel der Veranstaltung war es, meine Landsleute von den Vorteilen und der Notwendigkeit ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen. Viele der ehemaligen Soldaten konfrontierten mich da und dort jedoch mit der Stellungnahme der IG Metall: «Was soll die Forderung nach Unabhängigkeit? Das ist eine Respektlosigkeit! Wir haben unser Leben riskiert, damit Portugal seine Überseegebiete halten kann. Wieso mischt sich die IG Metall überhaupt in unsere politischen und nationalen Angelegenheiten ein? Und dann sollen wir uns auch noch dort organisieren?» Nachdem sie ihren Frust und Ärger rausgelassen hatten, entschied ich mich für einen Frontalangriff. Ich sagte: «Die IG Metall ist eine freie und unabhängige Organisation, die für Freiheit und Menschenrechte kämpft und sich für die Rechte und Interessen ihrer Mitglieder in der Metallindustrie einsetzt, egal ob Deutsche oder Ausländer. Wer so denkt wie ihr und den Krieg rechtfertigen will, ist bei der IG Metall sowieso am falschen Platz. Ihr solltet euch kritischer mit dem Kolonialkrieg auseinandersetzen. Wenn ihr das tut, dann stehen die Türen der IG Metall für euch offen!»

Für einen Augenblick herrschte Totenstille. Dann brach die Diskussion los. Letztendlich ließen sich viele von den Grundwerten der IG Metall überzeugen und traten der Gewerkschaft bei. Nach diesem Einsatz folgten weitere Besuche in Singen am Hohentwiel. Mit jedem Besuch – auch bei anderen Firmen – gewannen wir immer mehr Arbeiter für die Gewerkschaft. Dies zeigt, dass die Auswirkungen, die diese Organisation hatte, weit über ein enges Verständnis gewerkschaftlicher Interessenvertretung hinausgingen.

Die zweite, dritte, vierte Generation

Erst mit der zweiten und dritten Generation der Einwanderinnen und Einwanderer änderte sich die Lage. Einige Portugiesen der zweiten und vor allem jene der dritten und vierten Generation wurden in der Bundesrepublik geboren und sprechen Deutsch als Muttersprache. In diesem Sinne sind sie bereits weitgehend in die Gesellschaft integriert. Innerhalb der Community gibt es durchaus Stimmen, die diese Integration kritisieren und befürchten, die neue Generation könne ihre Bindung zu Portugal verlieren. Mit Blick auf die portugiesische Selbstorganisation stehen allerdings andere Aspekte im Vordergrund; so verloren etwa angestammte Funktionen wie die Neueinwandererhilfe, die die Gruppen ihren Mitgliedern anboten, für die junge Generation ihre Bedeutung. Auch führte der technologische Fortschritt dazu, dass die klassischen Vereine immer weniger frequentiert werden.²¹ Viele Portugiesen, die früher etwa Fußballspiele der portugiesischen Nationalmannschaft in Vereinen, Restaurants und Cafés verfolgt hatten, taten dies ab Anfang der 2000er Jahre vermehrt über Fernsehsender wie Rádio e Televisão de Portugal Internacional (RTPI), die sie über Satellitenschüsseln zu Hause empfangen. Später konnten die Spiele auch über das Internet verfolgt werden. Diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, dass die klassischen Vereine und Lokalitäten immer weniger von der eigenen Community genutzt werden.

21 Maier: Portugiesen in Köln, S. 39.

Sowohl der technologische Wandel als auch das fehlende Interesse bzw. die fehlende Einbindung der jüngeren Generationen führen dazu, dass das klassische Vereinswesen immer schwächer wird. Noch 2004 gab es 240 portugiesische Vereine in der Bundesrepublik.²² Seitdem haben sich viele portugiesische Vereine aufgelöst. Einer dieser Vereine war die Associação Portuguesa em Hamburgo, die 1964 als erster portugiesischer Verein in der Bundesrepublik gegründet wurde. Heute existieren nur noch 103 portugiesische Vereine im Land; von diesen wiederum ist lediglich die Hälfte aktiv.

In der Gegenwart kämpfen selbst die aktiven Vereine um ihre Existenz. Obwohl das portugiesische Vereinswesen in den letzten 15 Jahren deutlich schwächer geworden ist, werden weiterhin regelmäßig Veranstaltungen organisiert, die auf die portugiesische Migration bzw. die portugiesische Community in der Bundesrepublik aufmerksam machen. Eine wichtige Veranstaltung war beispielsweise das Jubiläum zum 50-jährigen Bestehen der portugiesischen Migration in der Bundesrepublik im September 2014. Zu erwähnen ist auch der Verein Grupo de Reflexão e Intervenção – Diáspora Portuguesa na Alemanha e.V. (GRI-DPA), der 2017 ins Vereinsregister der Stadt Düsseldorf eingetragen wurde. Er befasst sich mit den aktuellen Problemen der portugiesischen Community in der Bundesrepublik

22 Rodrigues, Nelson u.a.: 40 Anos da Comunidade Portuguesa na Alemanha – Selecção local do Conselho das Comunidades Portuguesas na RFA, in: Embaixada de Portugal em Berlim, 40 Anos da Comunidade Portuguesa na Alemanha, Berlin 2004, S. 15–17, hier S. 15.

und konzentriert sich dabei auf die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Soziales. Im März 2017 wurde beispielsweise eine Konferenz veranstaltet, die ihren Fokus auf den Erwerb der portugiesischen Sprache richtete. In Gesprächen mit portugiesischen Aktivisten und Politikern wurde diskutiert, wie der Erwerb der portugiesischen Sprache in Deutschland verbessert werden kann. Eine ähnliche Konferenz organisierte der GRI-DPA im Oktober 2019. Diesmal standen Probleme rund um das portugiesische Vereinswesen²³ und neue Perspektiven und Möglichkeiten der Kollaboration im Mittelpunkt. Der GRI-DPA legt bei seiner Arbeit besonderen Wert auf die Kooperation mit anderen portugiesischen Vereinen; so nutzte er für eine Konferenz im März 2017 die Räumlichkeiten der Associação Portuguesa Sanguense e.V. und für eine weitere Konferenz im Oktober 2019 jene der União Portuguesa de Hagen.

Die Zukunft der portugiesischen Vereine in der Bundesrepublik

Obwohl gegenwärtig knapp 140.000 portugiesische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der Bundesrepublik leben, ist die Zukunft des portugiesischen Vereinswesens ungewiss. Die

²³ Hierzu zählen die Fragen, warum sich immer mehr portugiesische Vereine auflösen; was getan werden kann, um die Bedürfnisse und Interessen der jüngeren portugiesischen Generationen anzusprechen, und wie die Zukunft der Vereine aussehen soll.

Statistiken zeigen, dass die Zahl der portugiesischen Vereine, wie gesehen, kontinuierlich gesunken ist. In der Stadt Köln beispielsweise, in der es bis vor 20 Jahren viele aktive Vereine gab,²⁴ existieren heute nur noch zwei – die Associação dos Amigos do Ensino da Língua Portuguesa e.V. (AELP) und der Rancho Folclórico S. Pedro de Colónia e.V. Aktiv ist überdies nur noch die AELP, die den Erwerb von Portugiesisch (als Muttersprache) unterstützt.

Damit das portugiesische Vereinswesen in der Bundesrepublik nicht noch schwächer wird, sind Änderungen vonnöten. Kern eines jeden Vereins sind die aktiven Vereinsmitglieder; eine besonders wichtige Rolle wiederum spielen Jugendliche und junge Erwachsene, da sie die Zukunft der Vereine entscheidend mitgestalten (können). Hier gilt es anzusetzen. Allerdings kommt erschwerend hinzu, dass es sich bei Vereinsarbeit in aller Regel um ehrenamtliche – sprich: freiwillige und unbezahlte – Arbeit handelt. Dies führt in der Praxis immer wieder zu Problemen, da die geleistete Arbeit oftmals unprofessionell ist. Generell ist das Thema Finanzen für eingetragene Vereine ein kompliziertes Thema, da viele Ideen und Vorhaben aus Mangel an Geld nicht umgesetzt werden können.

Grundsätzlich werden sich die portugiesischen Vereine, wenn sie überleben wollen, öffnen müssen: für neue Generationen, neue Themen und neue Allianzen. Einen Ansatzpunkt hier-

²⁴ Zu erwähnen sind vor allem die Associação Portuguesa de Colónia e.V. (APC) und die União Desportiva Portuguesa de Colónia (UDP), zwischen denen viele Jahre lang eine Rivalität herrschte.

für bietet die Sprache. Weltweit sprechen rund 277 Millionen Menschen Portugiesisch, im Internet liegt die Sprache auf dem fünften Platz der meistgenutzten Sprachen.²⁵ Die Reichweite des Portugiesischen könnte somit dazu genutzt werden, neue Mitglieder zu gewinnen. Diese müssten nicht länger ausschließlich Portugiesen sein.²⁶ Ein großes Potenzial steckt beispielsweise in der Zusammenarbeit mit Menschen aus anderen lusophonen Ländern und auch mit Menschen anderer Nationalitäten, die sich für Portugal interessieren.

Die Probleme, die sich im portugiesischen Vereinswesen bemerkbar machen, gibt es im Übrigen auch bei deutschen Vereinen. Die Öffnung der Vereinsstrukturen und der aktive Kontakt mit anderen eingetragenen Vereinen stellen folglich eine Perspektive des Erfahrungsaustauschs dar. Durch die Kooperation mit anderen Einrichtungen können auch Wege beschritten werden, die zur finanziellen Unterstützung beitragen. Im Idealfall können durch diese Formen der Zusammenarbeit auch neue Initiativen ins Leben gerufen werden. Neue Projekte und Formen der Zusammenarbeit werden auch durch jüngere Organisationen wie die Associação de Pós-Graduados Portugueses na Alemanha e.V. (ASPPA) ermöglicht, die die Interessen por-

25 Portugiesisch ist die alleinige Amtssprache in Angola, Brasilien, Mosambik, Portugal sowie São Tomé und Príncipe. Zusammen mit anderen Sprachen ist es Amtssprache in Osttimor, Macau und Äquatorialguinea; vgl. Grayley, Monica Villela: *A Língua Portuguesa como Ativo Político. Um Mundo de Oportunidades para os Países Lusófonos*, Curitiba 2019, S. 23, 25.

26 Schon in den 1980er und 1990er Jahren gab es portugiesische Vereine, die engagierte Mitglieder aus anderen Nationen hatten.

tugiesischer Akademiker in der Bundesrepublik vertritt. Zu erwähnen ist auch die Associação 2314, die portugiesische Kunst und Kultur in Berlin fördert.²⁷

Hinsichtlich der Mitgliedergewinnung steckt ein besonderes Potenzial der Vereine in der Organisation von Kulturveranstaltungen. Jürgen Fijalkowski und Helmut Gillmeister zufolge sind Kulturprogramme auch bei der Mehrheitsgesellschaft beliebt.²⁸ Durch das kulturelle Angebot könnten neue Mitglieder aus unterschiedlichen Zielgruppen gewonnen werden. Des Weiteren können durch diese Art von Veranstaltung die Akzeptanz und Wertschätzung des für die Deutschen «Fremden» innerhalb der Mehrheitsgesellschaft gefördert werden.²⁹ Hierdurch wird zugleich ein Beitrag gegen Diskriminierung und Rassismus geleistet. Damit würde dann also nicht nur das portugiesische Vereinsleben stabilisiert, sondern zugleich auch die Gesellschaft verbessert werden.

27 Die Associação 2314 unterstützte unter anderem das Filmfestival Portuguese Cinema Days, das im Oktober 2019 ausgerichtet wurde.

28 Fijalkowski, Jürgen/Gilleister, Helmut: Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins (Völkervielfalt in Europa, Bd. 5), Berlin 1997, S. 227

29 Vor allem Menschen, die skeptisch gegenüber anderen Kulturen sind, können mithilfe von Kulturveranstaltungen für einen offeneren Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisiert werden.



7

Patrice G. Poutrus

**Von der Planwirtschaft
in die ethnische Ökonomie**

Vertragsarbeiter in der DDR
und Ostdeutschland

Die sogenannten Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Vietnam, Mosambik, Angola, Kuba, Algerien, Ungarn und Polen bildeten die größte Gruppe von in der DDR lebenden Ausländern – sieht man einmal ab von den sowjetischen Truppen, denn zum Zeitpunkt der Friedlichen Revolution 1989/90 in der DDR befanden sich noch etwa 580.000 Soldaten, Zivilangestellte und Familienangehörige in den ostdeutschen Standorten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD). Die Gruppe der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter lag damit auch weit vor den wenigen politischen Emigranten und der deutlich größeren Gruppe ausländischer Studierender.

Im Jahr 1989 registrierte der SED-Staat rund 95.000 ausländische Beschäftigte. In der neueren Forschung herrscht inzwischen Einigkeit darüber, dass der entscheidende Grund für die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern der zunehmende Arbeitskräftemangel in der zentralistischen Planwirtschaft war. Zugleich gingen die ausländischen Arbeitskräfte, die Repräsentanten der jeweiligen Entsendeländer und ihre administrativen Partner in der DDR sowie die ostdeutsche Bevölkerung davon aus, dass mit der Arbeitsmigration keine langfristige Einwanderung verbunden sein würde.

Regeln und Motive der Vertragsarbeit

Geregelt wurde die Beschäftigung der ausländischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der DDR auf der Grundlage bilateraler Regierungsabkommen. Diese zwischenstaatlichen Verträge legten den zeitlichen und personellen Umfang der Beschäftigung fest, außerdem die Lohnhöhe sowie Einkommenstransfers in das Herkunftsland, Anreise- und Urlaubsregelungen, Sozial- und Ausbildungsleistungen sowie den Anstellungsort und die Unterkunftsmodalitäten. Im Ergebnis fanden die Vertragsarbeiter vor allem in Branchen und Betrieben Anstellung, in welchen die ostdeutschen Werktätigen nur ungern einer Beschäftigung nachgehen wollten. Das traf insbesondere auf körperlich schwere bzw. gesundheitsschädigende Arbeiten zu und galt auch für Betriebsabläufe im Zwei- bzw. Drei-Schicht-System. Außerdem war die konzentrierte und kontrollierte Unterbringung der meisten ausländischen Arbeitsmigranten in Wohnunterkünften eine direkte Folge dieser Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Entsendeländer und der DDR-Regierung.

Insbesondere die Beschäftigung von Menschen aus Vietnam und Mosambik prägte durch deren Quantität und Kontinuität in der DDR der 1980er Jahre das Bild vom Arbeitsmigranten. Immerhin waren 1989 aus den beiden genannten Staaten rund 59.000 bzw. 15.100 Personen als Beschäftigte in der DDR-Industrie registriert. Die Gründe dafür lagen aber nicht allein im notorischen Arbeitskräftemangel der Planwirtschaft. Vietnam und Mosambik rangen am Ende der 1970er Jahre mit

den Folgen jahrzehntelanger Dekolonisationskonflikte, die durch die globale Blockkonfrontation im Kalten Krieg radikal ausgeweitet worden waren: Massive Kriegszerstörungen, hohe Auslandsverschuldung, wirtschaftliche Krisenerscheinungen sowie Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln und gleichzeitige Massenerwerbslosigkeit führten dazu, dass die kommunistischen bzw. prokommunistischen Regierungen der beiden Staaten großes Interesse an Vereinbarungen zum Arbeitskräftetransfer in die verbündeten Staaten in Europa hatten. Angeworben werden sollten insbesondere junge Arbeitskräfte im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, weil diese Altersgruppe als besonders leistungsfähig angesehen wurde. Die Beschäftigung der Vertragsarbeiter sollte dennoch auf einen Zeitraum von jeweils vier Jahren begrenzt bleiben, wobei aber die Möglichkeit einer Verlängerung auf sieben Jahre bestand, wenn die Betriebe sie für unabkömmlich hielten. Ab 1987 sollte es dann möglich sein, dass vietnamesische Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter auch für fünf Jahre in der DDR einer Arbeit nachgingen. Allerdings war ein Übergang in eine permanente Anstellung mit einem entfristeten Aufenthaltsrecht kein Gegenstand der bilateralen Übereinkünfte.

Betriebliche Auseinandersetzungen und Arbeitsniederlegungen

Trotz dieser weitgehenden Restriktionen durch den SED-Staat und die Entsendeländer suchten insbesondere vietnamesische

Arbeitsmigrantinnen und -migranten die vorgefundene Situation in ihrem eigenen Sinn zu nutzen. Aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen der DDR und ihrem Herkunftsland trugen sie marktwirtschaftliche Elemente in die Betriebe und Kaufhallen. Da ihr Aufenthalt als begrenzt angesehen werden musste, waren sie bestrebt, während dieser Zeit ihre Familien nach Möglichkeit zu unterstützen. So bemühten sie sich beispielsweise, durch Normübererfüllung auch ein hohes Einkommen zu erzielen, was ihnen partiell den Ruf von Normbrechern einbrachte. In Thüringen kam es aufgrund dieses Mechanismus zu Beginn der 1980er Jahre zu einem Überfall einheimischer Jugendlicher auf ein Wohnheim, in dem Vietnamesen lebten, die die Vertragsarbeiter – laut einem Bericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) – von weiterer Normübererfüllung abhalten wollten.

Allerdings wäre es in diesem Zusammenhang unzutreffend anzunehmen, dass die vietnamesischen Arbeitsmigranten keine Mittel besaßen, sich in solchen Konfliktlagen zu wehren oder dass sie in solchen Situationen einfach zurückwichen. In Vietnam hatten sie ein strenges Überprüfungsregime durchlaufen, das aber auch nicht frei war von Nepotismus und Korruption. Unabhängig davon sahen sie sich berechtigt bzw. verpflichtet, die vorgefundenen Verhältnisse nicht einfach zu akzeptieren, sofern sie ihren Erwartungen bzw. Interessen nicht entsprachen.

Aus den Unterlagen des Ministeriums für Staatsicherheit (MfS) lassen sich auffallend häufig betriebliche Auseinandersetzungen bis hin zu Streikaktionen nachweisen. Das ist insofern

bemerkenswert, weil Formen der organisierten Interessenvertretung außerhalb der offiziellen Strukturen des SED-Staats untersagt waren. Dennoch kam es zu Arbeitsniederlegungen, um zugesagte Ausbildungsvereinbarungen durchzusetzen, eine verbesserte Vergütung der Arbeit zu erreichen oder auch um die Arbeitsbedingungen zu verändern. In diesen Auseinandersetzungen bewegten sich die protestierenden Arbeitsmigranten, aber auch die Betriebsleitungen der jeweiligen Staatsunternehmen auf einem schmalen Grat. An einer öffentlichen Skandalisierung der Vorgänge konnten beide Seiten kein Interesse haben, weil dann für alle Beteiligten drakonische Maßnahmen der übergeordneten Leitungsebenen zu erwarten waren: Abschiebung der Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in das Entsendeland und Absetzung von Funktionsträgern waren die zu erwartenden Folgen. Gerade deshalb war für beide Seiten der Handlungsspielraum relativ gering bzw. nicht ohne Risiko, auch wenn sich zeigte, dass es insbesondere den vietnamesischen Arbeitsmigranten in einigen Fällen durchaus möglich war, ihre Lage innerhalb des bestehenden Ausbildungs-, Bezahlungs- und Arbeitsregimes graduell zu verbessern.

Interessen und Konflikte

In solchen Konstellationen wie auch bei der Bewältigung des Alltagslebens waren die eher spärlichen und engen Unterkünfte für die Vertragsarbeiter ein gesicherter Rückzugsraum und

auch eine Ressource für Informationsaustausch und praktische Unterstützung. Die vertraglich geregelte Reglementierung des Lohntransfers machten es insbesondere für die vietnamesischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten attraktiv, vom verbleibenden Lohn Konsumprodukte zu erwerben, die für die eigene Familie daheim unerschwinglich waren oder für die auf dem einheimischen grauen oder auch schwarzen Markt ein hoher Wiederverkaufswert erzielt werden konnte. In jedem Fall war das Motiv, die Lebensverhältnisse der zurückgebliebenen Familien stabilisieren zu helfen. Als Wertanlagen, die es in die Heimat zu schicken galt, waren insbesondere Fahrräder und Mopeds begehrt. Dafür brauchte es ein funktionierendes Netzwerk für den Austausch von Informationen über das schwankende Warenangebot in der DDR, eine arbeitsteilige Organisation für den Ankauf der begehrten Güter sowie deren gesicherten Transport in die Heimat, um so den Beschränkungen des Warenverkehrs ins Ausland begegnen zu können.

Damit agierten die vietnamesischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten aber auf einem gesellschaftlichen Konfliktfeld, das in der ostdeutschen Bevölkerung ein ständiger Anlass für Beschwerden und Unzufriedenheit war. Der vermeintlich unrechtmäßige Aufkauf von Waren durch die sogenannten Vertragsarbeiter bestimmte schnell die Sicht des SED-Staats und auch manches DDR-Bürgers auf diese Ausländergruppe. In den Akten des MfS wird von «kriminellen Gruppierungen» und «spekulativem» Handel mit Elektrogeräten berichtet. Die offizielle Kritik erwartete mehr Begeisterung der Vertragsarbeiter für Sprachkurse, politische Veranstaltungen und das angebotene

Sport- und Kulturprogramm. Aber die Vertragsarbeiter nutzten ihre Freizeit stattdessen lieber für Besuche untereinander bzw. für andere lukrative Nebenerwerbstätigkeiten in der Mangelwirtschaft. Gefragt waren unter DDR-Bürgern die von Vietnamesen genähten Jeans, die das Kleidungsangebot bereicherten, doch das MfS beklagte nur das Streben nach dem «Besitz eines bestimmten Mehrgeldbetrages». Obwohl diese Arbeiten in der sich ausweitenden Schattenwirtschaft auch stabilisierende Effekte hatten, zeigte sich mit der Zuspitzung der Versorgungskrise in der DDR Ende der 1980er Jahre, dass Schlagworte wie «Schmuggel» und «Warenabkauf» durch Ausländer in den gesteuerten DDR-Medien wiederholt Aufnahme fanden. Letztlich versuchte die SED-Propaganda auf diesem Wege, von der verfehlten Wirtschaftsentwicklung im realexistierenden Staatssozialismus abzulenken.

Mit dem rapiden Machtverlust der SED im Herbst und Winter 1989/90 ging nicht nur die Illusion der ökonomischen Stärke bzw. der Reformierbarkeit der Planwirtschaft verloren, sondern auch die Kontrolle über die staatlichen Betriebe. Damit landeten die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter trotz fortwährender Gültigkeit der bilateralen Entsendevereinbarungen in einem rechtlichen Niemandsland. In der sich abzeichnenden Systemkrise sahen sich viele nun massiv unter Druck gesetzt: Betriebliche Unterkünfte wurden aus Kostengründen geschlossen, und die Vertragsarbeiter zählten zu den Ersten, die von betrieblichen Kündigungen betroffen waren. Insbesondere außerhalb der ostdeutschen Großstädte breitete sich ein xenophobes Klima aus, dessen radikalster

Ausdruck gewaltsame Übergriffe auf Ausländer waren. Um diesen Verhältnissen zu entgehen, folgten zahlreiche Vertragsarbeiter dem Weg ihrer ostdeutschen Kollegen, gingen nach dem Fall der Mauer nach Westdeutschland und beantragten dort Asyl. Zugleich bemühte sich die inzwischen frei gewählte und zugleich letzte Regierung der DDR im Sommer 1990 darum, die gezielte Rückführung der nun ehemaligen Vertragsarbeiter in ihre Entsendeländer durch finanzielle Unterstützungszahlungen zu befördern. Auf dem Weg der Regierungsverordnung wurden zeitgleich weitere Übergangsregelungen erlassen, die vor allem auf Rückführung und nicht auf gesicherten Aufenthalt der Migranten zielten. Die gewandelte gesellschaftliche Situation in der DDR und die damit einhergehenden staatlichen Maßnahmen führten schließlich dazu, dass von den Ende 1989 registrierten etwa 59.000 vietnamesischen und 15.100 mosambikanischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern zum Zeitpunkt der deutschen Einheit lediglich noch 21.000 bzw. 2.800 in Ostdeutschland lebten.

Migranten in Ostdeutschland nach der deutschen Einheit

Mit der deutschen Einheit kam das bundesdeutsche Ausländerrecht auch in Ostdeutschland zur Anwendung. Als Folge der damit wirksam werden Bestimmungen wiesen die fünf «neuen», ostdeutschen Bundesländer (und Ost-Berlin) eine migra-

tionssociologische Gemeinsamkeit auf, die sie auch nach der deutschen Vereinigung als eine regionale Einheit beschreibbar macht: Bis in die Mitte des ersten Jahrzehntes des 21. Jahrhunderts hinein blieb Ostdeutschland ganz überwiegend eine Auswanderungsregion mit Bevölkerungsverlust. Eine Zu- bzw. Einwanderung erfolgte fast ausschließlich über die staatlich reglementierte Zuweisung von Migrantinnen und Migranten aus dem Ausland in die ostdeutschen Bundesländer. Gemäß des sogenannten Königsteiner Schlüssels – das heißt der prozentualen Verteilung von Zuwanderern nach der Bevölkerungszahl und dem Steueraufkommen der Bundesländer – wurden seit 1991 Spätaussiedlerfamilien aus Osteuropa, jüdische Kontingentflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (und insbesondere aus Russland) sowie Asylbewerber und Flüchtlinge in Ostdeutschland untergebracht. Die Angehörigen dieser drei Migrantengruppen wurden durch die sogenannte Residenzpflicht dazu gezwungen, an ihren zugewiesenen Unterkunftsorten zu verbleiben – es sei denn, sie waren entweder nicht mehr auf öffentliche Unterstützungsleistungen zum Lebensunterhalt angewiesen oder ihr Asylverfahren endete mit der Anerkennung als politisch Verfolgter gemäß Asylgesetzgebung.

In der Zeit der Transformation der planwirtschaftlichen Strukturen Ostdeutschlands in eine marktkonforme Wirtschaftsregion – eine durch hohe Arbeitslosenzahlen gekennzeichnete Phase – war für alle Migrantengruppen die Aufnahme einer gewerblichen Arbeit äußerst schwer zu erreichen. Deshalb gab es in Ostdeutschland bis 2005 so gut wie keine Zuwanderung

in den Arbeitsmarkt, mit Ausnahme von hoch qualifizierten Spezialisten oder Akademikern, die aber in der Gesamtbilanz kaum ins Gewicht fielen. Mit 2,8 Prozent hatte Sachsen im Jahr 2005 noch den höchsten Ausländeranteil, während die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt mit zwei Prozent den niedrigsten Wert aufwiesen. Der Bundesdurchschnitt lag dagegen bei rund neun Prozent ausländischer Wohnbevölkerung, war also mehr als viermal so hoch.

Zur ausländischen Wohnbevölkerung in Ostdeutschland gehören aber nicht zuletzt auch die etwa 15.000 bis 20.000 ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter und deren Familien, die in der Bundesrepublik verbleiben konnten. Ganz überwiegend haben sie sich im Raum Berlin-Brandenburg niedergelassen, aber auch an anderen früheren Standorten der Vertragsarbeit wie Magdeburg, Leipzig und Rostock blieben kleinere vietnamesische Gemeinschaften erhalten.

Auch wenn heutzutage die Integration dieser ethnischen Minderheit in Ostdeutschland als weitgehend unproblematisch bzw. geglückt gilt, war der Weg dahin keineswegs selbstverständlich. Insbesondere die deutsche Einheit brachte für die meisten vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter sowie für ihre Angehörigen eine über Jahre andauernde Zeit voller existenzieller Nöte und tiefer Verunsicherung. Auch das 1991 geänderte Ausländerrecht der Bundesrepublik verschaffte ihnen keinen gesicherten Aufenthaltsstatus. Sie erhielten lediglich einen befristeten Aufenthaltstitel, der sich an der ursprünglichen Laufzeit ihrer noch mit der DDR abgeschlossenen Verträge orientierte.

Informelle Netzwerke und ethnische Ökonomie

Die einzige Möglichkeit, die eigene Existenz in Ostdeutschland abzusichern, waren in dieser Lage Beschäftigungen am Rande der Legalität bzw. durch Selbstausbeutung im Kleinstgewerbe, da unter dem ungesicherten Aufenthaltsstatus die Inanspruchnahme von Sozialleistungen die alsbaldige Abschiebung bedeutet hätte. Bereits 1993 bemühten sich die Ausländerbeauftragten der ostdeutschen Bundesländer durch eine gemeinsame Initiative, den aufenthaltsrechtlichen Schwebezustand zu beenden. Das gelang de facto jedoch erst 1997. In dieser Zeit der existenziellen Unsicherheit erwiesen sich diejenigen informellen Netzwerke als eine bedeutsame Hilfe, welche bereits in der DDR den vietnamesischen Arbeitsmigranten geholfen hatten, sowohl die Erschwernisse des Alltages zu bewältigen als auch den Kontakt zur Familie daheim aufrechtzuerhalten. Daraus entstanden Initiativen, die dazu beitrugen, den ungesicherten Aufenthaltsstatus zu stabilisieren.

Zudem bildete sich eine Form der ethnisch geprägten Ökonomie heraus, die bis in die Gegenwart die eigentliche soziale und auch kulturelle Basis der vietnamesischen Gemeinschaften in Ostdeutschland bildet. Dass sich diese Strukturen über die Zeit der existenziellen Statusunsicherheit hinaus erhalten haben, erklärt sich nicht allein aus ihrer gleichfalls auch Identität sichernden Funktion. Bedeutsamer ist – und dies gilt keineswegs nur für die vietnamesische Gemeinschaft –, dass die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland alle Zuwan-

derergruppen noch deutlich stärker traf als die übrige Bevölkerung und dass somit die Notwendigkeit einer ökonomischen Existenzsicherung in der entstandenen Migrantenökonomie fortbestand. So nimmt es nicht wunder, dass Strukturen der Interessenvertretung in juristischen Fragen und in der kleinunternehmerischen Kooperation immer noch die vorherrschenden Formen der Selbstorganisation darstellen. Erst in jüngster Zeit zeichnet sich ab, dass auch in Ostdeutschland Initiativen entstehen, in denen sich vietnamesische Zuwanderer bzw. deren Kinder für kulturelle Autonomie und gesellschaftliche Mitsprache einsetzen.

Die bis in die Mitte des ersten Jahrzehntes des 21. Jahrhunderts schwierigen sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen in den ostdeutschen Bundesländern wirkten sich – jenseits der privilegierten Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten der UdSSR und der Spätaussiedler aus Mittel- und Osteuropa – besonders dramatisch auf die vergleichsweise wenigen ausländischen Migrantinnen und Migranten aus. Auch hier war der Kontrast zur Situation in der übrigen Bundesrepublik augenfällig. Dort lag die Ausländerarbeitslosigkeit 2004 bei 19 Prozent, während sie in Ostdeutschland zu dieser Zeit 39,6 Prozent, also mehr als das Doppelte, betrug. In der öffentlichen Wahrnehmung in der Region wurde dieses Faktum häufig und bereitwillig skandalisiert. Demgegenüber gab es dort sowohl auf kommunaler als auch auf Länderebene sehr wohl erfolgreiche Initiativen und Programme zur Integration von Ausländern. Allerdings stießen diese Bemühungen aus der ostdeutschen Zivilgesellschaft nicht nur

durch die mangelnde finanzielle Ausstattung der öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland wiederholt an ihre Grenzen. Während der SED-Herrschaft wurden in der ostdeutschen Gesellschaft weder die politischen Beweggründe noch der ökonomische Nutzen der Arbeitsmigration in die DDR offen debattiert. So wurden auch die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter wie unwillkommene Abgesandte und Nutznießer des politischen Zwangssystems betrachtet, ganz ähnlich wie die sowjetischen Soldaten, ausländischen Studierenden oder die politischen Emigranten. Die Folge war, dass alle Zuwanderer tendenziell als Kostgänger bzw. oktroyierte Belastung der Aufnahmegesellschaft in Ostdeutschland wahrgenommen wurden. Insbesondere im öffentlichen Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden haben etliche ostdeutsche Kommunal- und Landespolitiker bewusst oder unbewusst an diese überkommene Traditionslinie aus vordemokratischer Zeit angeknüpft. Damit wurde in der ostdeutschen Gesellschaft eine Position immer wieder gestützt, die eine ethnisch homogene Gesellschaft als Idealbild guter Ordnung präferiert. So kann es nicht überraschen, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus auch zu Zeiten sinkender Flüchtlingszahlen zu den alltäglichen Erfahrungen von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den ostdeutschen Bundesländern in den ersten 15 Jahren nach der deutschen Einheit gehörten.



8

Angelika Nguyen

Nord oder Süd, Ost oder West

Die beiden vietnamesischen Communities
im Nachkriegsdeutschland

Eine Betrachtung der Anfänge der Selbstorganisation vietnamesischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland muss

historisch weiter ausholen. Denn es gab in der DDR und in der BRD grundsätzlich verschiedene Einwanderungsbedingungen für Vietnamesinnen und Vietnamesen. Diese Unterschiede verschärfen sich nach dem Mauerfall 1989 noch einmal und wirken bis heute nach.

Am Anfang der vietnamesischen Migration nach Deutschland stand die staatliche Teilung beider Länder, die eine Folge des Zweiten Weltkriegs und des nachfolgenden Kalten Kriegs zwischen den Machtblöcken unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen war. Die Gründung der Bundesrepublik und der DDR 1949 entsprach dabei politisch der vietnamesischen Teilung entlang des 17. Breitengrads nach 1955, als die Demokratische Republik Vietnam (DRV) im Norden und die Republik Vietnam (RV, später Republik Südvietnam) im Süden gegründet wurden. Von vietnamesischer Immigration ins geteilte Deutschland kann in nennenswertem Ausmaß erst ab Ende 1978 die Rede sein. Ausgangspunkt war die Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam unter Ho Chi Minh nach dem militärischen Sieg der nordvietnamesischen Viet Minh über Südvietnam am Ende des «Amerikanischen Krieges» (1975), wie der im Westen «Vietnam-

krieg» genannte Konflikt genannt wird. Im Anschluss flüchteten insgesamt etwa 1,6 Millionen Menschen unter lebensgefährlichen Umständen über das südliche Meer Richtung Thailand und Malaysia. Von diesen später so genannten Boatpeople gelangten die ersten Tausend Ende 1978 als Kontingentflüchtlinge in die Bundesrepublik. Bis in die frühen 1980er Jahre hinein nahm die Bundesrepublik rund 38.000 Boatpeople auf.

Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs kamen im Zeitraum von 1981 bis 1989 insgesamt rund 60.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen auf der Basis von Staatsverträgen über den temporären Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in die DDR. Die Arbeitsverträge waren jeweils auf vier oder fünf Jahre befristet. Damit entstand das Phänomen, dass die vietnamesische Migration nach Deutschland eine Art geopolitische Spiegelung enthielt: Südvietnamesinnen und Südvietnamesen landeten im Westen, Nordvietnamesinnen und Nordvietnamesen im Osten. Das ist eine Aussage, die sich auf die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten bezieht, denn es gab auch Ausnahmen: Beispielsweise zählten zu den Geflüchteten in der Bundesrepublik auch solche aus Nordvietnam, die dort zur chinesischen Minderheit gehörten und aufgrund des Konflikts mit China in Vietnam nach Kriegsende 1975 benachteiligt und verfolgt wurden. Umgekehrt gab es unter den sogenannten Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern auch manche, die aus Südvietnam stammten.¹

¹ Vgl. das Interview mit dem ehemaligen Vertragsarbeiter Nguyen Do Think in der Webdokumentation «Eigensinn im Bruderland», <https://bruderland.de/episodes/werktaetige>.

Vor allem durch die zweite Generation vietnamesischer Einwanderinnen und Einwanderer in Deutschland zeichnete sich ab den 2010er Jahren ein tief greifender Wandel des Verhältnisses zwischen den Communities in Ost und West ab. Er beruht auf Austausch und der Bereitschaft, sich gegenseitig zu verstehen, auf ähnlichen familiären Konflikten, dem Bedürfnis von «Gegenerzählungen» der vietnamesischen Diaspora in Deutschland zu herrschenden Klischees und nicht zuletzt auf der gemeinsamen Betroffenheit von Rassismus und Rechtsextremismus.

Boatpeople in der Bundesrepublik

Die Gründe für die Flucht vietnamesischer Bootsflüchtlinge wurden damals in Medien und Politik des Westens gern vereinfacht: Sie flüchteten vor dem Kommunismus. In Wirklichkeit waren die Migrationsmotive gerade der in die Bundesrepublik kommenden Vietnamesinnen und Vietnamesen vielschichtiger: Ausgrenzung der chinesischen Minderheit, Kriegsfolgen in Natur und Wirtschaft, Armut, religiöse Zugehörigkeit, Enteignung von Unternehmerinnen und Unternehmern, auch ganz kleiner, und Degradierung der sozialen Oberschicht Südvietnams. Auch Bauern und gänzlich Unpolitische befanden sich unter den Geflüchteten.

Die Boatpeople trafen auf eine ungewöhnliche Bereitschaft westdeutscher Behörden zur sofortigen, unbürokratischen Aufnahme in die Bundesrepublik ebenso wie auf ein kompaktes

Netzwerk zu ihrer Unterstützung. Diese Bereitschaft war weniger in der damals gern zitierten christlichen Nächstenliebe begründet als in der Weltlage. Denn da die Bootsflüchtlinge als Feinde des Kommunismus in Vietnam galten, waren sie in der Block-Logik des Kalten Kriegs Freunde des Kapitalismus. Das rief die kapitalistischen Länder, angeführt von der Weltmacht und dem ehemaligen Kriegsteilnehmer USA, auf den Plan, die die Idee der koordinierten Verteilung der Geflüchteten mit erstaunlicher Pragmatik umsetzen. Berichte über die Zustände und schrecklichen Ereignisse auf den Fluchtbooten hatten zu einer starken internationalen Anteilnahme geführt, bezeichnenderweise eher in der westlichen Welt. Zugleich erkannte man im Westen rasch das machtpolitische Potenzial dieser Rettungs- und Asyl-Agenda: Die Nachrichtenbilder geborgener, traumatisierter und geschwächter Menschen verwiesen indirekt immer auch auf die Brutalität des Kommunismus und die Menschlichkeit des Kapitalismus.

In der Tat besaßen die weitgehend unbürokratische Aufnahme der vietnamesischen Bootsflüchtlinge, inklusive des Familiennachzugs, und die dokumentierte Dramatik der Rettungsaktionen des Schiffes «Cap Anamur» von Rupert Neudeck ab 1979 eine wichtige politische und propagandistische Bedeutung. Sie trafen auf breite Akzeptanz in der bundesdeutschen Bevölkerung, konnte hier doch die Werbung für den «freien Westen» mit humanitärer, «über den Systemen» stehender, vermeintlich selbstloser Hilfe mühelos verbunden werden. Prompt fand sich dann auch eine gesellschaftliche Logistik, beispielhaft angeführt vom CDU-Ministerpräsidenten Ernst

Albrecht, der bewirkte, dass das von ihm geführte Bundesland Niedersachsen zu Weihnachten 1978 die ersten Tausend Boatpeople aufnahm. Die hoch angebundene Hilfsbereitschaft ermöglichte auch eine rasche Integration der Angekommenen, angefangen mit gruppenbezogener unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung über die Vermittlung von Wohnungen und Arbeitsplätzen bis hin zur Installation eines Systems persönlicher Patenschaften deutscher Familien für vietnamesische Familien, organisiertem Deutschunterricht und kirchlichen Kleiderspenden.

Die Selbstorganisation der Bootsflüchtlinge

Man kann von zwei Grundmotiven der frühen Selbstorganisation der Boatpeople sprechen: Religion und Fluchterzählung. Die Organisierung von – wenn auch oft kleinen – Gemeinden zur Ausübung von Religion (sowohl der buddhistischen als auch der christlichen) war für die Boatpeople sehr wichtig. Das hat mit den Fluchtgründen zu tun: Zum einen flohen Angehörige bestimmter religiöser Gruppen, beispielsweise Christen, die in Südvietnam relativ stark vertreten waren und nach 1975 staatliche Verfolgung und «Rache» zu fürchten hatten. Manche sind auch erst auf der Flucht – in den Booten oder auf der «Cap Anamur» – zum Christentum konvertiert. Andere sind – vielleicht durch die CDU-Patenschaften – in Deutschland zum Christentum übergetreten.

So entstanden in den frühen 1980er Jahren innerhalb einiger westdeutscher christlicher Gemeinden explizit vietnamesische Vereinigungen, darunter eine relativ große in Hannover. Es handelte sich allerdings um informelle Zusammenschlüsse; offizielle vietnamesisch-christliche Gemeinden bildeten sich erst später, so etwa die im Jahr 2000 gegründete Vietnamesische Evangelische Christus-Gemeinde in Hannover.

Es kamen jedoch auch viele Buddhisten als Bootsflüchtlinge in die Bundesrepublik. Auf Initiative des vietnamesischen Pädagogen und Buddhisten Thic Nhu Dien hin, der selbst kein Bootsflüchtling, sondern als Tourist nach Deutschland gekommen war, wurde beispielsweise 1979 in Hannover die Vien Giac Pagode errichtet, die ein bedeutendes religiöses Zentrum für Vietnamesinnen und Vietnamesen wurde. Zu ihren Aktivitäten zählten das große Fest Vesakh (Geburtstag Buddhas) im Mai, das Neujahrsfest Tet Anfang Februar und das Ullambana-Fest (Verstorbenen-Andachtsfeier) im August.

Viele Vietnamesinnen und Vietnamesen im Westen waren angetrieben von dem Bedürfnis, weiterhin ihre Religion auszuüben, aber auch von dem Wunsch, den Deutschen zu zeigen, wer sie sind und woher sie kommen. Das war das zweite starke Motiv ihrer Selbstorganisation: über das Flüchtlingsschicksal zu berichten und sich in Flüchtlingsverbänden zusammenzuschließen. Das Selbstverständnis vieler Boatpeople als Geflüchtete vor dem vietnamesischen Regime war verbunden mit der Haltung tiefer Dankbarkeit gegenüber dem westdeutschen Staat, die in der bekannten politischen Losung «Danke, Deutschland!» zum Ausdruck kam.

Informelle Fluchtvereinigungen der Bootsflüchtlinge gab es von Anfang an, also seit 1979, besonders stark wiederum in Hannover, aber auch in Hamburg (als Heimathafen der «Cap Anamur») und Bremen. Die Beschwörung der Erzählung über das Trauma der Flucht und das Gefühl, für das deutsche Geschenk der «Willkommenskultur» etwas zurückgeben zu müssen und zu wollen, sind tief im Bewusstsein vieler Familien ehemaliger Boatpeople, besonders in der ersten Generation, verankert. Ein Beispiel für diese Form der Selbstorganisation ist der am 8. Juni 1989 in Frankfurt am Main gegründete Bundesverband der vietnamesischen Flüchtlinge e.V. Er verstand sich als Vertreter der Flüchtlingsvereine in den alten Bundesländern und betonte seine soziokulturelle Ausrichtung. Zugleich war der Verband auch sehr politisch, in seiner betont positiven Haltung gegenüber dem westdeutschen Staat (siehe Dankbarkeits-Paradigma, «Werte der Freiheit»²) ebenso wie in seiner Ablehnung des vietnamesischen sozialistischen Staats. Diese Haltung kommt auch in der alljährlichen Begehung des 30. April 1975 zum Ausdruck: Was den nordvietnamesischen Viet Minh als Tag des Sieges über Südvietnam und nicht zuletzt die Vereinigten Staaten gilt, betrachtet der Bundesverband der vietnamesischen Flüchtlinge als «Nationaltrauertag».³ In der Praxis neigten die religiösen und politischen Motive der Selbstorganisationen dazu, sich zu vermischen. So waren die

² <https://de.lienhoinvtn.de/ueber-uns>.

³ Ebd.

Fluchtvereinigungen auch religiös beeinflusst und religiöse Zusammenschlüsse umgekehrt stark vom südvietnamesischen Nationalismus geprägt. Das politische Selbstverständnis der Südvietnamesinnen und Südvietnamesen als ehemalige Kriegsverbündete des Westens ist eine konservierte Reflexion früherer Kriegs- und Machtverhältnisse und soll vielleicht auch die im Vergleich mit Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern viel selbstverständlichere Verbundenheit mit der Bundesrepublik betonen. So wird auf Tet-Festen im Westen bis zum heutigen Tag schon mal gern die alte südvietnamesische Flagge entrollt. Die Angst vor jedweder Kooperation mit der vietnamesischen Botschaft – als der Verkörperung des Feindes Kommunismus – und die betonte Distanz zu ehemaligen «sozialistischen» Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern bestimmt nach wie vor die politische Haltung einer Reihe von Boatpeople der ersten Generation. Damit verbunden sind eine eher konservative politische Ausrichtung, die an die Loyalität zum einstigen Retter CDU anknüpft, aber auch ein langes Schweigen über selbst erlittenen Alltagsrassismus, sexuelle Übergriffe deutscher Paten, rechtsextreme Angriffe auf Wohnungen und Menschen – darunter auch die Nazi-Morde an den beiden jungen Bootsflüchtlingen Ngoc Nguyễn und Anh Lân Dô im April 1980 in Hamburg-Billbrook.

Eine interessante Abweichung von diesem Prinzip stellt das von Dang Chau Lam 1986 gegründete Vietnamzentrum Hannover e.V. dar. Herr Lam, der 1969 als Student in die Bundesrepublik kam und 1976 politisches Asyl beantragte, fühlte sich von Beginn an weder dem einen noch dem anderen vietname-

sischen Lager zugehörig. Die Arbeit seines Vereins ist eher sozialdemokratisch ausgerichtet und ungewöhnlich kämpferisch. Dort gibt es auch Aktivitäten gegen rechts, die frühe Boatpeople-Organisationen sonst meist vermieden haben.

In seiner Verschränkung von soziokulturellen Freizeit- und Bildungsangeboten für Vietnamesinnen und Vietnamesen der ersten Generation und deren Kinder mit dem politischen Kampf um gesellschaftlichen Austausch und gegen fremdenfeindliche Vorurteile ähnelt das Vietnamzentrum dem Ostberliner Frauenprojekt ehemaliger Vertragsarbeiterinnen «Vinaphunu», von dem noch die Rede sein wird.

Vietnamesische Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR

Zwischen 1981 und 1989 reisten insgesamt rund 60.000 vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in die DDR ein. Sie kamen auf der Basis eines Staatsvertrags der DDR mit dem seit 1975 vereinigten, sozialistischen Vietnam. Gründe des Staatsvertrags waren auf vietnamesischer Seite die Armut und katastrophale Wirtschaftslage im vom Krieg zerstörten, traumatisierten und mit einem US-Handelsembargo belasteten Land, aufseiten der DDR ein großer Arbeitskräftemangel. An solch einem Vertrag beteiligt zu sein und zu den Entsendeten zu gehören galt in Vietnam als Privileg bzw. als «großes Los» und war dementsprechend oftmals nur durch Beziehungen und Bestechung möglich.

Die Verträge sahen klar begrenzte Aufenthalte der Arbeiterinnen und Arbeiter für die jeweilige Dauer von vier oder fünf Jahren vor. Sie enthielten eine Reihe von Beschränkungen im Leben der Migrantinnen und Migranten, darunter eine Abgabe an den vietnamesischen Staat in Höhe von 15 Prozent des Lohns zum «Aufbau des Sozialismus», im Falle von Schwangerschaft einen Abtreibungszwang oder den Abbruch des Aufenthalts und die Rückkehr nach Vietnam, das Verbot von Sparguthaben und die Begrenzung der Paketsendungen nach Hause. Die Gründe für diese Klauseln lagen vor allem in den beiderseitigen Staatsinteressen und standen den individuellen Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter teilweise entgegen.

Selbstorganisation war in den sozialistischen Ländern – im Herkunftsland Vietnam wie in der DDR – grundsätzlich verboten; es gab ausschließlich staatlich-formelle Organisationen. Das galt auch für die Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Vietnam. In den Wohnheimen gab es lediglich Parteiversammlungen für die Mitglieder der Kommunistischen Partei Vietnams. Dabei handelte es sich um Gruppenleiter, da die Arbeiterinnen und Arbeiter sehr jung (18 bis 20 Jahren alt) und noch nicht in der Partei organisiert waren. Dennoch kam es seit 1987 zur Bildung informeller Interessenvertretungen zur Durchsetzung einzelner Forderungen, etwa höhere Löhne, die Freistellung an vietnamesischen Feiertagen, die Lockerung von Kontrollen und Regeln (beispielsweise Ausgangszeiten, Besuchserlaubnisse in den Wohnheimen) sowie die Erhöhung der Anzahl der Pakete, die nach Hause geschickt werden durften

(von anfangs sechs wurde eine Erhöhung auf zwölf pro Jahr erreicht).

Auch gab es Formen der Vernetzung, die «internen» ökonomischen Zwecken dienten. Dazu zählen die getarnte Verschickung von Fahrrädern (die nur limitiert erlaubt war) in Gitarrenkästen und die Errichtung inoffizieller Nähwerkstätten in den Wohnheimen zur Feierabendarbeit. Das Bedürfnis, zusätzliche Geldquellen außerhalb der offiziellen Lohnarbeit zu erschließen, war groß, da die wirtschaftliche Situation dieser Vietnamesinnen und Vietnamesen in der DDR schwierig war, nicht zuletzt aufgrund der hohen Erwartungen des Staats und der eigenen Familien daheim. Unter diesen Bedingungen konnte der im Vergleich zum DDR-Durchschnitt geringe Lohn nicht ausreichen. Die direkte finanzielle Unterstützung der Familien – die wichtigste Motivation der Vietnamesinnen und Vietnamesen für diese Migration – war nicht möglich, denn zur Zwangslage der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter gehörte, dass sie das Geld restlos in der DDR auszugeben hatten, es also weder ansparen noch in vietnamesische Dong umtauschen durften. Deshalb mussten statt Geld Waren nach Hause geschickt werden. Das war der Hintergrund dafür, dass eine höhere Anzahl an erlaubten Paketsendungen nach Vietnam verlangt und erstritten wurde.

Außerdem musste die vertraglich zugesicherte «Holzkiste» von einem Kubikmeter nach Beendigung der Vertragsarbeit mit Konsumgütern aus der DDR gut gefüllt werden. Das bedeutete für die Arbeiterinnen und Arbeiter Chance und Belastung zugleich.

Neben der informellen Selbstorganisation trifft auf Arbeitsmigrantinnen und -migranten in der DDR auch der mittlerweile zum soziologischen Terminus avancierte Begriff «Eigensinn» zu. Er steht für Forderungen, die mittels unerlaubter, den Vorschriften zuwiderlaufender individueller Verhaltensweisen durchgesetzt werden konnten. Diese Art von Aktivismus hatte erstmalig eine Gruppe vietnamesischer Auszubildender, die bereits vor den Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern in den 1970er Jahren in die DDR gekommen waren, angewendet, indem sie in einen Hungerstreik traten, um auf diese Weise zumindest eine Reismahlzeit im Betrieb zu erstreiten.⁴

Neuanfänge nach der Maueröffnung

Nach der Maueröffnung änderte sich die Lage für Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus sozialistischen Ländern, die sich noch in der DDR befanden, schlagartig und grundlegend. Deshalb kann man auch von einem Neuanfang vietnamesischer Migration in Ostdeutschland reden. Die Veränderungen der Lebenssituation der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter begannen bereits Ende 1989 und setzten sich 1990/91 fort: Die Mehrzahl der Betriebe, die in die Staatsverträge eingebunden waren, mussten schließen, die meisten Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter wurden entweder in ihre Herkunftsländer

⁴ Vgl. <https://bruderland.de/episodes/werktaetige>.

zurückbeordert oder mit dem Angebot von «Prämien» (rund 1.600 US-Dollar pro Kopf) zur Ausreise gelockt. Das bundesdeutsche Rechtsmittel der Abschiebung war hier wegen der auf eine bestimmte Aufenthaltszeit gerichteten Staatsverträge nicht anwendbar.

Die neue Situation der in Ostdeutschland gebliebenen Vietnamesinnen und Vietnamesen hatte drei Hauptkomponenten: erstens unklare Rechtslage und unklarer Aufenthaltsstatus, zweitens die Massenarbeitslosigkeit und drittens die Bedrohung durch rassistische Ausgrenzung und Gewalt. Dass trotzdem die meisten von ihnen, auch jene, die illegal aus anderen Ostblockländern einreisten, in Deutschland bleiben wollten, wirft ein Schlaglicht auf die Probleme, die sie in Vietnam erwarteten.

Der unsichere Aufenthaltsstatus der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter war geknüpft an die jeweils verbliebene Frist aus den Staatsverträgen. Bedingung für einen weiteren geduldeten Aufenthalt war die Nicht-Inanspruchnahme staatlicher Grundsicherung. Das hatte zur Folge, dass sich die meisten mit kleinen Lebensmittelläden, Imbissbuden oder mobilen Marktständen selbstständig machten; später kamen Änderungsschneidereien und Blumenläden hinzu. Dieser Schritt bedeutete zugleich ein hohes Maß an familiärer Selbstausbeutung; eine ehemalige Vertragsarbeiterin sprach in diesem Zusammenhang gar von «moderner Sklaverei».⁵ Dar-

⁵ So Mai-Phuong Kollath in dem Dokumentarfilm «Der Zweite Anschlag», 2018, Regie: Mala Reinhardt.

über hinaus bot die Geburt von Kindern vietnamesischen Frauen die Chance, über die soziale Einbindung durch Kindergartenplatz und Schulpflicht und auch durch die Berechtigung des Empfangs von Kindergeld im neuen Deutschland anzukommen. Aus dieser veränderten Lage ergaben sich neue Bedürfnisse und Aufgaben der Selbstorganisation für die Community. Drei prominente Beispiele für die Selbstorganisationen der Dagebliebenen in ihren (Neu-)Anfängen sollen im Folgenden beschrieben werden: die Vereinigung der Vietnamesen in Berlin & Brandenburg e.V., das Ostberliner Frauenprojekt Vinaphunu und der Rostocker Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V.

Drei Beispiele für Vereine der vietnamesischen Selbstorganisation nach 1990

Die Vereinigung der Vietnamesen in Berlin & Brandenburg e.V. gründete sich im Januar 1991. Zunächst setzte sich der Verein für das Bleiberecht und den dauerhaften Aufenthalt der ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in Deutschland ein. Diese Forderung konnte schließlich Jahre später durchgesetzt werden: Im Jahr 1997 wurde ein Bleiberecht für alle Dagebliebenen erwirkt.

Darüber hinaus stellte sich der Verein seit 1993 die Aufgabe, «aktiv am Integrationsprozess der Vietnamesen in die deutsche Gesellschaft mitzuwirken. [...] Wir fördern Aktivitäten zur Ver-

stärkung der deutsch-vietnamesischen Kulturbeziehungen in Deutschland im Sinne der Völkerverständigung, zum Abbau der Vorurteile und zum Aufbau eines friedlichen Miteinanderlebens.»⁶ Nach Aussagen von Vereinsmitgliedern auf der Gedenkveranstaltung für Nguyen Van Thu am 24. April 2017 hat der rassistische Mord an dem ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter in Berlin-Marzahn im April 1992 den Verein nachhaltig politisiert. Ausdrücklich betont der Verein sein Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Gleichzeitig versteht er sich «als Begegnungsstätte für alle Vietnamesen in Berlin und Brandenburg».⁷

Die Gründung des vietnamesischen Vereins Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V. im Oktober 1992 war eine direkte Folge des mehrtägigen Rostocker Pogroms gegen das Wohnheim für Vietnamesinnen und Vietnamesen, genannt «Sonnenblumenhaus», im August 1992. Ein Motiv für den Zusammenschluss war der gemeinsame Schutz. Ohne den Brandanschlag auf das Wohnheim wäre der Verein wohl gar nicht gegründet worden, vermutet Mai-Phuong Kollath, ehemalige Rostocker Vertragsarbeiterin und langjähriges Vorstandsmitglied von Diên Hồng.⁸ Deutsche Unterstützer hatten die Gründung empfohlen, langfristiges Ziel war die Teilhabe der Vietnamesinnen und Vietnamesen an kommunalen Strukturen

⁶ Vereinigung der Vietnamesen in Berlin & Brandenburg e.V., zit. nach: <http://vietnam-bb.de/de/uber-uns>.

⁷ Ebd.

⁸ Interview mit Mai-Phuong Kollath, geführt von Angelika Nguyen am 5.1.2020.

durch intensiveren Kontakt zu anderen Einwohnerinnen und Einwohnern Rostocks. Es ging den Gründerinnen und Gründern zugleich aber auch darum, «einen Rahmen zu schaffen, in dem die vietnamesische Kultur gepflegt wird».⁹

Vinaphunu – übersetzt: «Vietnamesische Frau» – entstand 1991 als Anlaufstelle für vietnamesische Frauen in Ostberlin und wird bis heute von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen gefördert. Träger ist nach wie vor der zuvor gegründete Verein Asiaticus e.V., der wiederum gemeinsam mit deutschen Unterstützerinnen und Unterstützern entstanden war. Gegründet wurde das Frauenprojekt von der Vietnamesin Loos Nguyen Thi Hoai Thu, die 1987 in die DDR kam und als Dolmetscherin und Betreuerin vietnamesischer Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in einem Ostberliner Textilbetrieb tätig gewesen war. Ausgangssituation war die neue Unsicherheit insbesondere für vietnamesische Frauen nach dem Mauerfall. «In der DDR wurde alles für sie geregelt: Aufenthaltsstatus, Arbeitsstätte. Selbst die Sprache mussten sie nicht verstehen, denn es gab Dolmetscher, und in den Wohnblocks waren die Arbeiterinnen unter sich. Ab 1990 mussten sie sich plötzlich um alles allein kümmern. Die Betriebe wurden aufgelöst, neue Wohnungen mussten gefunden werden. Kaum eine der Frauen verstand Deutsch und die Sprache der Behörden schon gar nicht. Alles war unklar, keine kannte sich mit den neuen Gesetzen und Regeln aus. Mit der Wende kam die Zeit der großen Unsicherheit

⁹ www.weiterbildung-mv.de/supplier/detail/dien-hong-gemeinsam-unter-einem-dach-e-v-rostock/id:2422.

und Unruhe für die Vietnamesinnen aus der ehemaligen DDR. Vinaphunu wurde da wie ein kleiner Hafen.»¹⁰

Das Projekt machte für die vietnamesischen Frauen, von denen die meisten ehemalige Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter waren und in Ostberlin lebten, passende Bildungs- und Beratungsangebote: Rechtsberatung, vietnamesischer Sprachunterricht für die Kinder, Koch- und Handarbeitskurse, eine umfangreiche Bibliothek und Videothek in vietnamesischer Sprache. Die Idee dahinter war, betont Loos Nguyen, dass die Vietnamesinnen, die sehr jung ihre Heimat verlassen hatten, ihre eigenen kulturellen Wurzeln besser kennenlernen sollten, um eine Annäherung an die deutsche Umgebung zu erleichtern.¹¹ Wichtig waren vor allem die Kochkurse – nicht primär, um kochen zu lernen, sondern weil gemeinsames Kochen und Essen im Mittelpunkt der vietnamesischen Kultur stehen. Von Beginn an ging es um den sozialen Zusammenhalt und die emotionale Unterstützung der Frauen untereinander. Die mehrmalige Teilnahme der Tanzgruppe «Xinh Company» aus der zweiten Generation an den Berliner Aktionstagen gegen Rassismus und Neonazismus in den frühen 2000er Jahren und Filmveranstaltungen mit kritischen Dokumentationen zum Mauerfall aus migrantischer Sicht waren hingegen Teil politischer Sichtbarkeit nach außen.

¹⁰ Zit. nach der Filmdokumentation «20 Jahre Vinaphunu», 2011.

¹¹ Ebd.

Fazit

Die grundlegend unterschiedlichen Einwanderungsbedingungen der Boatpeople im Westen (BRD) und der Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter im Osten (DDR) und später im vereinigten Deutschland zogen unterschiedliche Bedürfnisse und Motive für die Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten nach sich.

Die Bootsflüchtlinge fanden nach meist lebensgefährlicher «Anreise» vergleichsweise komfortable Einwanderungsbedingungen vor wie unbefristete Aufenthaltserlaubnis, institutionelle Hilfe bei Arbeits- und Wohnungssuche und Deutschunterricht. Daher war ihre Selbstorganisation weniger auf Existenzaufbau und Ökonomie gerichtet als auf geistig-kulturelle Bedürfnisse, wie die Ausübung der Religion, politische Positionierung und Selbstdefinition. Der Zusammenhalt unter Landsleuten war weniger ausgeprägt als der Wille, sich möglichst unauffällig und individuell in die bundesdeutsche Gesellschaft zu integrieren. Die Kehrseite dessen war die nahezu bedingungslose Loyalität zu Institutionen und Machthabern, insbesondere zur CDU, was bis heute im staatstreuen Dankbarkeitsparadigma von Boatpeople-Organisationen zum Ausdruck kommt. Das Paradigma des «Danke, Deutschland!» beinhaltete eine weitgehende Kritiklosigkeit gegenüber dem bundesdeutschen Staat und auch die Tabuisierung der Probleme vietnamesischer Einwanderinnen und Einwanderer in der westdeutschen Gesellschaft – wie Missbrauch von Abhängigkeitsverhältnissen, rassistische Ausgrenzung und Gewalt.

Die vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR dagegen waren zwar auf sicherem Weg legal und bequem eingereist, trafen aber umgekehrt auf starke Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit. Viele grundlegende rechtliche, soziale und emotionale Bedürfnisse blieben unberücksichtigt; hinzu kam die strikte Vorgabe, sich auf keinen Fall im Gastland niederzulassen. Ihre jeweils nur temporäre, informelle, weil offiziell verbotene Selbstorganisation in der DDR bestand in der zielgerichteten Interessenvertretung zur Durchsetzung bestimmter konkreter Forderungen und diente darüber hinaus auch der internen Vernetzung der Transport- und Informationswege für ökonomische Zwecke.

Die Maueröffnung erlaubte den ehemaligen Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern die offizielle Selbstorganisation in der deutschen Vereinsform. Zunächst ging es dabei um ökonomische und soziale Vernetzung unter den neuen, höchst prekären Bedingungen, also um Kontakte, Beratung und Hilfe. Da es keinerlei Sicherheiten vonseiten des Staats und der Gesellschaft gab, diente diese Selbstorganisation dem Existenzaufbau, der gegenseitigen Beschaffung von Arbeitsplätzen etc., vor allem in community-internen Strukturen. Nicht zufällig betonten die drei zuletzt beschriebenen Projekte in ihren Selbstdarstellungen, Stätten für die Begegnung von Vietnamesinnen und Vietnamesen untereinander zu sein.

Nach rassistischen Gewalttaten gegen Vietnamesinnen und Vietnamesen trat eine gewisse Öffnung vietnamesischer Vereine in Ostdeutschland ein. Die Organisationen verfolgten jetzt auch politische und inklusive soziokulturelle Ziele, wollten eine

Art «Brückenbau» in die deutsche Gesellschaft und ihre Kommunen bewirken und erhoben die politische Forderung nach einem Bleiberecht, das sie tatsächlich 1997 erstritten. Auch wollte man sich nunmehr mit anderen Parteien, Vereinen und Initiativen gegen Rassismus und rechte Gewalt vernetzen.

Blick zurück nach vorn

Alle genannten Selbstorganisationen in West- und Ostdeutschland sind bis heute aktiv. Sie haben sich immer wieder neu den veränderten Bedingungen in der eigenen Community wie der Gesellschaft angepasst. Ab den 2010er Jahren trafen sich politisch aktive Vertreterinnen und Vertreter vorwiegend der zweiten Boatpeople- und Vertragsarbeiter-Generation und schlossen sich für Kulturprojekte, politische Aktionen, Auftritte und Organisationen zusammen. So gab es auf dem Festival gegen Rassismus in Berlin-Kreuzberg 2012 erstmals eine vietnamesische Veranstaltung zum Thema «20 Jahre Rostock-Pogrom». 2008 erfolgte die Gründung von *korientation e.V.*, eines Netzwerks für asiatisch-deutsche Perspektiven, das kulturell, aber auch politisch tätig ist mit der Absicht der Vernetzung und gesellschaftlichen Einmischung. Ursprünglich hervorgegangen aus der koreanischen Community im Westen, hat sich *korientation e.V.* ständig erweitert und unter anderem die zweite Generation asiatischer Einwanderinnen und Einwanderer in Ost und West, unter ihnen Kinder von Bootsflüchtlingen und von Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern, angesprochen und

einbezogen. Zu ihren Projekten zählen das Asian Filmfestival Berlin (AFFB) und der Zusammenschluss asiatisch-deutscher Filmschaffender in der Organisation Berlin Asian Film Network (BAFNET). Auch das ständig erweiterte Dossier «Asian Germany» im migrationspolitischen Portal «Heimatkunde» der Heinrich-Böll-Stiftung ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit von Netzwerken deutsch-asiatischer Communities.¹²

Diese Annäherungen und Zusammenschlüsse aus einer diversen Einwanderungsgeschichte heraus sind Quelle für Empowerment und Sichtbarwerdung in der Gesellschaft, für die Formulierung eines Narrativs aus viet-deutscher Perspektive,¹³ Ausgangspunkt für Bündnisse mit anderen Communitys, nicht zuletzt Ermutigung zu Gesellschaftskritik und zum Kampf gegen rassistische Ausgrenzung und Gewalt.

¹² <https://heimatkunde.boell.de/de/dossier-asian-germany>. Das Dossier wurde erstellt von Kien Nghi Ha, Politologe, Herausgeber, Aktivist

¹³ Den Begriff «viet-deutsch» benutzte die Journalistin Vanessa Vu im Gespräch mit der Autorin dieses Textes.

Quellen

- Bundeszentrale für Politische Bildung, Website: www.bpb.de.
- Diên Hồng, Website: www.dienhong.de/rueckblick.
- Dokumentation «20 Jahre Vinaphunu», Regie: Angelika Nguyen, 2011.
- Interview mit Dan Thy Nguyen am 4. Januar 2020, geführt von Angelika Nguyen.
- Interview mit Mai-Phuong Kollath am 5. Januar 2020, geführt von Angelika Nguyen.
- Interview mit Loos Nguyen Hoai Thu am 12. Juli 2011, geführt von Angelika Nguyen für die Film-Dokumentation «20 Jahre Vinaphunu»
- Rice and Shine, Podcast von Vanessa Vu und Minh Thu Tran, <https://riceandshine.podigee.io/about>
- Schaland, Ann-Julia: Vietnamesische Diaspora in Deutschland, Frankfurt a.M. 2016, www.cimonline.de/static/media/giz2016-de-diasporastudie-vietnam.pdf.
- Verein der Vietnamesen in Berlin & Brandenburg e.V., Website: <http://vietnam-bb.de/de/uber-uns>.
- Vietnamzentrum Hannover, Website: www.kulturzentrum-faust.de/vereine-und-nutzer/vietnam-zentrum-hannover-e-v.html.
- Webdokumentation «Eigensinn im Bruderland», <https://bruderland.de/episodes/werktaetige>.
- Wimmer, Christopher: Krieg ohne Ende – Die vietnamesische Erinnerungspolitik lässt Lücken, in: *iz3w*, 2019, www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/370_gefaengnisse/krieg-ohne-ende.



9

Katharina Oguntoye

Kampf dem Rassismus

Die Selbstorganisation Schwarzer Menschen
in Deutschland

Spätsommer 1986, Berlin-Neukölln, in einer Einzimmerwohnung in der Sanderstraße: Auf Couch, Sessel, Bett, wenigen Stühlen und dem Teppich saßen 30 junge schwarze Deutsche. Es herrschte eine aufgeregte, freudige Stimmung. Ich erinnere ein glücklich strahlendes Grinsen in unseren Gesichtern – es war das erste Treffen der Afrodeutschen in Berlin, wir fingen gerade erst an, unsere lokale Vereinzelung als Schwarze Deutsche zu überwinden und eine eigene, Schwarze Community zu bilden. Nii, ein Freund von May Ayim, hatte uns in seine Studentenbude eingeladen. Auf der Straße, in der Disco, auf dem Schulhof, überall hatten er, sein Bruder und Freunde schwarze Jugendliche angesprochen und ihnen von dem Treffen erzählt.

May Ayim hatte Nii vom Buchprojekt «Farbe bekennen» erzählt.¹ Es war das erste Buch zur Situation Schwarzer Deutscher und sollte im Oktober 1986 zur Frankfurter Buchmesse erscheinen. Zwei Jahre zuvor hatte die afroamerikanische Autorin und Vordenkerin Audre Lorde gemeinsam mit dem Orlanda-Verlag dieses Buchprojekt angeregt.

1 Oguntoye, Katharina/Ayim/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hrsg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin 1986.

Es war mitten in den 1980er Jahren, die Gesellschaft diskutierte heftig, ob es in Deutschland «Ausländerfeindlichkeit» gäbe. Die Schuld und der Holocaust waren ein Dauerthema, und immer wieder war zu hören, dass es «doch mal Zeit» sei, diese «Diskussion zu beenden». Es war auch die Hochzeit der Frauenbewegung, in der langsam und allmählich die Diskussion um das Thema «Rassismus» in den Vordergrund trat.

Audre Lorde und «Farbe bekennen»

Das 1983 erschienene Buch «Macht und Sinnlichkeit» mit Texten von Audre Lorde und Adrienne Rich trieb die Diskussion stark voran; ein Jahr später lud die Freie Universität Berlin dann Audre Lorde als Dozentin ein. Zu diesem Zeitpunkt begann Lorde ihren intensiven Austausch mit der deutschen Frauenbewegung, der die nächsten acht Jahre, bis zu ihrem Tod, anhielt. Die Auseinandersetzung mit Audre Lorde war maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Rassismuskussion in der deutschen Frauenbewegung zu dieser Zeit vorankam.

Indem sie zu dem Buch «Farbe bekennen» anregte und viele junge schwarze deutsche Frauen und Männer ermutigte und bei ihren ersten politischen Schritten begleitete, inspirierte Audre Lorde zugleich die Entstehung der «Schwarzen Deutschen Bewegung». Das Buchprojekt-Team bestand aus drei Afrodeutschen – May Ayim, Katharina Oguntoye und Jaqueline N. – sowie der Verlegerin Dagmar Schulz und der Lektorin Claudia Koppert. Dieses Team arbeitete zwischen 1984 und 1986 intensiv, mit wöchentlichen Treffen,

Interviews und Recherchen, an dem Buch. Es gilt zu bedenken, dass in dieser Zeit kaum jemand ernsthaft über das Thema Rassismus in Deutschland sprechen wollte. Kein anderer Verlag hätte sich zu diesem Zeitpunkt des Themas angenommen und wäre ein entsprechendes Engagement eingegangen. Nur ein kleiner frauenbewegter Verlag war von der Motivation und dem Selbstverständnis her gewillt und in der Lage, diese Aufgabe in den Fokus zu nehmen.²

In dem Buch berichten 13 Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren in Gedichten, Texten und Interviews über ihre Lebenssituation und über den Einfluss, den der Rassismus in Gesellschaft und Privatleben besaß. Teile von May Ayims Diplomarbeit bildeten den Hintergrundtext zur Geschichte schwarzer Menschen in Deutschland. Die Schwestern Erika Ngambi und Doris Reiprich, geborene Diek, eröffneten uns durch ihre Erzählung erstmalig einen Einblick in das Leben schwarzer Menschen in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus.³ Unmittelbar nach seinem Erscheinen im Jahr 1986 wurde

2 Zu Audre Lordes Einfluss vgl. auch Piesche, Peggy (Hrsg.): *Euer Schweigen schützt Euch nicht. Audre Lorde und die Schwarze Frauenbewegung in Deutschland*, Berlin 2012, sowie den Dokumentarfilm von Dagmar Schultz und Ika Hügel-Marshall: *Audre Lorde: The Berlin Years 1984–1992* (2012).

3 Später erforschte ich diese Geschichte in meiner historischen, 1996 erschienenen Studie *«Eine Afro-deutsche Geschichte. Zur Lebenssituation von Afro-deutschen und Afrikanern in Deutschland von 1884 bis 1950»*. Eine Neuauflage erscheint im Frühjahr 2020 im Orlanda-Verlag mit dem Titel *«Schwarze Wurzeln. Afro-deutsche Familiengeschichten von 1884–1950.»* Für einen kurzen Überblick vgl. auch Oguntoye, Katharina: *Die afrikanische Diaspora in Deutschland vom 18. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus*, in: *Inkota-Brief* 149, September 2009.

«Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte» viel rezipiert.⁴ Erstaunlich ist nicht nur die enorme Wirkung, die das Buch über die Jahre entfaltete, sondern auch, dass es in seiner Art einmalig in Deutschland blieb. Es gibt mittlerweile zahlreiche Monografien zu «Rassismus» und einige afrodeutsche Biografien und Romane. «Farbe bekennen» dagegen ist ein Buch, das wie ein Nachschlagewerk den schnellen Zugang zum Thema «Afrodeutsche Lebenserfahrung» ermöglicht. Die Leserinnen und Leser müssen es nicht von vorne bis hinten lesen, sie können es irgendwo aufschlagen und sind mittendrin in der Geschichte. Die Informationen, die das Buch vermittelt, sind auch nach über drei Jahrzehnten noch gültig und relevant. Es ist daher ausgesprochen erfreulich, dass 2020 nach langer Pause eine Neuauflage erscheinen wird.

Die Gründung der Initiative Schwarze Deutsche

Sommer 1986. Wir waren vielleicht 25 bis 30 junge Afrodeutsche und entschieden uns bei schönem Wetter, unser Treffen auf die Wiese am Oranienplatz zu verlegen. Es war ein gutes Gefühl, zusammen zu sein, einander endlich gefunden zu haben. Während wir einen geeigneten Platz für unser Austauschtreffen suchten, fühlten wir auf einmal die fragenden, ungläu-

⁴ Hierzu zählt auch die Übersetzung ins Englische: *Showing Our Colors: Afro-German Women Speak Out*, Amherst 1992.

bigen, missbilligenden Blicke der Passantinnen und Passanten. Zunächst waren wir etwas verunsichert. Gab es eine Gefahr? Wir entspannten uns aber rasch wieder, denn uns wurde klar: So viele Schwarze auf einem Haufen zu sehen war für alle ein ungewöhnlicher Anblick – daher die Blicke.

Bei diesem Meeting handelte es sich um eines der ersten Gruppentreffen der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) Berlin, wie der Zusammenschluss Schwarzer Deutscher sich bald nennen sollte.⁵ Im November 1986 fand das erste Bundestreffen in Berlin statt, auf dem man sich darauf verständigte, dass jede neue Gruppe sich nach ihren eigenen Bedürfnissen organisieren, doch alle den Namen ISD übernehmen sollten, also ISD-Freiburg, ISD-München, ISD-Bremen usw. Interessant war, dass später die Gruppen in den neuen Bundesländern lange Zeit ohne den Titel ISD auskamen. Sie hatten nach der DDR-Erfahrung keine Lust auf Vereine, Parteien und dergleichen, da ging es erstmal auch ohne Namen.

Im Anschluss an das Bundestreffen wurde die Zeitschrift *afro look* ins Leben gerufen, die ab 1988 mit monatlichen Ausgaben für die kommenden zehn Jahre Kommunikationsmittel und Plattform unserer jungen Community war.⁶

5 Ursprünglich nannte die Gruppe sich «Initiative Schwarze Deutsche», wenig später «Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland», dann schlicht «Initiative Schwarze Menschen in Deutschland».

6 Vgl. Kantara, Jeannine: Die Geschichte der «afro look», www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/59493/zeitschrift-afro-look?p=0. Die einzelnen Ausgaben der Zeitschrift sind im Dossier zu Afrodeutschen der Bundeszentrale für politische Bildung online einzusehen.

Während einer gemeinsamen Reise zu einer Veranstaltung der «Schwarzen Holländerinnen», die sie im Protest gegen die unsägliche, rassistische «Tradition» des «Zwarte Piet» (Schwarzer Peter) organisiert hatten, gründete sich eine afrodeutsche Frauengruppe mit dem Namen «Schwarze deutsche Frauen und Schwarze Frauen in Deutschland» (ADEFRA, heute: ADEFRA-Roots und ADEFRA-Generationen). Sie organisierte in der Folge viele Veranstaltungen und gab zeitweilig, von 1988 bis 1990 (insgesamt sechs Ausgaben), eine Zeitschrift mit dem Titel «Afrekete» heraus.

Die ISD-Bundestreffen finden bis heute jedes Jahr statt und sind für neu hinzukommende ebenso wie für langjährige Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine wichtige Zusammenkunft. Das Treffen ist ein Austauschforum für Schwarze Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz; auch hier steht das Community-Building im Mittelpunkt. Ein Drittel der Teilnehmenden sind Kinder und Jugendliche, für die diese gemeinsamen Wochenenden eine besondere Community-Erfahrung und dadurch ein Empowerment bedeuten.

Die Anfangszeit der afrodeutschen Bewegung war politisch und menschlich gesehen sehr aufregend. Jeder und jede Einzelne von uns konnte sich zum ersten Mal in einer größeren Gruppe statt in Vereinzelung, sprich: in einer schwarzen Community, erleben. Für mich war es eine lehrreiche Erfahrung, mich nicht als «bunten Vogel» in einer «weißen» Gruppe zu erleben, sondern zu sehen, dass ich selbst etwas unternehmen und Kontakt zu anderen schwarzen Menschen aktiv herstellen kann.

An dem besagten Treffen auf dem Oranienplatz nahm auch ein türkischer Junge teil, der eine afrodeutsche Freundin hatte. Doch als wir begannen, uns über unsere Erfahrungen mit Diskriminierung aufgrund unserer Hautfarbe auszutauschen, verstand er nicht, was uns störte. Er berichtete, dass er und seine Freundinnen und Freunde seine afrodeutsche Freundin auch mal «Schoko» nennen und das ganz lieb meinen würden. Durch diese Erfahrung wurde uns klar, dass wir uns in der ersten Zeit nur mit Schwarzen Menschen austauschen konnten und wollten – nur so konnte der Rahmen ein «sicherer Raum» sein, in dem die eigene Aussage nicht permanent infrage gestellt bzw. erklärt werden musste. Es gab trotzdem eine Reihe von ISD-Gruppenmitgliedern, die nicht afrikanische, sondern asiatische oder arabische Wurzeln hatten, doch waren diese ganz mit der Gruppe im Einklang und sahen sich selbst als Schwarze Deutsche.

Eine Frage der Bezeichnung

Die andere wichtige Entscheidung, die sich im Konsens entwickelte, betraf die Begriffe Schwarze Deutsche und Afro-Deutsche. Es ist wichtig, einen Begriff zu haben, mit dem sich eine Person positiv identifizieren kann. Für Schwarze Deutsche gab es vorher nur fremdbestimmte und ganz überwiegend negativ konnotierte Bezeichnungen wie «Mischling», «Besatzungskinder», «N-Wort», «farbig» und «Mulatte». Mit diesen Begriffen konnte man als Schwarze Deutsche versuchen, irgendwie persönlich

klarzukommen, aber in der Diskussion merkten wir schnell, dass es unmöglich war, einen einzigen von ihnen zu übernehmen, da sie alle dazu benutzt wurden, uns als «die Anderen» zu markieren und als Menschen herabzuwürdigen.⁷

In der weiteren Diskussion waren wir eine Runde von ungefähr 50 Afro-Deutschen, die darüber diskutierten, wie wir uns selbst bezeichnen wollten. Im Buch «Farbe bekennen» hatten wir den Begriff «Afro-Deutsche» vorgeschlagen, der sich auf die Sozialisation und den Lebensschwerpunkt in Deutschland bezog, im Gegensatz zum im damaligen Passgesetz noch gültigen Abstammungsprinzip. Einige in der Runde sagten, sie könnten sich nicht so recht mit dem Begriff «afro-deutsch» identifizieren, da sie ihre Schwarzen Wurzeln eher in den Vereinigten Staaten, bei den *African Americans*, oder in der karibischen Kultur suchten. Schließlich kamen wir auf den Begriff «Schwarze Deutsche» (als Alternative zu «Afro-Deutsche»), wobei Schwarz für den politischen Begriff *Black* der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung steht, wie in deren bekanntestem Slogan: «Black is Beautiful.»

Wir beschlossen per Handzeichen, dass jede und jeder sich nennen soll, wie sie/er möchte. Es gibt keinen Zwang, einen Namen zu wählen, aber nach außen nennen wir uns «Afro-Deutsche» oder «Schwarze Deutsche» – und keiner von uns lässt sich mehr mit dem «N-Wort» bezeichnen.

7 Vgl. auch Kraft, Marion: Wege aus der Kälte. Erfahrungen Schwarzer Deutscher, damals und heute, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Büro New York, Juli 2014, S. 11f.

Es dauerte dann allerdings noch zehn bis fünfzehn Jahre, bis sich die neuen Bezeichnungen in der Gesellschaft und vor allem in den Medien weitgehend durchgesetzt hatten. Für unsere Gemeinschaft waren die neuen Bezeichnungen sehr wichtig, konnten wir auf ihrer Basis doch nach außen agieren und deutlich machen, dass wir ein ganz selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft sind – und dies nicht erst seit Kurzem, sondern bereits seit langer Zeit. Mich hat diese Erfahrung gelehrt, dass eine Konsensentscheidung trägt, wenn die Inhalte stimmen und deshalb von den Beteiligten mit- und weitergetragen werden. Sie hat mich allerdings auch gelehrt, wie lange es dauern kann, bis derartige Erkenntnisse in der Mitte der Gesellschaft ankommen.

In den letzten Jahren sind drei Themen besonders heftig diskutiert worden: Racial Profiling, das N-Wort in Kinderbüchern und «Blackfacing».⁸ Hinzu kommt inzwischen noch die Diskussion um die Geschichte und Gegenwart des (deutschen) Kolonialismus. Das ist eine gute Sache, weil so vieles auf den Tisch kommt, was zuvor unter den Teppich gekehrt wurde. Endlich wird das Thema Rassismus und was er mit der Gesellschaft und den Einzelnen macht, ernsthaft diskutiert.

⁸ «Racial Profiling» meint ein auf äußerlichen Merkmalen basierendes Agieren insbesondere von Polizei- und Zollbeamten, die Personen anhand von rassistischen Kriterien – und nicht aufgrund konkreter Verdachtsmomente – als Verdächtige einstufen und behandeln. – Beim «Blackfacing» schminken sich weiße Menschen, um Menschen mit dunkler Hautfarbe zu spielen; es handelt sich dabei um eine Praxis, die auf die rassistischen «Minstrel Shows» des 18. und 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten zurückgeht.

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland feierte vor zwei Jahren ihren 30. Geburtstag. Zum Bundestreffen kamen etwa 400 Menschen, und es gibt zahlreiche neue Impulse, die aus der Community kommen. Die Schwarze Bewegung in Deutschland mag immer noch jung sein, aber sie hat bereits viel erreicht – und wird weiter daran arbeiten, die Gesellschaft zu verändern.

Autorinnen und Autoren

Murat Çakır, geb. in Istanbul (Türkei), Kolumnist türkischsprachiger linker Tageszeitungen und Herausgeber (mit Nikolaus Brauns) von «Partisanen einer neuen Welt: Eine Geschichte der Linken und Arbeiterbewegung in der Türkei» (Berlin 2018); Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen.

Manuel Campos, geb. in Lever (Portugal), Theologe, Journalist, Gewerkschafter und Übersetzer, ehemaliger Nachrichtensprecher für «Nachbarn in Europa» (ZDF, 1978–1987), langjähriger Mitarbeiter der IG Metall, u.a. als Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmer (1994–2003), Deutscher Sozialattaché in Brasilien und Chile (2003–2007), Mitarbeiter der IGM-Abteilung Internationales (2008–2013).

Ayten Kaplan, geb. in Adana (Türkei), Frauenrechtsaktivistin, 1997–2009 stellv. Vorsitzende von Yek-Kom (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), seit 2017 Ko-Vorsitzende von NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen e.V.), Vorstandsmitglied des Kurdischen Frauenbüros für Frieden CENÎ e.V.

Elisabeth Kenan, geb. in Frankfurt a.M., Politologin und freie Journalistin, Mitarbeiterin bei Civaka Azad (Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.) und Gründungsmitglied des Vereins Städtefreundschaft Frankfurt–Kobanê e.V.

Angelika Nguyen, geb. in Ost-Berlin, aufgewachsen in der DDR mit deutsch-vietnamesischen Eltern, Filmwissenschaftlerin, drehte 1991 den Dokumentarfilm «Bruderland ist ab-

gebrannt», schrieb u.a. den Text «Mutter, wie weit ist Vietnam?» für das Buch «Kaltland» (Rotbuch-Verlag 2011), ist Mitglied von korientation e.V., einem Netzwerk für asiatisch-deutsche Perspektiven, und im Kuratorium vom Haus der Demokratie und Menschenrechte. Sie ist Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Katharina Oguntoye, geb. in Zwickau, Historikerin und Aktivistin, Gründerin von Joliba – Interkulturelles Netzwerk in Berlin (seit 1996), Mitherausgeberin von «Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte» (1986) und Autorin von «Schwarze Wurzeln. Afro-deutsche Familiengeschichten von 1884–1950» (Neuaufgabe 2020).

Johanna Panagiotou, geb. in München, Frauen- und Biografieforscherin, Doktorandin der amerikanischen Kulturgeschichte an der Universität München.

Edith Pichler, geb. in Bozen/Bolzano (Italien), arbeitet am Center for Citizenship, Social Pluralism and Religious Diversity der Universität Potsdam. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt «Germany, immigration policies and projects aimed at responding to labour market needs» (in: Europe of talents, hrsg. von B. Coccia und A. Ricci, Rom 2019). Mitglied im Generalrat der Auslandsitaliener (CGIE) beim italienischen Außenministerium in Rom und stellv. Vorsitzende im Beirat für Migration und Integration des Berliner Bezirks Steglitz-Zehlendorf.

Nélson Pereira Pinto, geb. in Köln, Historiker, Kultur- und Sozialwissenschaftler, Doktorand im Fach Iberische und Lateinamerikanische Geschichte, Wissenschaftliche Hilfs-

kraft beim Arbeitskreis Spanien – Portugal – Lateinamerika (ASPLA)/Zentrum Lateinamerika (CLAC) der Universität Köln, engagiert sich in der Projektgruppe Matices e.V.

Patrice G. Poutrus, geb. in Ost-Berlin, Migrationsforscher und Zeithistoriker, forscht und lehrt an der Universität Erfurt. Zu seinen Veröffentlichungen zählen «Migranten in der <Geschlossenen Gesellschaft>. Remigranten, Übersiedler, ausländische Studierende, Arbeitsmigranten in der DDR» (in: Handbuch Staat und Migration vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. von Jochen Oltmer, Berlin/Boston 2016) und «Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart» (Berlin 2019).

Albert Scharenberg, geb. in Leer/Ostfriesland, leitet das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor u.a. Ko-Direktor des New Yorker Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin und Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen «Schwarzer Nationalismus in den USA. Das Malcolm X-Revival» (Münster 1998) und «Martin Luther King: Eine Biografie» (Freiburg u.a. 2011).

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG